

Ex-post-Bewertung

NRW-Programm Ländlicher Raum 2007 bis 2013

**Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung
im Schwerpunkt 3 (ELER-Codes 313, 321 und 322)**

Heike Peter

Braunschweig, September 2016

Dipl.-Ing. agr. Heike Peter

Thünen-Institut für Ländliche Räume
Johann Heinrich von Thünen-Institut
Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei
Bundesallee 50
38116 Braunschweig

Tel.: 0531 596-5185

Fax: 0531 596-5599

E-Mail: heike.peter@thuenen.de

Ex-post-Bewertung NRW-Programm Ländlicher Raum 2007 bis 2013

Modulbericht 7.6_MB(a) ILE_Schwerpunkt 3

Heike Peter

Vom Thünen-Institut für Ländliche Räume



Im Auftrag vom

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



Mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Landwirtschafts-
fonds für die Entwicklung des
ländlichen Raums

Juni 2016

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	III
Tabellenverzeichnis	V
Kartenverzeichnis	V
1 Einleitung	1
2 Einordnung in den Kontext – Die Begriffe Lebensqualität und Daseinsvorsorge	2
3 Methodischer Untersuchungsansatz/Bewertungsaktivitäten	8
3.1 Methodisches Vorgehen zur Gesamtbetrachtung (Projektdatenauswertung)	9
3.2 Methodisches Vorgehen zur Querschnittsanalyse (Zuwendungsempfängerbefragung)	10
3.3 Methodisches Vorgehen zur Längsschnittanalyse (Dorfstudie)	11
4 Administrative Umsetzung	12
5 Förderung des Fremdenverkehrs (Infrastruktureinrichtungen) (ELER-Code 313)	15
5.1 Maßnahmenüberblick	15
5.2 Beantwortung der Bewertungsfrage	18
5.3 Schlussfolgerungen und Empfehlungen	23
6 Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung (ELER-Code 321)	25
6.1 Maßnahmenüberblick	25
6.2 Beantwortung der Bewertungsfragen	29
6.3 Schlussfolgerungen und Empfehlungen	34
7 Dorferneuerung und -entwicklung (incl. Umnutzung) (ELER-Code 322)	35
7.1 Ausgestaltung, Relevanz und Ziele der Maßnahme	35
7.2 Ergebnisse und Wirkungsanalyse	41
7.2.1 Gesamtbetrachtung der Umsetzung (Projektdaten)	41
7.2.2 Ergebnisse der Querschnittsanalyse (ZWE-Befragung)	48
7.2.3 Ergebnisse zur Längsschnittanalyse (Dorfstudie)	56
7.3 Schlussfolgerungen und Empfehlungen	64
Literaturverzeichnis	67
Anhang	73

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Dimensionen von Lebensqualität nach Stiglitz-Sen-Fitoussi (2009) und zugeordnete Aspekte der objektiven Lebensbedingungen nach Zapf (1984)	3
Abbildung 2:	Methodische Schritte zur Evaluation der Maßnahmen 313, 321 und 322	8
Abbildung 3:	Mittelwerte der Antworten auf die Frage: Wie zufrieden oder unzufrieden waren Sie mit den folgenden Gesichtspunkten des Förderverfahrens?* (nach Regions- bzw. Konzeptzugehörigkeit der Projekte)	14
Abbildung 4:	Touristische Themenfelder der geförderten Projekte in der Stichprobe – Maßnahme 313	19
Abbildung 5:	Welche Gruppen haben im Hinblick auf Tourismus und Naherholung durch Ihr Projekt einen Nutzen? – Maßnahme 313 und LEADER	19
Abbildung 6:	Für welche Bereiche leistet Ihr Projekt einen positiven Beitrag zur touristischen Entwicklung Ihrer Region? (Mehrfachantworten möglich)	20
Abbildung 7:	In welchem Umfang ist Ihnen die Entwicklungsstrategie (ILEK/LEADER) Ihrer Region bekannt?	21
Abbildung 8:	Beitrag der Projekte zu den Zielen der Entwicklungsstrategie (ILEK/LEADER)	22
Abbildung 9:	Bekanntheit der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) (ausschließlich Projekte in LEADER-Regionen)	22
Abbildung 10:	Bekanntheit des Regionalmanagements bzw. der Geschäftsstelle der LEADER-Region (ausschließlich Projekte in LEADER-Regionen)	23
Abbildung 11:	Anteil der förderfähigen Gesamtkosten von dorfgemäßen Gemeinschaftseinrichtungen je Regierungsbezirk – Maßnahme 321	28
Abbildung 12:	Anteil der förderfähigen Gesamtkosten von dorfgemäßen Gemeinschaftseinrichtungen auf Basis von Konzepten – Maßnahme 321	28
Abbildung 13:	Änderung des Dienstleistungsangebotes durch das geförderte Projekt – Maßnahme 321	30
Abbildung 14:	Raumbezug der befragten Projekte – Maßnahme 321	30
Abbildung 15:	Anteil der förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme 321 Dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen (2007 bis 2015) nach Stadt- und Gemeindetypen in NRW	31

Abbildung 16:	Anteil der förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme 321 für dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen (2007 bis 2015) nach der relativen, im bundesweiten Trend gemessenen Entwicklung der Gemeinden in NRW	31
Abbildung 17:	Anteil der Projekte, bei denen zusätzlich lokale Ressourcen (Ehrenamt, Sachspenden) mobilisiert wurden – Maßnahmen 313, 321, 322 und LEADER	33
Abbildung 18:	Umsetzung im Laufe der Förderperiode 2007 bis 2015 – Maßnahme 322	42
Abbildung 19:	Art der Zuwendungsempfänger – Maßnahme 322	43
Abbildung 20:	Art der Projekte nach Fördergegenständen – Maßnahme 322	44
Abbildung 21:	Räumliche Verteilung der förderfähigen Gesamtkosten auf Kreisebene – Maßnahme 322	45
Abbildung 22:	Anteil der förderfähigen Gesamtkosten auf Basis von Konzepten – Maßnahme 322	46
Abbildung 23:	Anteil der förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme 322 (2007 bis 2015) nach Stadt- und Gemeindetypen in NRW	47
Abbildung 24:	Anteil der förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme 322 (2007 bis 2015) nach der relativen, im bundesweiten Trend gemessenen Entwicklung der Gemeinden in NRW	48
Abbildung 25:	Inhalte der geförderten DE-Projekte in der Stichprobe	49
Abbildung 26:	Wirkungen der Projekte auf Umwelt und Natur – Maßnahme 322	50
Abbildung 27:	Initialzündung für das Projekt (Mehrfachnennungen) – Maßnahme 322	51
Abbildung 28:	Einschätzungen der kommunalen Projektträger zu ihrer Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden – Maßnahmen 322 und 41	52
Abbildung 29:	Hatte die LEADER-Förderung und/oder die Förderung der Dorf- und integrierten ländlichen Entwicklung insgesamt einen Einfluss auf die Zusammenarbeit Ihrer Gemeinde mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden? – Maßnahmen 322 und 41	53
Abbildung 30:	Positiver Einfluss der ILE-Förderung auf die Zusammenarbeit – Themenbereiche – Maßnahmen 322 und 41	54
Abbildung 31:	Anstoßfunktion der geförderten Projekte für weitere Aktivitäten oder Vorhaben in der Gemeinde/Region – Maßnahmen 313, 321, 322 und LEADER	55
Abbildung 32:	Ortskerngestaltung in Meerhof – Abriss ermöglicht Neugestaltung	60
Abbildung 33:	Bürgerhaus – Beteiligung „am Bau“	62

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Bereiche der Daseinsvorsorge	5
Tabelle 2:	Anknüpfungspunkte Maßnahmen 313, 321 und 322 an die Felder der Daseinsvorsorge	7
Tabelle 3:	Übersicht über den Rücklauf der schriftlichen ZWE-Befragung 2012	11
Tabelle 4:	Umsetzung der Maßnahme 313 Förderung des Fremdenverkehrs im Förderzeitraum 2007 bis 2015	17
Tabelle 5:	Umsetzung der Maßnahme 321 – Dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen und Breitbandversorgung im Zeitraum 2007 bis 2015	27
Tabelle 6:	Umsetzung der Maßnahme Dorferneuerung und -entwicklung (322) im Zeitraum 2007 bis 2015	41
Tabelle 7:	Fallstudiendörfer 2014 – Projektumsetzung im Zeitraum 2007 bis 2013	58
Tabelle 8:	Fallstudiendörfer 2014 – Charakterisierung	58

Kartenverzeichnis

Karte 1:	Räumliche Verteilung der LEADER- und ILEK-Regionen in NRW	37
Karte 2:	Räumliche Lage der NRW-Fallstudiendörfer 2009 und 2014	57

1 Einleitung

Die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) mit öffentlichen Mitteln von EU, Bund, Land und Kommunen hat als politisches Instrument in NRW eine lange Tradition. Im NRW-Programm Ländlicher Raum 2007 bis 2013 waren die ILE-Maßnahmen im Schwerpunkt (SP) 1, 3 und 4 programmiert. Der vorliegende Modulbericht konzentriert sich auf die ILE-Maßnahmen des SP 3. Das sind die ELER-Codes 313, 321 und 322, die in der ILE-Richtlinie NRW unter der Bezeichnung „Dorfentwicklung“ zusammengefasst waren. Die Maßnahmen der Dorfentwicklung verbindet ihre gemeinsame Zielsetzung „Verbesserung der Lebensqualität“, die Förderkulisse „Ländlicher Raum“, wie sie im NRW-Programm für SP-3-Maßnahmen definiert ist sowie identische Umsetzungsstränge.

Die Förderung der Dorfentwicklung wurde auf Landesebene mit der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung einer integrierten ländlichen Entwicklung (ILE-RL NRW) umgesetzt. In dem Runderlass vom 14.10.2013 verlängerte das MKULNV die Gültigkeit der ILE-RL NRW bis zum 31.12.2015 und gestaltete damit den Übergang in die Förderperiode 2014 bis 2021 (MKULNV, 2013b, S. 6). Als Bewilligungsstellen fungierten die Bezirksregierungen.

Der vorliegende Modulbericht fasst sämtliche Hintergrundinformationen und Datenauswertungen zusammen, die zu einer abschließenden Bewertung der ELER-Maßnahmen 313, 321 und 322 geführt haben. Hierzu erfolgt zunächst maßnahmenübergreifend eine Operationalisierung der Begriffe Lebensqualität und Daseinsvorsorge. Anschließend wird die methodische Herangehensweise, die bei der Evaluierung zum Einsatz kam, erläutert. Schließlich erfolgt der Blick auf jede einzelne Maßnahme (313, 321 und 322). Um dem integrierten Ansatz der Förderung gerecht zu werden, erfolgen dabei immer wieder Bezüge zu den anderen ILE-Maßnahmen der Dorfentwicklung und auch zu LEADER.

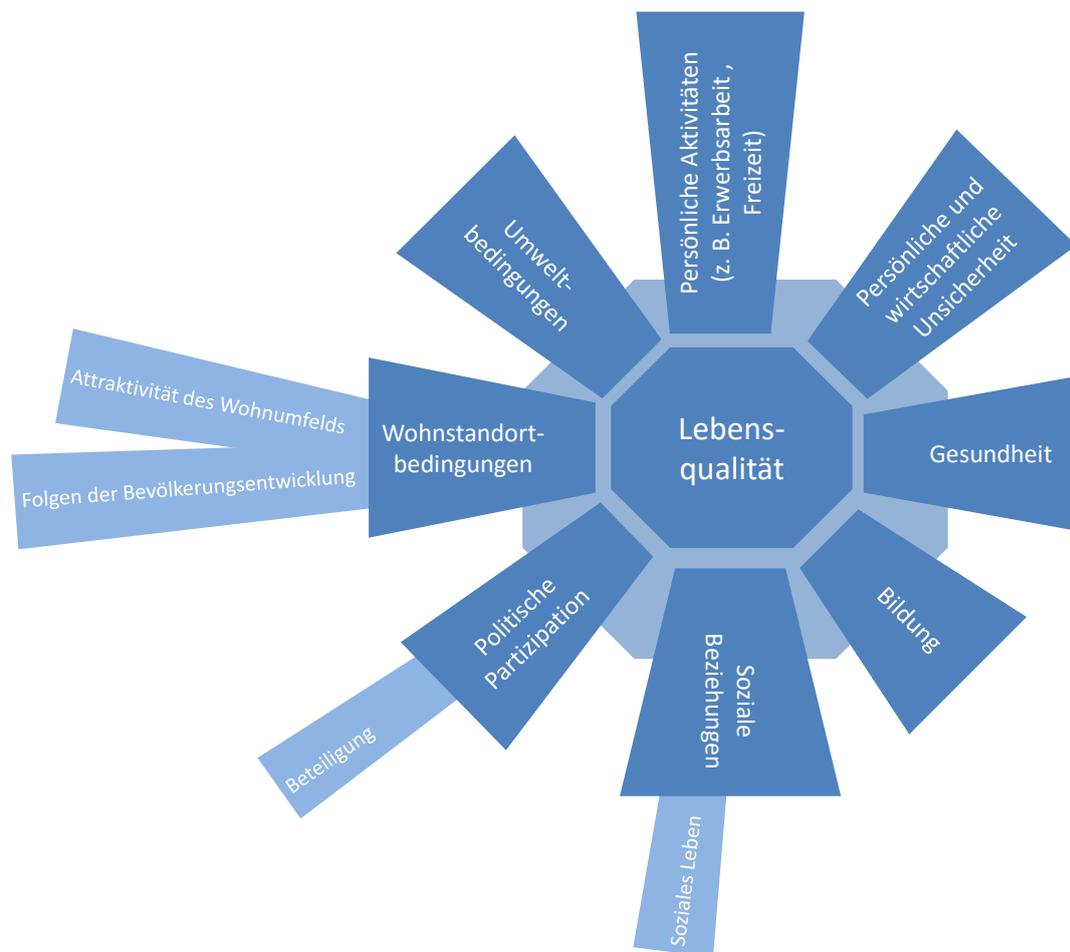
Die Ergebnisse ermöglichen letztlich in die Beantwortung der Bewertungsfragen, wie sie von der EU-Kommission zur Ex-post-Evaluierung der Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum maßnahmenspezifisch gestellt waren (EU-Bericht NRW, Kapitel 7.3, 7.4 und 7.6).

2 Einordnung in den Kontext – Die Begriffe Lebensqualität und Daseinsvorsorge

Für das Untersuchungsdesign ist der Aspekt „Verbesserung der Lebensqualität“ leitende Zielsetzung (ENRD, 2014). Der Begriff der Lebensqualität wird für die Beantwortung der Bewertungsfrage operationalisiert. Unter dem Begriff der Begünstigten wird über die Projektträger und Zuwendungsempfänger (ZWE) (öffentliche und privat) hinaus die gesamte Dorfbevölkerung verstanden.

Bereits in der Halbzeitbewertung (HZB) des NRW Programms Ländlicher Raum 2007 bis 2013 wurde für die Untersuchung der Dorfentwicklungsförderung das mehrdimensionale Konzept von Lebensqualität nach Zapf (1984) angewendet (Peter und Schnaut, 2010). Zapf (1984) unterteilt sein Konzept für Lebensqualität in objektive Lebensbedingungen und subjektive Wahrnehmung und verbindet unterschiedliche gesellschaftliche Ebenen. Für die Ex-post-Bewertung erfährt das Untersuchungsdesign gegenüber der HZB eine Weiterentwicklung auf Grundlage der im Vertiefungsthema Lebensqualität (9.1.9_MB_Lebensqualität) vorgenommenen Analysen. Das methodische Konzept findet seine konzeptionelle und inhaltliche Begründung in dem Bericht der „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ (Stiglitz, Sen und Fitoussi, 2009). Die aus dem sog. Stiglitz-Sen-Fitoussi Bericht abgeleiteten Dimensionen für Lebensqualität sind: persönliche Aktivitäten (unterteilt in Erwerbsarbeit und Freizeit), persönliche und wirtschaftliche Unsicherheit, Gesundheit, Bildung, soziale Beziehungen, politische Partizipation, Wohnstandortbedingungen und Umweltbedingungen (vgl. Abbildung 1). Sie haben ein unterschiedliches individuelles Gewicht, wobei die Nichterfüllung der Mindestbedürfnisse in einer Dimension in jedem Fall zur Beeinträchtigung der Lebensqualität führt. In Verbindung mit den in der HZB genannten Aspekten von Lebensqualität nach Zapf (1984) lassen sich für die Maßnahme 322 Wirkungen in den Dimensionen „*Soziale Beziehungen*“, „*Politische Partizipation*“ und „*Wohnstandortbedingungen*“ zusammenführen. Ein zentraler Bereich der Wohnstandortbedingungen sind die Infrastruktur und im weiteren Verständnis die Daseinsvorsorge, die auch im Koalitionsvertrag der Landesregierung im Fokus standen (NRW SPD und Bündnis 90/Die Grünen NRW, 2012). Der Aspekt Wirtschaft und Beschäftigung, der in der HZB näher beleuchtet wurde, hat in der Ex-post-Bewertung eine untergeordnete Rolle, denn die vornehmlich infrastrukturell ausgerichteten Investitionen erreichen keine direkten Beschäftigungseffekte und können auch nur indirekt die wirtschaftsnahe Infrastruktur (z. B. Gewerbegebiete) verbessern. Einzig in der Förderung der Umnutzung fand eine einzelbetriebliche Investitionsförderung statt, wodurch direkte Beschäftigungseffekte zu erwarten waren.

Abbildung 1: Dimensionen von Lebensqualität nach Stiglitz-Sen-Fitoussi (2009) und zugeordnete Aspekte der objektiven Lebensbedingungen nach Zapf (1984)



Quelle: Eigene Darstellung nach Stiglitz, Sen und Fitoussi (2009) und Zapf (1984).

Dimension „Wohnstandortbedingungen“

- Die Untersuchung der **Attraktivität des Wohnumfelds** umfasst folgende Faktoren: Soziale und technische Infrastruktur, Zustand der Gebäude, Ortskerngestaltung sowie Verkehrs- und Freiraumgestaltung. Die Kernfrage lautet, wie die Maßnahmen in den Dörfern auf die Attraktivität des Wohnumfeldes und die Wohnqualität wirken.
- In der Untersuchung der **Folgen der Bevölkerungsentwicklung** liegt der Fokus auf dem Bewusstsein der beteiligten Akteure für die demografischen Entwicklungen. Es wird untersucht, welche Herangehensweisen und Strategien sie für die Gestaltung des demografischen Wandels entwickeln. Die Kernfrage ist, inwieweit aus der Maßnahme zukunftsfähige Projekte entstehen.

Dimensionen „Politische Partizipation“ sowie „Soziale Beziehungen“

- Mit der **Partizipation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen** an der ländlichen Entwicklung werden vor dem Hintergrund sich ändernder Rahmenbedingungen (demografischer Wandel, kommunale Finanznot, Engpässe der Daseinsvorsorge) neue Handlungsansätze für Lebensqualität verbunden. Beteiligung kann für die Gestaltung der Anpassungsstrategie an diese Veränderungen ein bedeutender Faktor sein. In der Maßnahme 322 ist Partizipation/Beteiligung ein zentraler Aspekt in der Ausgestaltung.

In diesem Kontext wird der Frage nach der Art und Weise und dem Umfang der Beteiligung auf Dorfebene nachgegangen. Wie findet Beteiligung statt? Wo trifft sie auf Hemmnisse, und was wirkt begünstigend? Welchen Einfluss hat die Förderung auf das soziale Leben im Dorf?

Ein zentraler Bereich der Wohnstandortbedingungen sind die Infrastruktur und im weiteren Verständnis die Daseinsvorsorge, die auch im Koalitionsvertrag der Landesregierung im Fokus steht (NRW SPD und Bündnis 90/Die Grünen NRW, 2012). Auch die Dimensionen „*Politische Partizipation*“ und „*Soziales Leben*“ gewinnen vor dem Hintergrund der knappen Haushaltskassen der Kommunen und Bevölkerungsentwicklung für die Bereitstellung von Einrichtungen von Daseinsvorsorge zunehmend an Bedeutung. Aus diesen Zusammenhängen heraus wird zur weiteren Spezifizierung der Dimensionen und zur Systematisierung der Beiträge der Dorfentwicklungsförderung auf die Lebensqualität der Begriff Daseinsvorsorge beleuchtet.

Der Begriff der Daseinsvorsorge

Gemäß Raumordnungsbericht 2011 des Bundes steht der Begriff Daseinsvorsorge für „die öffentliche Gewährleistung eines Angebots ausgewählter, vom Gesetzgeber als lebensnotwendig eingestufte Güter und Dienstleistungen“ (BBSR, 2012, S. 31). Diese Definition weist den politischen Entscheidungsträgern eine wesentliche und steuernde Funktion zu (Steinführer, Küpper und Tautz, 2012, S. 9). Aus kommunalwissenschaftlicher Sicht gehören zur Daseinsvorsorge sowohl Pflicht- als auch freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben.

Der Begriff Daseinsvorsorge ist dabei nicht einheitlich bzw. abschließend definiert. Das Verständnis von Daseinsvorsorge ist dynamisch. Dementsprechend sind die Aufgabenfelder und deren Qualität nicht endgültig festlegbar, denn „soziale Werte, gesellschaftliche Erwartungen, politische Rahmensetzungen, ideologische Diskurse und technologische Möglichkeiten ändern sich“ (Steinführer, 2015, S. 6). Allgemein gehört die Versorgung mit technischen Dienstleistungen wie Transport und Verkehr, Energie, Wasser, Abfallentsorgung, Telekommunikation ebenso zu den Aufgabenbereichen der Daseinsvorsorge wie soziale Dienstleistungen – Bildung, Gesundheit oder Kultur. Die Breitbandversorgung ist ein Beispiel für ein unlängst hinzugekommenes Feld der Daseinsvorsorge. Dabei ist die Frage, ob die Breitbandanbindung durch Unternehmen oder die öffentliche Hand zu erfolgen hat, stets erneut Gegenstand politischer Aushandlungsprozesse (Steinführer, 2015).

Unter *regionaler* Daseinsvorsorge wird die „flächendeckende Versorgung mit als lebensnotwendig eingestuft Gütern und Dienstleistungen in einem regionalen Versorgungsraum (d. h. in einem interkommunalen Kooperationsraum, einem Landkreis oder einer Planungsregion) verstanden“ (BMVI, 2014, S. 4).

Tabelle 1: Bereiche der Daseinsvorsorge

Technische Dienstleistungen
Verkehrsinfrastruktur
Wasserwirtschaft, einschließlich Ver- und Entsorgung
Energieversorgung
Informations- und Kommunikationstechnologie
Verkehrsdienste (Schülertransport, ÖPNV)
Deichbau
Sozialer Wohnungsbau
Soziale Dienstleistung
Kulturelle Versorgung und Freizeit
Sonstige soziale Infrastrukturen wie Sportstätten, Friedhöfe
Schule und Bildungswesen, Kinderbetreuung
Katastrophenschutz, Feuerwehr, Rettungswesen
Gesundheitswesen und Altenpflege
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
Nahversorgung
Bürgerschaftliches Engagement
Interkommunalität

Quelle: Eigene Darstellung nach Einig (2008, S. 18), LGMV und LGSA (2010, S. 27 f.), Steinführer, Küpper und Tautz (2012, S. 10).

Aus der Perspektive der Nutzer und Nachfrager steht Daseinsvorsorge für lokale Lebensqualität (Steinführer, 2015, S. 6). Deswegen wird im vorliegenden Bewertungsansatz eine zweite Definition für Daseinsvorsorge aus der Perspektive der Bevölkerung herangezogen: „Daseinsvorsorge in diesem Verständnis umfasst all jene infrastrukturellen Einrichtungen und Dienstleistungen, die für die Gestaltung oder Wiederherstellung von Alltag in ländlichen Räumen von grundlegender Bedeutung sind“ (Steinführer, Küpper und Tautz, 2012, S. 10). Aus dem Blickwinkel der Bevölkerung ist dementsprechend der Bereich der Nahversorgung als Teilbereich der Daseinsvorsorge zu ergänzen.

Daseinsvorsorge wird vielfach mit der Wahrnehmung verbunden, dass die öffentliche Hand für die Bereitstellung dieses Gutes verantwortlich ist und die Bürger den reinen Nutzen haben. Doch einerseits gab es von je her Bereiche, die privat organisiert wurden wie z. B. die Freiwilligen Feuerwehren. Andererseits vollzieht sich vor dem Hintergrund zunehmend angespannter Haushaltskassen und dem soziodemografischen Wandel eine Verwischung der Arbeitsteilung zwischen anbietenden, nutzenden und moderierenden Akteuren. Es kommt zu einer Verlagerung von Verantwortlichkeiten („Responsibilisierung“) für den Betrieb und die Aufrechterhaltung ländlicher Daseinsvorsorgeeinrichtungen an nichtstaatliche Akteure, insbesondere die Bevölkerung, die

durch ehrenamtliches Engagement zur Aufrechterhaltung und Erweiterung von Angeboten beitragen. Dabei geht es nicht darum den Staat als Akteur zu ersetzen, sondern um Daseinsvorsorge an neue Standards anzugleichen oder weitere Verschlechterungen abzuwehren (Steinführer, 2015, S. 5 f.).

Die Beispiele „örtlicher Brandschutz“ oder auch „örtliche Kulturveranstaltungen“ als Teil der Daseinsvorsorge zeigen, dass nicht ausschließlich gebaute Infrastruktur gemeint ist. Nach Dettmann (2011) ist für die ländliche Entwicklung ein mindestens ebenso wichtiges Element die Initiierung und Nutzung bürgerschaftlichen Engagements. Den Städten und Gemeinden obliegt dabei die Aufgabe, dieses Engagement in einen Gestaltungsrahmen einzubringen, zu moderieren und zu steuern. In der ländlichen Entwicklung ist hierfür das klassische Instrument die Erarbeitung integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte auf lokaler bzw. regionaler Ebene. Im Rahmen derartiger Konzepte wird ein Leitbild aus den Alleinstellungsmerkmalen, örtlichen Potenzialen sowie den Stärken und Schwächen des Ortes bzw. der Region entwickelt. Auf Basis des Leitbildes entwickeln die Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung(en) anschließend Projekte, die die ländliche Entwicklung örtlich und regional fördern. Diese Projekte können ganz unterschiedlicher Natur sein. Eine wichtige Rolle kommt in ländlichen Räumen traditionell Projekten zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu. Neben der Errichtung von Dorfgemeinschaftshäusern/-einrichtungen sind hierunter Maßnahmen der Ortsentwicklung von der Wiederherrichtung zentraler dörflicher Plätze bis zur In-Wert-Setzung städtebaulich besonders bedeutsamer Gebäude zu verstehen. Derartige Maßnahmen sind weder besonders innovativ noch besonders produktiv. Allerdings stärken sie die Identifikation der Dorfbevölkerung mit ihrem Ort bzw. ihrer Region und verbessern damit die Lebensqualität (Dettmann, 2011).

Unter den Bedingungen des demografischen Wandels stehen die Gemeinden bei der Sicherung der Daseinsvorsorge vor großen Herausforderungen. Die Tragfähigkeit von Einrichtungen wird durch den Bevölkerungsrückgang oder Verschiebungen in der Alterszusammensetzung häufiger unterschritten. Demografisch bedingte Änderungen der Nachfragestruktur führen zu einem Umbau der lokalen Daseinsvorsorge: Nicht ausgelastete Einrichtungen – Schulen, Sportstätten, Theater, Kanalisationen – müssen geschlossen oder rückgebaut werden (BBSR, 2012, S. 39). Dies in Verbindung mit der zunehmend angespannten Haushaltslage lässt die Gemeinden an ihre (finanziellen) Grenzen stoßen.

Das führt dazu, dass Versorgungsangebote gebündelt und Kooperationen mit anderen Kommunen oder Aufgabenträgern eingegangen werden. Die Städte und Gemeinden müssen sich mehr und mehr über gemeinsame Versorgungseinrichtungen abstimmen und gemeinsame regionale Strategien aufstellen (BBSR, 2012, S. 55).

In Tabelle 2 sind die ELER-Maßnahmen den Feldern der Daseinsvorsorge, getrennt nach technischer Dienstleistung und sozialer Dienstleistung, zugeordnet. Die Beiträge dieser Maßnahmen zur Verbesserung der Daseinsvorsorge stellen nach obigem Untersuchungsansatz einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität dar.

Tabelle 2: Anknüpfungspunkte Maßnahmen 313, 321 und 322 an die Felder der Daseinsvorsorge

Code	Maßnahmenbezeichnung	Feld der Daseinsvorsorge	
		Technische Dienstleistungen	Soziale Dienstleistungen
313	Förderung des Fremdenverkehrs	Verkehrsinfrastruktur	Kulturelle Versorgung und Freizeit
321	Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung	Energieversorgung Informations- und Kommunikationstechnologie	Kulturelle Versorgung und Freizeit Nahversorgung
322	Dorferneuerung und -entwicklung	Verkehrsinfrastruktur	Kulturelle Versorgung und Freizeit Katastrophenschutz, Feuerwehr, Rettungswesen Sonstige soziale Infrastrukturen wie Sportstätten, Friedhöfe Bürgerschaftliches Engagement Interkommunalität

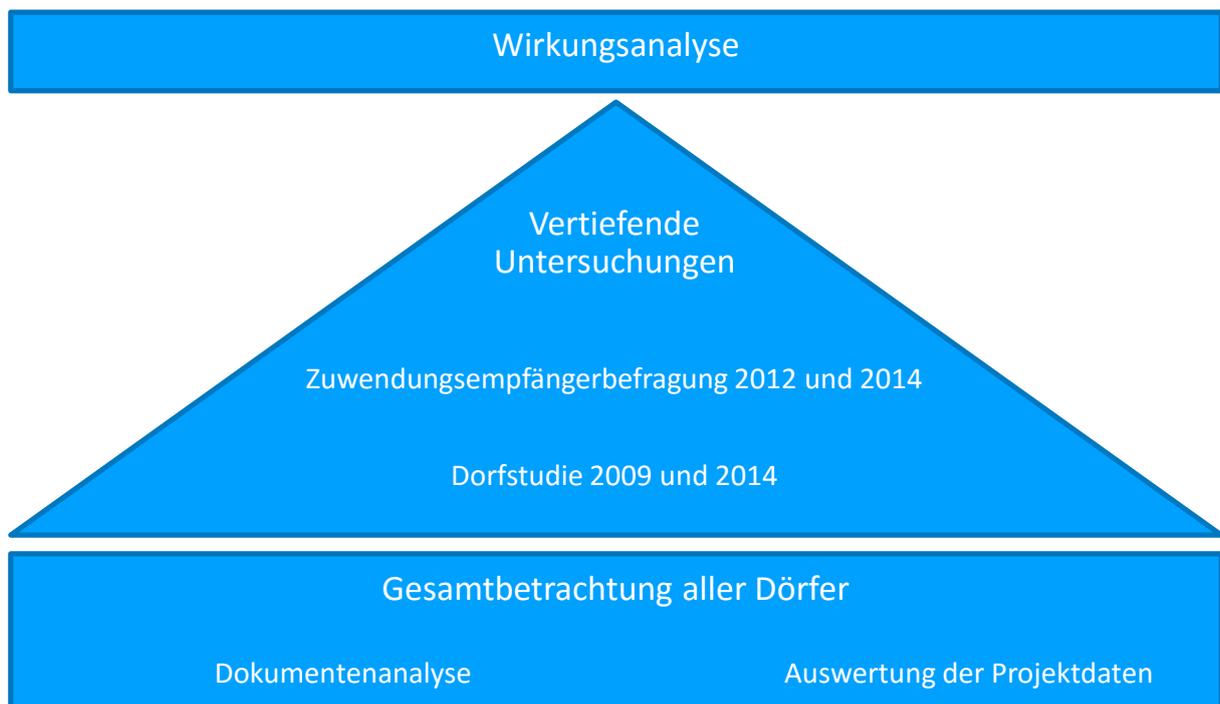
Quelle: Eigene Darstellung nach Einig (2008, S. 18), LGMV und LGSA (2010, S. 27 f.), Steinführer, Küpper und Tautz (2012, S. 10).

Nach der Auflistung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen (Einig, 2008) fehlen die Teilbereiche Wasserwirtschaft (incl. Ver- und Entsorgung, Verkehrsdienste (Schülertransport, ÖPNV), Deichbau und Sozialer Wohnungsbau (= technische Dienstleistungen) sowie Schule/Bildungswesen bzw. Kinderbetreuung, Gesundheitswesen und Altenpflege sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (= soziale Dienstleistungen). Diese Bereiche der Daseinsvorsorge sind über die ILE-Maßnahmen des SP 3 nicht förderfähig (ILE-RL NRW (2013)).

3 Methodischer Untersuchungsansatz/Bewertungsaktivitäten

Entsprechend der Komplexität der Fragestellung und des Begriffs Lebensqualität setzt sich die Bewertung der Maßnahmen 313, 321 und 322 aus verschiedenen Bausteinen/Modulen zusammen: der Dokumentenanalyse und Projektdatenauswertung, den sogenannten Dorfstudien als einzelfallkonzipierte Untersuchung sowie den schriftlichen Befragungen der Zuwendungsempfänger (ZWE) in den Jahren 2012 und 2014 (vgl. Abbildung 2). Es kommt also ein Mixed Methods Design (quantitativ und qualitativ) zum Einsatz. Während die Auswertung der Projektdaten über den gesamten Förderzeitraum 2007 bis 2015 einen allgemeinen Überblick über die Maßnahmenumsetzung geben, wird durch die empirischen Untersuchungen (schriftliche ZWE-Befragung sowie Dorfstudie) der Blick spezieller und schärfer.

Abbildung 2: Methodische Schritte zur Evaluation der Maßnahmen 313, 321 und 322



Quelle: Eigene Darstellung.

Analyse und Darstellung der Ergebnisse

Die Darstellung der Ergebnisse und identifizierten Wirkungen der Maßnahmen 313, 321 und 322 erfolgt entlang der unterschiedlichen Methoden, die zur Anwendung kamen und hierunter wiederum entlang der in Kapitel 2 aufgeführten Aspekte der Lebensqualität: Wohnstandortbedingungen sowie politische Partizipation und soziale Beziehungen.

3.1 Methodisches Vorgehen zur Gesamtbetrachtung (Projektdatenauswertung)

Die Landwirtschaftskammer NRW (LWK NRW) (Geschäftsbereich 3.3) hat in ihrer Funktion als EU-Zahlstelle dem Thünen-Institut für Ländliche Räume jährlich Projektlisten zur Umsetzung der ILE-Maßnahmen des SP 3 bereitgestellt. Diese Projektlisten beinhalteten für alle abgeschlossenen Projekte grundlegende Angaben wie Ort des Projekts, Projektname, Finanzdaten, Rechtsform des ZWE, Konzeptzugehörigkeit etc. sowie maßnahmenspezifische Indikatoren. Die Gesamtbetrachtung aller geförderten Projekte auf der Output- und Ergebnisebene basiert auf der Auswertung dieser Projektdaten sowie den EU-Monitoringdaten. Sie werden nach Fördergegenständen, Art der ZWE, regionaler Verteilung und Höhe der Investitionssumme ausgewertet.

Lieferung und Qualität der Daten

Durch die Monitoring-Vorgaben des CMEF sind die Anforderungen an die Datenhaltung gestiegen. Die LWK NRW hat das Datenhaltungssystem entsprechend angepasst. Bis zum Abschluss der Förderperiode 2007 bis 2013 fehlte jedoch ein Erfassungssystem, mit dem die für die Evaluation benötigten Projektdaten automatisiert erstellt werden konnten. Die Bewilligungsstellen haben diese erforderlichen Projektangaben manuell in Excel-Listen nachgetragen, die dem Thünen-Institut für Ländliche Räume jeweils im Folgejahr der Umsetzung überreicht wurden.

Für die Bezirksregierungen bedeutet das Nachtragen der Förderdaten in Excel-Listen aus dem internen Datenhaltungssystem einen enormen zusätzlichen Aufwand. Alle Beteiligten (Bewilligungsstellen, Thünen-Institut für Ländliche Räume, Zahlstelle) hätten es begrüßt, wenn das Datensystem der Zahlstelle mit den benötigten Zusatzinformationen für die Evaluation ergänzend programmiert würde, um anschließend eine zentrale Abfrage zu ermöglichen. Aufgrund von extremen personellen Engpässen bei der Zahlstelle kam es hier immer wieder zu Verzögerungen. Für die Förderperiode 2014 bis 2020 wird angestrebt, die zu Evaluationszwecken notwendigen Daten ebenfalls über das INVEKOS zu erfassen.

Die Vergleichbarkeit der TI-Projektlisten mit den EU-Monitoringtabellen ist teilweise schwierig. In den Projektlisten des Thünen-Instituts für Ländliche Räume fehlte zum Teil die Einordnung in die entsprechenden Kategorien des EU-Monitoring wie beispielsweise bei Maßnahme 322 die Monitoringkategorie „Art der Revitalisierung“ (physisch, sozial, wirtschaftsbezogen). Vereinzelt gab es auch Inkonsistenzen z. B. in der Angabe des Status der ZWE, die auf unklare Definitionen oder Unsicherheiten in der Bearbeitung zurückzuführen waren. Als zusätzlich schwierig erwies sich, dass in den Projektlisten des Thünen-Instituts ausschließlich abgeschlossene Projekte gelistet waren, in den Monitoringdaten hingegen die Summe aller sich in der Umsetzung befindlichen Projekte des Förderjahres beinhaltete, also auch die nicht abgeschlossenen Projekte. Im Laufe der Förderperiode ist es dadurch zu Dateninkonsistenzen gekommen, die nur in Teilen behoben werden konnten. Im vorliegenden Modulbericht erfolgen die Auswertungen auf der Outputebene auf Basis des EU-Monitorings (MKULNV, 2016). Für die Ergebnisebene, wo vielfach mit Prozent-

angaben gearbeitet wird, werden die Projektlisten des Thünen-Instituts für Ländliche Räume ausgewertet (LWK NRW, 2016).

3.2 Methodisches Vorgehen zur Querschnittsanalyse (Zuwendungsempfängerbefragung)

In der empirischen Forschung spricht man von einem Querschnitt bzw. von einer Querschnittsanalyse, wenn eine empirische Untersuchung einmalig durchgeführt wird. So entstehen „Momentaufnahmen“ von derzeit gültigen Fakten, Meinungen oder Verhaltensweisen, womit Strukturunterschiede sichtbar gemacht werden sollen. Untersuchungen, die auf der Grundlage von Querschnittsdaten entstehen, sagen nichts über den zeitlichen Verlauf aus. Die schriftliche ZWE-Befragung stellt eine Querschnittsanalyse dar.

Mit dem Ziel, den Nutzen der Förderung für die ländlichen Regionen in NRW festzustellen und darauf aufbauend Verbesserungsansätze zur zukünftigen Förderung abzuleiten, erfolgte im Herbst 2012 eine standardisierte schriftliche Befragung der ZWE der ELER-Maßnahmen 313, 321 und 322 sowie LEADER. Im Jahr 2014 fand zusätzlich eine schriftliche Befragung von Umnutzungsprojekten (Teilmaßnahme von 322) statt.

Im Anhang findet sich beispielhaft für den ELER-Code 322 der schriftliche Fragebogen.

Befragungsaufbau

Die Inhalte des Fragebogens haben sich sowohl aus dem CMEF, den im NRW-Programm Ländlicher Raum 2007 bis 2013 aufgeführten Programm- und Maßnahmenzielen sowie von den erwarteten Ergebnissen und Wirkungen bei der Maßnahmenumsetzung abgeleitet. Mit dem Ziel, maßnahmenübergreifende Aussagen treffen zu können, waren weite Teile des Fragebogens über alle Maßnahmen hinweg identisch – in Teilen sogar bundesländerübergreifend¹. Inhaltliche Schwerpunkte waren folgende Themenkomplexe:

- Projektinhalt und Entstehung der Projektidee
- Unterstützung und Zusammenarbeit bei der Projektumsetzung
- Zufriedenheit mit dem Förderverfahren
- Einbindung in regionale Entwicklungsstrategien (LEADER-Konzept und ILEK)
- Wirkungseinschätzungen in den Bereichen: Tourismus, Umwelt und Natur, Beschäftigung, Interkommunale Zusammenarbeit, Demografischer Wandel
- Befragung „Umnutzung“ 2014: Eckdaten zum landwirtschaftlichen Betrieb

¹ Die schriftliche Befragung der ZWE erfolgte nicht nur in NRW, sondern auch in den weiteren Flächenländern der 7-Länder-Evaluierung: Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Stichprobenauswahl und Rücklauf

Berücksichtigt wurden die Projekte, die im Zeitraum 2007 bis 2011 bzw. bei der Umnutzung bis 2012 abgeschlossen waren. Die Projekte des SP 4 wurden vollständig befragt. Bei den ELER-Codes 313, 321 (ohne Breitbandförderung und Nahwärmenetze) sowie 322 (nur Umnutzung) erfolgte die Befragung aller Projektträger. Bei der 322 (ohne Umnutzung) wurde eine bewusste Stichprobe gezogen. Die Grundgesamtheit war auf Gebietskörperschaften und eingetragene Vereine (e. V.) als ZWE begrenzt. Aus dieser Gruppe wurde dann zufällig eine Stichprobe gezogen. Im Jahr 2012 wurden für SP 3 und 4 insgesamt 328 Fragebögen versendet, wovon 240 ausgefüllt wurden. Das entspricht einer Rücklaufquote von 73 %.

Tabelle 3: Übersicht über den Rücklauf der schriftlichen ZWE-Befragung 2012

ELER-Code	313		321		322 ¹⁾		41		Gesamt	
Regions- /Konzept- zugehörigkeit	Beantwortete Fragebögen									
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
LEADER	8	73	11	58	38	75	50	82	107	75
ILE	11	65	7	70	88	74	-	-	106	73
Ohne Konzept	-	-	-	-	27	74	-	-	27	68
Gesamt	19	68	18	62	154	73	50	82	240	73

¹⁾ ohne Umnutzung

Quelle: Eigene Darstellung nach Peter und Schnaut (2012).

Die Stichproben der auswertbaren Fragebögen bildeten lediglich einen Teil der Maßnahmenumsetzung des gesamten Förderzeitraums 2007 bis 2015 ab. Bei den Maßnahmen 313 waren dies knapp 40 % und bei 321 rd. ein Drittel der gesamten Umsetzung. Bei der DE (ohne Umnutzung) bildete die Stichprobe rd. 37 % der DE-Projekte im Zeitraum 2007 bis 2015 ausschließlich der öffentlichen Zuwendungsempfänger bzw. Vereinen ab. Da private ZWE nicht befragt wurden, ließen sich über deren Investitionen keine Aussagen treffen. Im Falle der Umnutzungsprojekte, die erst im Jahr 2014 befragt wurden (Projekte im Zeitraum 2007 bis 2012), waren es immerhin 63 %. Ausschließlich hier erfolgten Hochrechnungen auf die Grundgesamtheit der gesamten Förderperiode.

3.3 Methodisches Vorgehen zur Längsschnittanalyse (Dorfstudie)

Während bei der Querschnittsanalyse Strukturunterschiede sichtbar gemacht und lediglich Momentaufnahmen ermittelt werden, können mit einer Längsschnittanalyse zeitliche (Verhaltens-) Änderungen erfasst werden. Im vorliegenden Bericht wurde im Rahmen von Fallstudien (auch als

Dorfstudie bezeichnet) zu zwei verschiedenen Erhebungszeitpunkten die Situation vor Ort erfasst.

Zentrale Zielsetzung der Dorfstudie war die vertiefende Betrachtung der tatsächlichen Wirkungsmöglichkeiten und Wirkungstiefe der Förderung der Dorferneuerung und -entwicklung (DE) (322).

Für die als Einzelfallanalyse konzipierte Dorfstudie wurden vier Untersuchungsdörfer begleitet, um in einem Vorher-Nachher-Vergleich eine Wirkungsanalyse zu erreichen. Die Untersuchung zielte auf die Entwicklungspfade der lokalen Lebensverhältnisse (Bevölkerungsentwicklung, Infrastruktur, Vereine), die Wirkungsanalyse „Verbesserung der Lebensqualität“ (Innenentwicklung, Qualität Wohnumfeld, Soziales Leben) sowie die Abläufe in den Dorfentwicklungsprozessen (Projektumsetzung, Zusammenarbeit, Beteiligung).

Die Untersuchungsdörfer wurden 2009 das erste Mal besucht. Dabei fanden neben einer Ortsbegehung zur Erfassung des Ortsbildes Expertengespräche in Form von leitfadengestützten Interviews mit den OrtsvorsteherInnen, Arbeitskreisvorsitzenden und/oder GemeindevertreterInnen statt. 2014 wurde dieser Arbeitsschritt wiederholt. In den Gesprächen wurden zunächst der Stand der Projektumsetzung sowie die dorfspezifische und individuelle Ausgestaltung dieser Umsetzung (u. a. Bedeutung der Beteiligung, Bedeutung des DE-Plans) ermittelt. Die Gespräche wurden protokolliert, teilweise auch aufgenommen und transkribiert. Die Auswertung basiert auf Textdokumenten (Verschriftung der Gespräche) Für die Auswertung wurden entsprechende Passagen aus den Texten ausgewählt. Die Auswahl orientierte sich an der thematischen Relevanz dieser Passagen für die oben dargestellten Zielsetzungen und die übergeordneten Fragestellungen. Die Ergebnisse werden ausschließlich in Kapitel 7 zur Maßnahme 322 aufgeführt.

Die Beschreibung der Vorgehensweise sowie die Auswahl und Charakterisierung der Dörfer im Jahr 2009 ist im Anhang zur HZB ausführlich beschrieben (Peter, 2010; Peter und Schnaut, 2010).

4 Administrative Umsetzung

Die rechtlichen Fördervorgaben, die administrative Umsetzung sowie die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten (Handlungs-/Investitionsbedarf, Akteure vor Ort, kommunale Finanzsituation u. a.) setzten den Rahmen für die ILE-Förderung vor Ort. Die Untersuchung der administrativen Förderstrukturen und -abläufe zog sich wie ein roter Faden durch die Evaluierungsaktivitäten der SP3-Maßnahmen und LEADER. Auch im Rahmen der Dorfstudie 2014 wurde diese Thematik in den Gesprächen mit den BürgermeisterInnen aufgenommen. Die Beurteilungen der InterviewpartnerInnen hinsichtlich des Förderverfahrens bestätigten in großen Teilen die Aussagen, die bereits zur HZB des NRW-Programms Ländlicher Raum 2007 bis 2013 sowie im Rahmen der schriftlichen ZWE-Befragung im Jahr 2012 eingefangen werden konnten. Die wesentlichen Kritikpunkte waren:

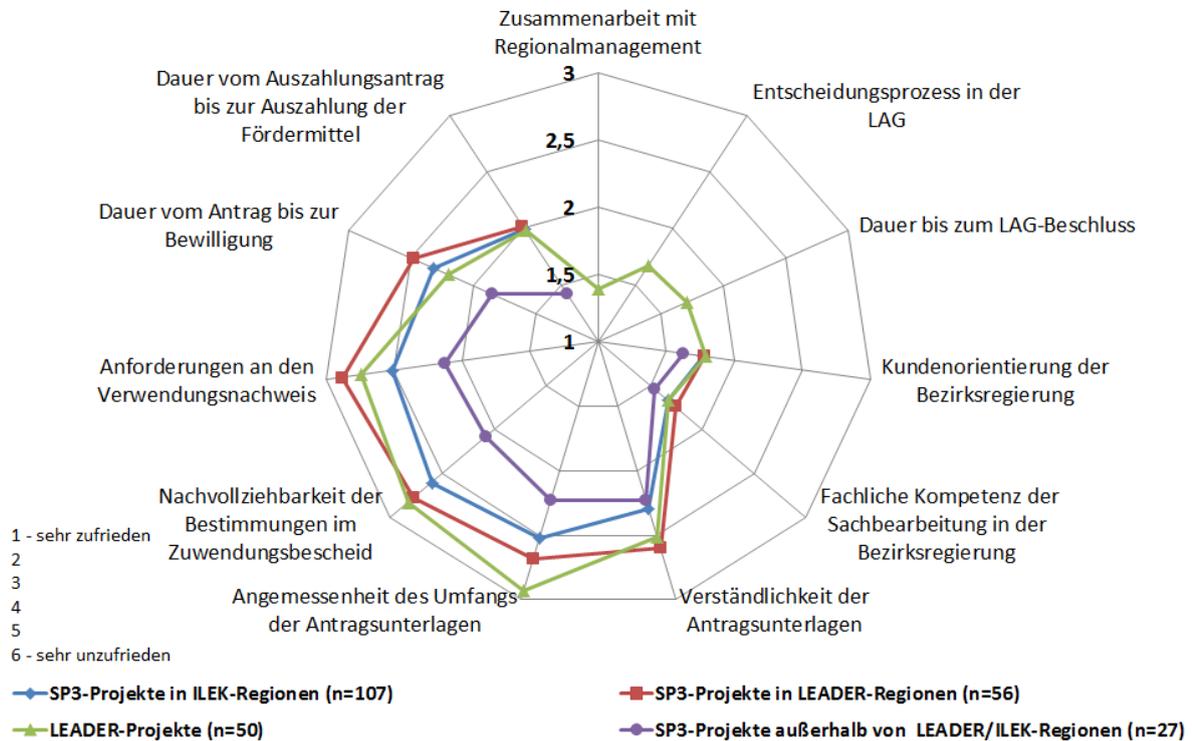
- die Verständlichkeit und der Umfang der erforderlichen Unterlagen,
- die Einschränkungen und Unklarheiten der Fördervoraussetzungen und -bedingungen sowie
- die Optimierung der zeitlichen Abläufe und hier insbesondere des Durchführungszeitraums: Zeitraum zwischen Bewilligung und erforderlichem Projektabschluss (LR, BW und entera, 2014, S. 41 ff.; Peter und Schnaut, 2010).

Mit einer sechsstufigen Skala wurden die ZWE in der schriftlichen Befragung nach ihrer Zufriedenheit mit dem Förderverfahren insgesamt sowie nach ihrer Zufriedenheit mit einzelnen Aspekten gefragt. 70 % der Befragten beurteilen das Verfahren in seiner Gesamtheit mit den beiden höchsten Zufriedenheitskategorien. Es fiel auf, dass die ZWE außerhalb von LEADER- bzw. ILEK-Regionen (LEADER und ILEK) das Förderverfahren am besten beurteilten und die Träger von LEADER-Projekten im Durchschnitt die schlechtesten Beurteilungen abgaben.

Leichte Differenzen zeigten sich bei der Beurteilung einzelner Aspekte im Förderverfahren. Die Zufriedenheit der ZWE mit einzelnen Gesichtspunkten der Förderung werden in der Abbildung 3 anhand der errechneten Mittelwerte aus den Daten dargestellt: Je näher der jeweilige Mittelwert bei „1“ liegt, desto häufiger haben die befragten Zuwendungsempfänger für die Bewertung ihrer Zufriedenheit die Stufe 1 „sehr zufrieden“ genutzt. Dabei fiel auf, dass die personenbezogenen Verfahrensschritte (Kundenorientierung und fachliche Kompetenz der Sachbearbeitung in den Bezirksregierungen) am besten beurteilt wurden. Bei den LEADER-Projekten wurde insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement geschätzt.

Deutlich schlechter fielen die Beurteilungen in Bezug auf die Förderdokumente aus. Bei diesen Aspekten, wie auch insbesondere bei der Zufriedenheit mit der Dauer vom Antrag bis zur Bewilligung, waren die Beurteilungen außerhalb von LEADER- und ILEK-Regionen deutlich besser.

Abbildung 3: Mittelwerte der Antworten auf die Frage: Wie zufrieden oder unzufrieden waren Sie mit den folgenden Gesichtspunkten des Förderverfahrens?* (nach Regions- bzw. Konzeptzugehörigkeit der Projekte)



*Da die Werte zwischen 1 und 3 liegen, wird nur der Ausschnitt 1 bis 3 angezeigt.

Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung der ELER-Codes 313, 321, 322 und 41 (2012).

Weitere Ergebnisse zur administrativen Umsetzung der ILE-Maßnahmen finden sich bei den Ergebnissen der Implementationskostenanalyse der im NRW-Programm Ländlicher Raum 2007 bis 2013 programmierten Maßnahmen (LR, BW und entera, 2015, Anhang 3).

5 Förderung des Fremdenverkehrs (Infrastruktureinrichtungen) (ELER-Code 313)

5.1 Maßnahmenüberblick

Zielsetzung und Ausgestaltung der Maßnahme

Die Förderung des Fremdenverkehrs (313) war im Kanon der SP3-Maßnahmen eine kleine Maßnahme. Sie diente der Erschließung regionaler, insbesondere touristischer Entwicklungspotenziale und der Erschließung neuer Einkommenspotenziale, wodurch auch ein Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen geleistet werden sollte. Neben der Weiterentwicklung der touristischen Angebote sollte vor allen Dingen auch eine bessere Vernetzung der touristischen Angebote erreicht werden. Im Rahmen der Fremdenverkehrsmaßnahme hob NRW besonders stark auf die Ausführung der integrierten Ansätze ab, indem Zuwendungen nur gewährt wurden, wenn die Maßnahme im Zusammenhang mit der Umsetzung eines ILEK- oder LEADER-Konzeptes stand (MUNLV, 2009). Bei Maßnahmen, die der Umsetzung eines LEADER-Konzeptes dienten, erhöhte sich der Fördersatz um 10 % (Bonusregelung).

Förderfähig waren kommunale Investitionen sowie deren Vorbereitung und Begleitung in Infrastrukturmaßnahmen für den ländlichen Fremdenverkehr, insbesondere zur Erschließung regionaler touristischer Entwicklungspotenziale im Rahmen der Einkommensdiversifizierung (ILE-NRW, 2010, Ziffer 3.1.7). Wegebaumaßnahmen wurden nicht gefördert.

Die Maßnahme wurde im Rahmen der NRR (Kapitel 4.3.1.3) und dementsprechend mit GAK-Mitteln umgesetzt.

In NRW war zu Beginn der Förderperiode der Kreis der Zuwendungsempfänger auf Gemeinden und Gemeindeverbände beschränkt (EPLR 2008). Erst mit der Genehmigung des 7. Änderungsantrags im Jahr 2012 wurde die Maßnahme in Angleichung an die Nationale Rahmenregelung für private Antragsteller (natürliche Personen und Personengesellschaften sowie juristischen Personen des privaten Rechts) geöffnet. Damit sollte eine verbesserte Akzeptanz und die Chance auf die Zielerreichung der Maßnahme erhöht werden.² Ebenfalls wurde im Laufe der Förderperiode der EU-Anteil der öffentlichen Kosten von ursprünglich 25 % (EPLR, 2008) auf 35 % erhöht (6. Änderungsantrag, 2011). Auch der Zuwendungssatz bei öffentlichen Zuwendungsempfängern wurde von 40 % auf bis zu 50 % erhöht³ (5. Änderungsantrag, 2011).

² Diese Programmänderung wurde nicht in der ILE-RL NRW umgesetzt, sodass bis zum Ende der Förderperiode im Jahr 2015 die Förderung auf kommunale Projektträger begrenzt blieb.

³ Begründung im 5. Änderungsantrag: „Da in Nordrhein-Westfalen ausschließlich kommunale Zuwendungsempfänger für diese Fördermaßnahme zugelassen und deren finanzielle Spielräume durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich eingeschränkt sind, sollte durch die Anhebung des Fördersatzes bewirkt werden, dass die Fördermaßnahme in

Die Anhebung des Kofinanzierungssatzes im Schwerpunkt 3 (2011) konnte bei Maßnahme 313 die zögerliche Inanspruchnahme nicht mehr kompensieren. Deswegen wurde mit dem 8. Änderungsantrag (2013) das ELER-Budget um nahezu 300.000 Euro reduziert.

Problembeschreibung, Kontext und Relevanz

Tourismus ist ein sehr komplexes „Produkt“, das neben privatwirtschaftlichen Leistungen die Bereitstellung quasi-öffentlicher Güter erfordert, z. B. Infrastruktur zur Zugänglichkeit und Erlebbarkeit von Landschaft oder Vermarktungsstrategien (Mühlenkamp, 1997). Bei solchen quasi-öffentlichen Gütern kann die Intervention der öffentlichen Hand in Form von Förderprogrammen sinnvoll sein.

Neben der touristischen Basis-Erlebnisinfrastruktur in den ländlichen Regionen sind auch klare Organisationsstrukturen, sinnvolle räumliche Einheiten und entsprechende Vermarktungskanäle für die Wahrnehmung einer Destination von großer Bedeutung (vgl. Neumann, 2005). Hier können die Forderung der Einbindung von Projekten in ländliche Entwicklungsstrategien und andere Konzepte einen unterstützenden Beitrag zu mehr Kooperation und zur Überwindung von Kirchturmdenken leisten.

Für die ökonomische Entwicklung NRW spielt der Tourismus eine bedeutende Rolle. Denn als Wirtschaftszweig trägt er mit insgesamt 25,1 Mrd. Euro rd. 4,6 % zur gesamten Bruttowertschöpfung in NRW bei. Dabei entfallen 16,1 Mrd. Euro (rd. 3 %) auf die direkten und 9,0 Mrd. Euro (1,65 %) auf die indirekten Effekte. In der Tourismuswirtschaft direkt sind 4,7 % aller Erwerbstätigen in NRW tätig; zusammen mit den indirekt Beschäftigten sind es sogar 6,3 % bzw. 573.000 Beschäftigte (Tourismus NRW e.V., 2015a).

Der 2009 verabschiedete „Masterplan Tourismus Nordrhein-Westfalen“ und seine Fortschreibung im Jahr 2015 zeigt Strategien, wie der Tourismus in NRW weiterentwickelt werden kann und gilt damit auch als Orientierungsrahmen für die touristische Förderung im Rahmen des ELER. In der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 bildete der Masterplan den Bezugspunkt für den NRW-EU Ziel 2-Förderwettbewerb (EFRE) „Erlebnis.NRW“ (Tourismus NRW e.V., 2015b; Tourismus NRW e.V., 2009).

Gemäß Masterplan Tourismus gab es sechs Fokuszielgruppen in NRW: Business-Gäste, Junge Singles und Paare, Erwachsene Paare, Familien, Aktive Best Ager und Bodenständige Best Ager. Daraus ergaben sich für die Förderperiode 2007 bis 2013 als touristische Schwerpunktthemen: Business, Aktiv, Gesundheit, Kultur sowie Stadt und Event. Aufgrund ihrer naturräumlichen Voraussetzungen bieten die ländlichen Regionen gute Ansatzpunkte für die Schwerpunktthemen Aktiv (sportliche Aktivitäten wie z. B. Wandern, Radfahren, Reiten), Gesundheit/Wellness sowie Kultur.

Dabei sollte als Querschnittsaufgabe die Entwicklung und Bereitstellung barrierefreier Angebote in NRW verfolgt werden. Zur Umsetzung dieser Themen sollten Investitionen in die Verbesserung der Infrastruktur vom Land und von den Kommunen gemeinsam vorangetrieben werden (Tourismus NRW e.V., 2009). Hinsichtlich der Reisedauer konzentriert sich NRW auf das Tages- und Kurzreisesegment (weniger als fünf Tage) (Tourismus NRW e.V., 2015b).

Zur Erreichung dieser strategischen Ziele bedurfte es einer Vielzahl von Aktionen und finanziellen Unterstützungen wie z. B. die Förderung über den EFRE, über Förderprogramme mit zinsgünstigen Darlehen, Wettbewerbsaufrufe. Die touristische Förderung aus dem ELER ordnete sich dieser Vielzahl ein.

Umsetzung der Maßnahme (Output und Ergebnis)

Im Förderzeitraum 2007 bis 2015 wurden ausschließlich Gemeinden und Kreise (=öffentliche ZWE) gefördert.

Tabelle 4: Umsetzung der Maßnahme 313 Förderung des Fremdenverkehrs im Förderzeitraum 2007 bis 2015

Vorhaben	Projektanzahl	Öffentliche Ausgaben (1 000 EUR)		Gesamtinvestitionsvolumen (1 000 EUR)
		ELER	Insgesamt	
Infrastrukturmaßnahmen	44	615	2.081	2.646
Entwicklung/Vermarktung von Dienstleistungen des Landtourismus	5	107	353	421
Gesamt	49	722	2.434	3.067

Quelle: Eigene Darstellung nach (LWK NRW, 2016; MKULNV, 2016).

Die Projekte zur Förderung des Fremdenverkehrs betrafen vornehmlich Investitionen in Infrastrukturen. Rd. 70 % aller Projekte betrafen Investitionen in Beleuchtungs- und Beschilderungsmaßnahmen an Wegen und Plätzen. Außergewöhnliche Projekte hingegen waren eine Minigolfanlage, ein Heckenlabyrinth und ein Jugendzeltplatz. Auch einzelne kommunale Wohnmobilstellplätze wurden gefördert. Bei rd. 5 % der Projekte handelte es sich um die Vermarktung von touristischen Dienstleistungen z. B. in Form von Qualitätsoffensiven für bestehende Wanderrouten.

Die Umsetzung der Maßnahme lag mit 49 Projekten hinsichtlich der im NRW-Programm Ländlicher Raum geplanten Projektanzahl von 30 Projekten über dem Planansatz. Das geplante Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 3,3 Mio. Euro konnte allerdings nicht erreicht werden, obgleich das Land Maßnahmen zur Steigerung der Inanspruchnahme (Erhöhung des Fördersatzes) in Angriff genommen hat. Nach Aussage des Fachreferats begründete sich der geringe Mittelabfluss bei der Fremdenverkehrsmaßnahme in den engen finanziellen Spielräumen der Kommunen bzw.

in der Konkurrenz anderer Förderprogramme. Auch diese Vorhaben bedurften der Kofinanzierung mit kommunalen Eigenmitteln, für die die Gemeinden letztlich Prioritäten setzen mussten und der Tourismus nach hinten rutschte (mdl. Mitteilung Fachreferat 26.4.2016).

Die angestrebten Ziele auf der Ergebnisebene wie die „Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen“ (insgesamt 105 geplant) sowie „zusätzliche Anzahl von Touristen“ (4.500 Tagesgäste, 1.500 Übernachtungen) (MUNLV, 2009) waren sehr ambitioniert und ein Nichterreichen wurde bereits zur Halbzeitbewertung prognostiziert (Peter und Schnaut, 2010).

5.2 Beantwortung der Bewertungsfrage

Dem Leitfaden zur Ex-post-Bewertung folgend lautet die Bewertungsfrage für die Maßnahme 313: Wie und in welchem Umfang hat die Maßnahme zur wirtschaftlichen Diversifizierung der ZWE beigetragen? (ENRD, 2014). Die geförderten Projekte waren hauptsächlich Infrastrukturmaßnahmen öffentlicher Träger, die kaum direkte Wirkungen für die ZWE entfalten. Die Frage wird daher dahingehend operationalisiert, inwieweit die Fördermaßnahme zur Förderung des Tourismus (und somit zur Diversifizierung der Regionen) beigetragen hat. Entsprechend der landesspezifischen Zielsetzungen liegt der Fokus auf den Themen: Erschließung regionaler touristischer Entwicklungspotenziale, Vernetzung von touristischen Angeboten, die Umsetzung von integrierten Ansätzen (ILEK/LEADER) sowie auf dem Thema Einkommen und Beschäftigung (MUNLV, 2009).

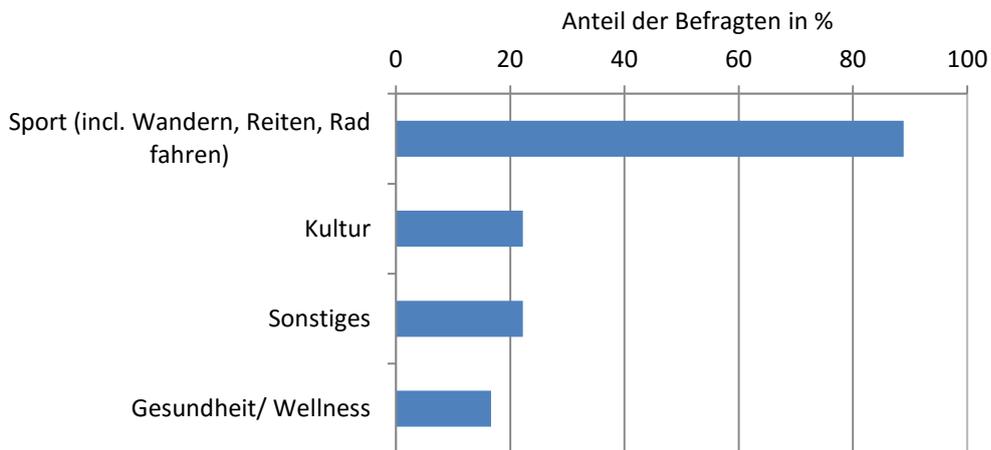
Da NRW im Rahmen der Fremdenverkehrsmaßnahme besonders stark auf die Ausführung der integrierten Ansätze zielte, finden sich im Folgenden bei der Ergebnisdarstellung der ZWE-Befragung teilweise Vergleiche mit den Einschätzungen von Projektträgern von LEADER-Vorhaben bzw. auch mit den Maßnahmen 321 und 322.

Erschließung regionaler touristischer Entwicklungspotenziale

Die Einschätzungen zur Erschließung regionaler touristischer Entwicklungspotenziale orientierten sich an der landesweiten Strategie, die im Masterplan Tourismus für NRW verschriftlicht ist. In Abgleich mit den Fokuszielgruppen dieses Masterplans (Business-Gäste, Junge Singles und Paare, Erwachsene Paare, Familien, Best Ager) ergab die ZWE-Befragung, dass nahezu 90 % aller Projektträger für ihre Projekte keine spezielle Zielgruppe im Fokus hatte.

Mehr als ein Drittel der befragten ZWE bescheinigten ihrem Projekt einen Beitrag zum demografischen Wandel, gleichzeitig sprachen mehr als die Hälfte der Befragten ihrem Projekt einen Beitrag ab. Ein Drittel der Befragten sahen in ihrem Projekt einen besonderen Nutzen für behinderte Menschen, indem barrierefreie Zugänge geschaffen bzw. Mobilitätsaspekte aufgegriffen wurden.

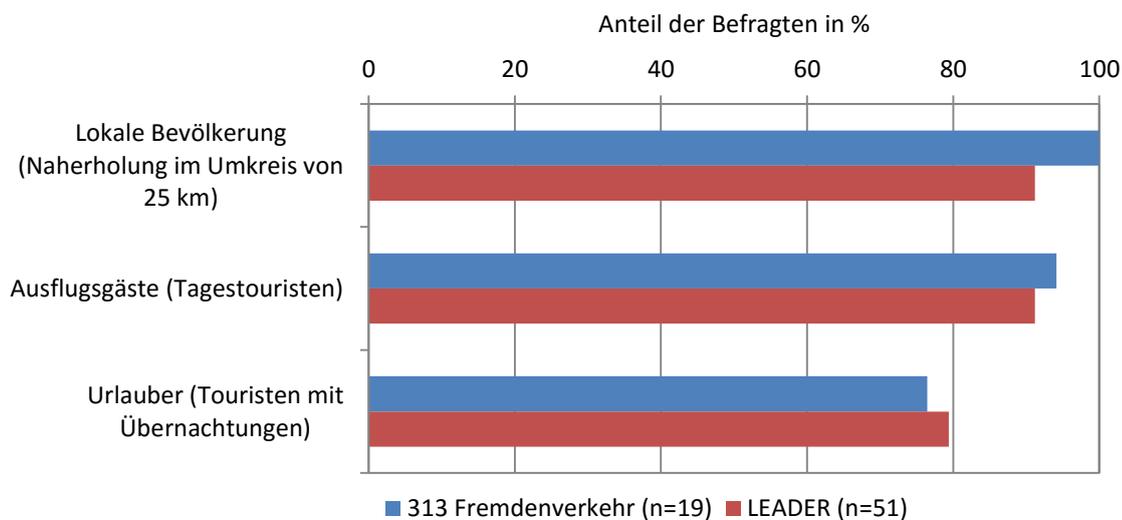
Abbildung 4: Touristische Themenfelder der geförderten Projekte in der Stichprobe – Maßnahme 313



Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=19.

Nahezu 90 % der Befragten gaben an, dass ihr Angebot⁴ im Bereich Aktiv/Sport/Natur (incl. Wandern, Reiten, Radfahren) liegt, nur 20 % der Befragten siedelten ihr Angebot im Bereich Kultur an und rd. 17 % im Bereich Gesundheit/Wellness.

Abbildung 5: Welche Gruppen haben im Hinblick auf Tourismus und Naherholung durch Ihr Projekt einen Nutzen? – Maßnahme 313 und LEADER



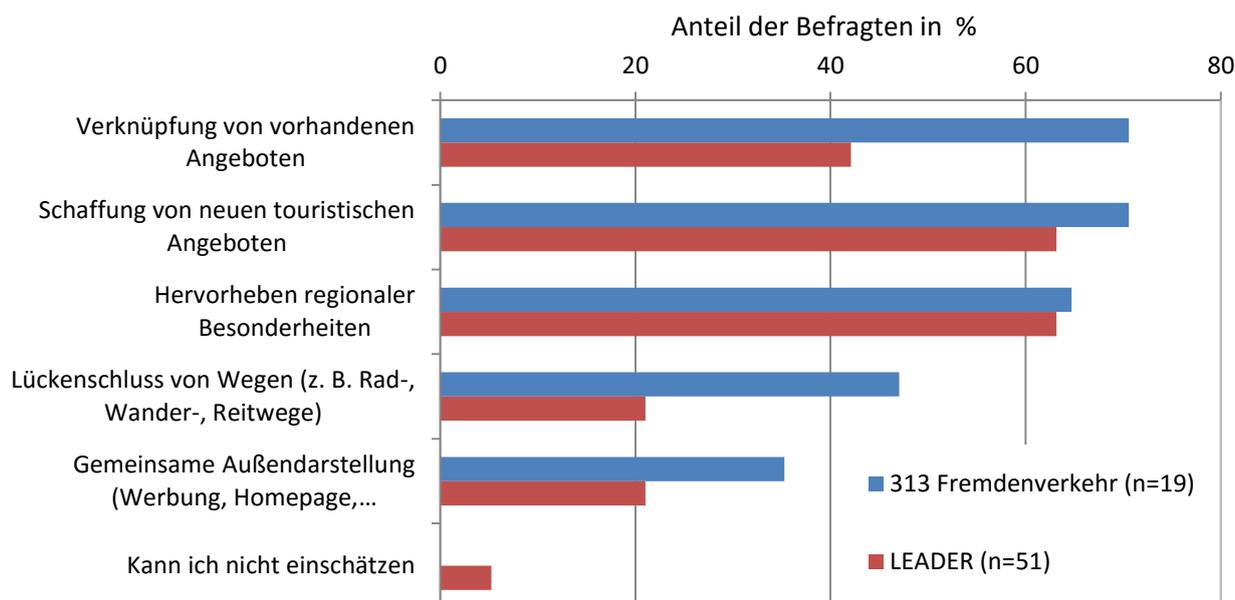
Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=70.

⁴ Es waren Mehrfachnennungen möglich.

Nach Aussagen der Befragten profitierten neben der lokalen Bevölkerung vornehmlich Ausflugs-gäste (Tagestouristen) von den geförderten Angeboten. Der Nutzen für Urlauber (Touristen mit Übernachtungen) wurde etwas geringer eingeschätzt. Dies entspricht den Zielen des Landes NRW mit einer Konzentration auf Tagesgäste und Kurzreisende.

Vernetzung von touristischen Angeboten

Abbildung 6: Für welche Bereiche leistet Ihr Projekt einen positiven Beitrag zur touristischen Entwicklung Ihrer Region? (Mehrfachantworten möglich)



Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=70.

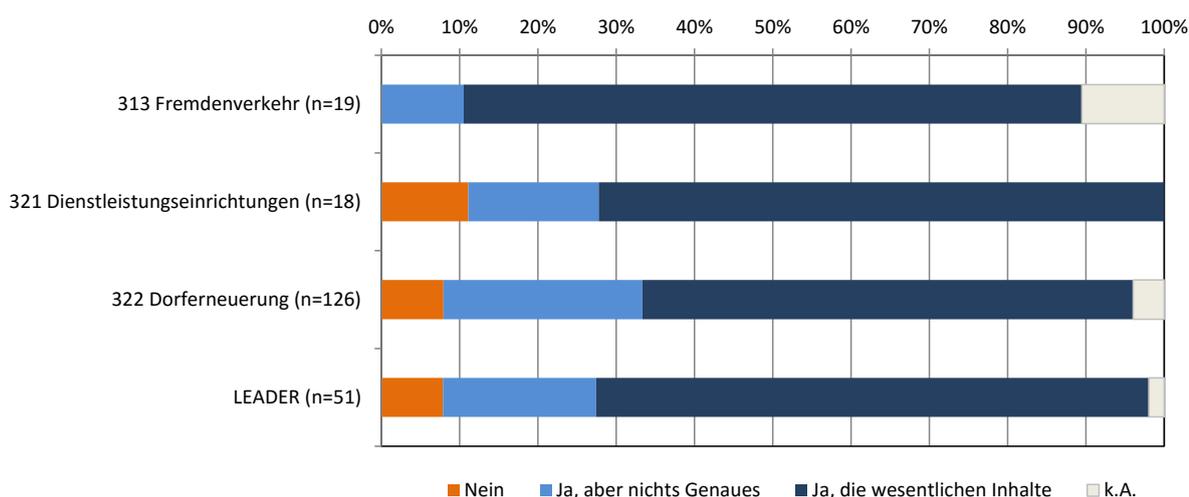
Bei der Maßnahme 313 war gleichermaßen die Schaffung neuer wie die Verknüpfung vorhandener touristischer Angebote bedeutend. Bei den LEADER-Projekten hingegen fiel auf, dass die Schaffung neuer Angebote gegenüber der Verknüpfung touristischer Angebote dominierte. Nach Einschätzung der Projektträger wirkten die Vorhaben sowohl bei Maßnahme 313 als auch bei LEADER auf die Hervorhebung von regionalen Besonderheiten. Den Lückenschluss von Wegen (Rad-, Wander-, Reitwege) spielte bei LEADER im Vergleich zur touristischen Förderung im SP 3 eine untergeordnete Rolle.

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung (Maßnahmen 313, 321, 322 und LEADER) zeigen, dass der ILE-Förderung ein positiver Einfluss auf die Zusammenarbeit von Kommunen zugesprochen wird und hier besonders im Bereich Tourismus. Das lässt vermuten, dass es im Rahmen der ILE-Förderung zu einer besseren Koordination und Vernetzung von überörtlichen touristischen Angeboten gekommen ist (vgl. Kapitel 7.2).

Umsetzung von integrierten Ansätzen (ILEK/LEADER)

Mit dem Ziel, integrierte Ansätze in NRW zu stärken, wurden Zuwendungen nur gewährt, wenn die Maßnahme im Zusammenhang mit der Umsetzung eines ILEK oder LEADER-Konzeptes stand. Mit rd. 57 % fielen in LEADER-Regionen deutlich mehr förderfähige Gesamtkosten an als in ILEK-Regionen (rd. 43 %). Es fand also tatsächlich eine Konzentration der Fördermittel in LEADER-Regionen statt. Die Konzentration erhöhte sich zudem dadurch, dass die Summe der Flächen aller LEADER-Regionen in NRW nur halb so groß war wie die Gesamtflächen der Regionen mit ILEK.

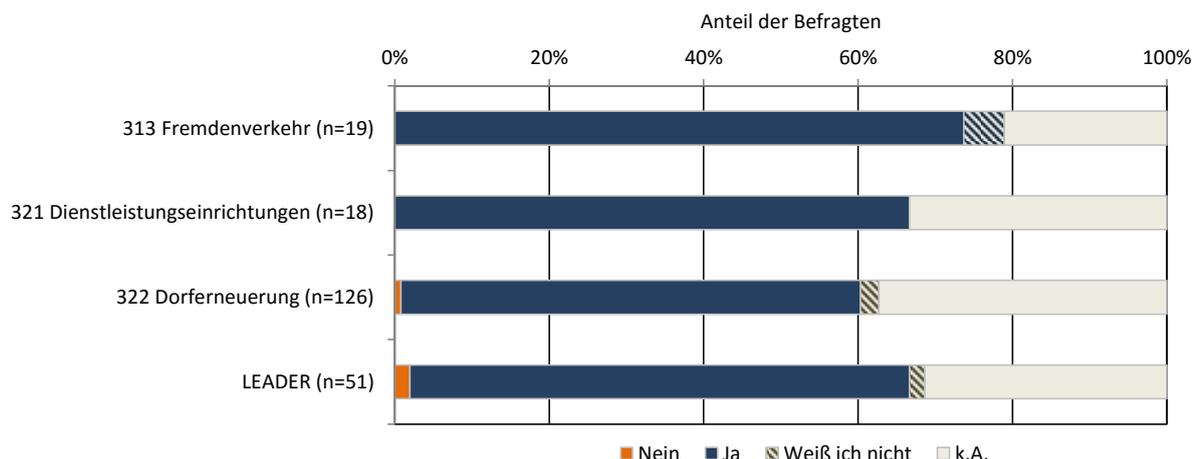
Abbildung 7: In welchem Umfang ist Ihnen die Entwicklungsstrategie (ILEK/LEADER) Ihrer Region bekannt?



Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=214.

Im Vergleich zu den Projekten nach den Maßnahmen 321 und 322 in LEADER/ILEK-Regionen zeigt sich, dass nach Aussagen der Befragten bei den touristischen Projekten (Maßnahme 313), die ausschließlich in LEADER/ILEK-Regionen förderfähig waren, die Bekanntheit der Entwicklungsstrategie tatsächlich ausgeprägter war (vgl. Abbildung 7). Gleichzeitig wurde der Projektbeitrag zu den Zielen der Entwicklungsstrategie (LEADER/ILEK) sehr hoch bewertet, sogar anteilig höher als bei den LEADER-Projekten selbst (vgl. Abbildung 8).

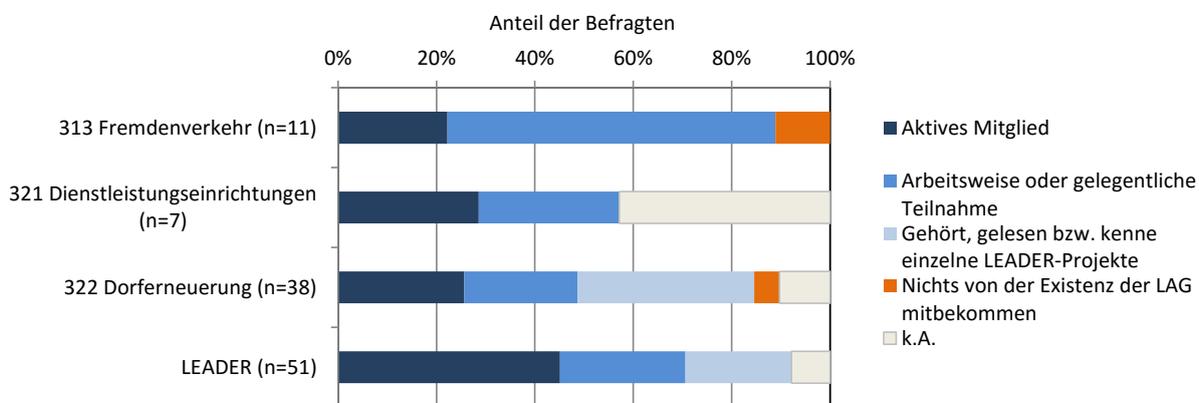
Abbildung 8: Beitrag der Projekte zu den Zielen der Entwicklungsstrategie (ILEK/LEADER)



Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=214.

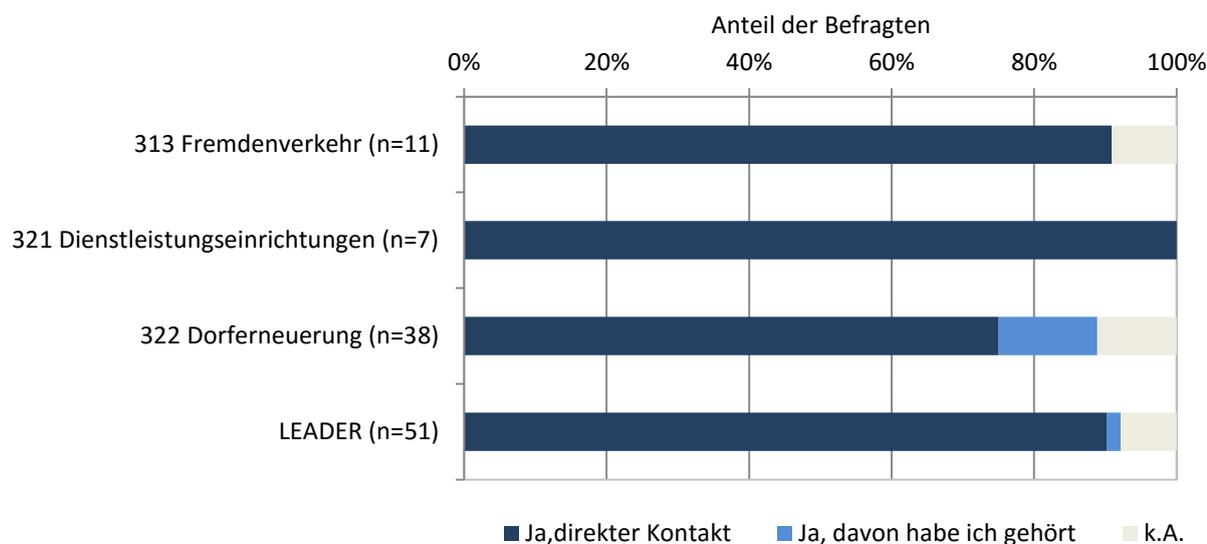
Bei der Projektumsetzung in LEADER-Regionen zeigte sich, dass die ZWE von Fremdenverkehrsprojekten im Vergleich zu denen von Dienstleistungseinrichtungen nicht so häufig als aktives Mitglied in den Lokalen Aktionsgruppen (LAG) vertreten waren, allerdings nahm die Mehrzahl der Befragten zumindest gelegentlich an LAG-Sitzungen teil (vgl. Abbildung 9). Rd. 90 % der Befragten von Fremdenverkehrsprojekten hatten sogar direkten Kontakt zum Regionalmanagement (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 9: Bekanntheit der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) (ausschließlich Projekte in LEADER-Regionen)



Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=107.

Abbildung 10: Bekanntheit des Regionalmanagements bzw. der Geschäftsstelle der LEADER-Region (ausschließlich Projekte in LEADER-Regionen)



Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=107.

Einkommen und Beschäftigung

Da in der Maßnahme überwiegend die Errichtung/Verbesserung von Infrastrukturen durch Kommunen gefördert wurde, waren die direkten **Beschäftigungseffekte** gering. Im Rahmen der Befragung gab lediglich einer der insgesamt 19 befragten öffentlichen ZWE an, dass in seinem Projekt Arbeitsplätze geschaffen wurden, und zwar umgerechnet 3,3 Vollzeitäquivalente. Indirekte Beschäftigungseffekte wurden ebenfalls nur von einem geringen Teil der Befragten (ca. 10 %) erwartet. Sie wurden in der Gastronomie und in den Beherbergungsbetrieben vermutet.

Das Problem von **Mitnahmeeffekten** war bei der touristischen Förderung nicht gegeben, da ausnahmslos Kommunen gefördert wurden und somit lediglich der Begriff der **Fehlallokation** zum Tragen kam (vgl. Modulbericht 9.2.2_MB_IK). Den Befragungsergebnissen zufolge wäre mehr als die Hälfte der Projekte ohne die Förderung nicht durchgeführt worden und rd. 37 % der Projekte in veränderter Form (Umsetzung kleiner/größer bzw. früher/später).

5.3 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Schlussfolgerungen

Mit der bisherigen Förderung konnten Impulse ausgelöst werden, die zur Entwicklung des Tourismus beigetragen haben. Mit den überwiegend auf den Aktivurlaub und den Tagestourismus ausgerichteten Projekten wurden wichtige Segmente des Masterplans Tourismus (Tourismus

NRW e.V., 2009) bedient. Demgegenüber wurden ebenfalls interessante Bereiche wie Kultur oder Wellness noch wenig erreicht.

Empfehlungen an das Land

Die Förderung des Fremdenverkehrs sollte auch weiterhin als Teil eines Gesamtpakets aus verschiedenen Instrumenten und Förderprogrammen gesehen werden und sich am tourismuspolitischen Handlungsrahmen der Landesregierung NRW orientieren. Dabei kommt der abgestimmten Umsetzung von investiven Vorhaben und Strategien eine große Bedeutung zu. LEADER-Regionen können hier einen koordinierenden Part übernehmen.

Um Synergieeffekte zu sichern, ist weiterhin ein Schwerpunkt auf die Einbindung der Projekte in regionale Tourismuskonzepte zu legen. Neben der Abstimmung mit den anderen Maßnahmen der integrierten ländlichen Entwicklung und LEADER sollten hierbei auch stärker die entsprechenden Maßnahmen der EFRE-Förderung berücksichtigt werden.

In der gegebenen Ausgestaltung ist die Maßnahme 313 keine beschäftigungspolitische Maßnahme. Die hohen Quantifizierungen des Ziels „Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen“ sollten zukünftig entfallen.

Aktuelle und zukünftige Herausforderungen wie durch Digitalisierung und demografischen Wandel sollten bei der zukünftigen Förderung berücksichtigt werden. Dies könnte durch entsprechende Fördervoraussetzungen z. B. zur Barrierefreiheit bei baulichen Vorhaben sowie durch die Erweiterung der Fördergegenstände erfolgen z. B. Entwicklung von Vermarktungsstrukturen (organisatorisch) sowie digitale Angebotspräsentationen und Buchungsmöglichkeiten.

Gerade bei überörtlichen touristischen Vorhaben wie bspw. Wander- und Radwegen oder der touristischen Vermarktung einer Region bzw. Destination arbeiten Kommunen z. B. in Form von Verkehrsvereinen zusammen. Die Vorgabe der ILE-Förderung, touristische Vorhaben in bestehende Konzepte zu integrieren, ergibt Sinn. Die ausschließliche Fokussierung auf LEADER- bzw. ILEK-Konzepte ist sehr eng ausgelegt. Es könnten auch sonstige anerkannte Tourismuskonzepte, die auf eine Weiterentwicklung einer Destination im ländlichen Raum abzielen, zugrunde gelegt werden.

Touristische Infrastrukturen mit überwiegend öffentlichem Interesse werden nicht ausschließlich von Gemeinden und Kreisen geschaffen. Der Kreis der Begünstigten sollte um natürliche Personen und Personengesellschaften sowie juristische Personen des privaten Rechts erweitert und diesbezüglich an die Nationale Rahmenregelung (NRR) angepasst werden. Allerdings leitet sich durch die Öffnung der touristischen Förderung für private Zuwendungsempfänger die Notwendigkeit der Untersuchung von Mitnahmeeffekten ab, besonders dann, wenn die Förderung mit einem wirtschaftlichen Vorteil für den Zuwendungsempfänger verbunden ist.

6 Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung (ELER-Code 321)

6.1 Maßnahmenüberblick

Ausgestaltung und Zielsetzung der Maßnahme

Maßnahme 321 zielte auf die Sicherung und Weiterentwicklung der infrastrukturellen Grundausstattung, die Erschließung touristischer Entwicklungspotenziale sowie auf die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in ländlichen Räumen (MUNLV, 2009). Durch eine Kombination von verschiedenen Angeboten an Versorgungseinrichtungen sollte eine Grundversorgung mit Dienstleistungen im ländlichen Raum sichergestellt werden (MUNLV, 2009).

Gegenstand der Förderung war:

- Investitionen in dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen
- Investitionen zur dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energien sowie
- Investitionen zur Breitbandversorgung ländlicher Räume

Die **Breitbandversorgung** wurde außerhalb der ILE-RL NRW mit einer eigenen Richtlinie umgesetzt. Ihre Bewertung findet sich im EU-Bericht in Kapitel 7.5.

Die **dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien** wurde im Mai 2010 als neuer Fördergegenstand in die ILE-RL NRW (Ziffer 3.1.8) aufgenommen und konnte mit ELER-Mitteln umgesetzt werden. Mit der ILE-Förderung sollte die Vernetzung der bestehenden Anlagen mit dem Umfeld erfolgen, um zum Beispiel die bei der Energieerzeugung anfallende Abwärme sinnvoll nutzen zu können. In der gesamten Förderperiode 2007 bis 2015 wurde lediglich ein Projekt gefördert. Die Förderung der Versorgung mit erneuerbaren Energien (Biogas- und Nahwärmeleitungen) scheint fraglich, da es bereits außerhalb des NRW-Programms Ländlicher Raum ausreichende investive Anreize zur Errichtung von Einrichtungen zur Produktion von erneuerbarer Energien (z. B. ErneuerbareEnergienGesetz, teilweise Mineralölsteuerbefreiung für Biotreibstoffe oder Förderanreize im Rahmen des EFRE) gab. Es wird die Einstellung der Förderung von Biogas- und Nahwärmeleitungen im Rahmen des NRW-Programms Ländlicher Raum empfohlen.

Der vorliegende Modulbericht konzentriert sich auf die **dorfgemäßen Gemeinschaftseinrichtungen**. In Anlehnung an die Nationale Rahmenregelung (NRR) (Ziffer 4.3.2.1.1.1) waren hier Investitionen sowie deren Vorbereitung und Begleitung zur Herstellung und Weiterentwicklung dorfgemäßer Gemeinschaftseinrichtungen (z. B. Dorfläden, Dorfgemeinschaftshäuser) förderfähig. Der Neubau von Gemeinschaftseinrichtungen war nur für Umsetzung im Rahmen von LEADER zulässig (ILE-RL NRW (2013), Ziffer 3.1.4). Ausgaben für den Betrieb und die Unterhaltung waren von der Förderung ausgeschlossen. Förderfähig waren ausschließlich Gemeinden, die Höhe der Förderung betrug zunächst 30 %, später 40 % (Stand: 2012) der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die Fördersätze für Maßnahmen, die der Umsetzung eines regionalen Entwicklungskon-

zeptes dienten, wurden bei ILEK um 10 Prozentpunkte und bei LEADER um 20 Prozentpunkte gegenüber den Regelfördersätzen erhöht (Bonusregelung).

Problembeschreibung, Kontext und Relevanz

Traditionelle Versorgungseinrichtungen (Dorfladen, Gaststätte, Post etc.) sind für sich allein wirtschaftlich nicht mehr tragfähig und werden vielfach geschlossen. Durch den Rückzug von Versorgungseinrichtungen geht aber auch ein Teil der lokalen Identität verloren. Dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen wirken diesem Defizit durch die Kombination von Angeboten entgegen, die an die lokalen Gegebenheiten und Bedürfnisse angepasst sind. Darüber hinaus hat die Entwicklung des ländlichen Tourismus nur mit einer entsprechenden Ausstattung an Versorgungseinrichtungen eine Chance (MUNLV, 2009). Für die Tragfähigkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge muss ein ausreichend großer Einzugsbereich vorhanden sein, sodass je nach „Inhalt“ auch die Verortung in größeren Orten sinnvoll bzw. ökonomisch erforderlich ist (vgl. Eberhardt, Pollermann und Küpper, 2014, S. 28).

Schrumpfung ist in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens verbreitet. Dabei wird die vergleichsweise hohe Bevölkerungsdichte in den Schrumpfungsstädten und -gemeinden deutlich. Wachstumsregionen sind vor allem in den Großstädten Düsseldorf, Köln, Bonn und Münster sowie deren Umland zu erkennen. Es zeigen sich große Unterschiede zwischen den ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens, wie z. B. zwischen den wachsenden Regionen an der Grenze zu den Niederlanden bzw. den Kreisen Lippe und Paderborn sowie beispielsweise dem stark schrumpfenden Märkischen Kreis (Schürt, 2015). Die Erreichbarkeit von Nahversorgungseinrichtungen steht allerdings vor allem in Beziehung zur Siedlungsstruktur (Burgdorf, Krischausky und Müller-Kleißler, 2015) und weist in allen Regionen Nordrhein-Westfalens ein starkes Stadt-Land-Gefälle auf.

Beim Umgang mit den Auswirkungen des demografischen Wandels sowie der sozialen Daseinsfürsorge fällt den Kommunen eine besondere „Schlüsselposition“ (Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen e.V., 2015) zu. Die Kommunen brauchen jedoch Unterstützung, da es auch den bundes- und landespolitischen Anspruch der gleichwertigen Lebensverhältnisse gibt.

Angesichts der ganz unterschiedlichen Problemlagen in den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens ist eine größere Flexibilität und Offenheit in der Maßnahmenausgestaltung sinnvoll, um lokal angepasste und innovative Lösungen zu ermöglichen.

In verschiedensten Politikfeldern wurden Maßnahmen ergriffen um die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen und die Wohn- und Lebensortfunktion ländlicher zu erhalten und zu verbessern. Im Handlungskonzept der Landesregierung zum demografischen Wandel sind wesentliche Elemente skizziert (Landesregierung Nordrhein-Westfalen, 2005). Weitere Ansätze investiver Förderung bietet u. a. das Städtebauförderungsprogramm „Kleine Städte und Gemeinden“ sowie die Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) der BBSR wie „Aktionspro-

ogramm regionale Daseinsvorsorge“⁵ sowohl die Förderung konzeptioneller Arbeiten als auch konkreter Vorhaben. Die Maßnahme 321 war also nur ein Baustein in einem umfassenden Politikan-satz zur Sicherung/Verbesserung der Vitalität ländlicher Räume.

Umsetzung der Maßnahme (Output und Ergebnis)

Tabelle 5: Umsetzung der Maßnahme 321 – Dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen und Breitbandversorgung im Zeitraum 2007 bis 2015

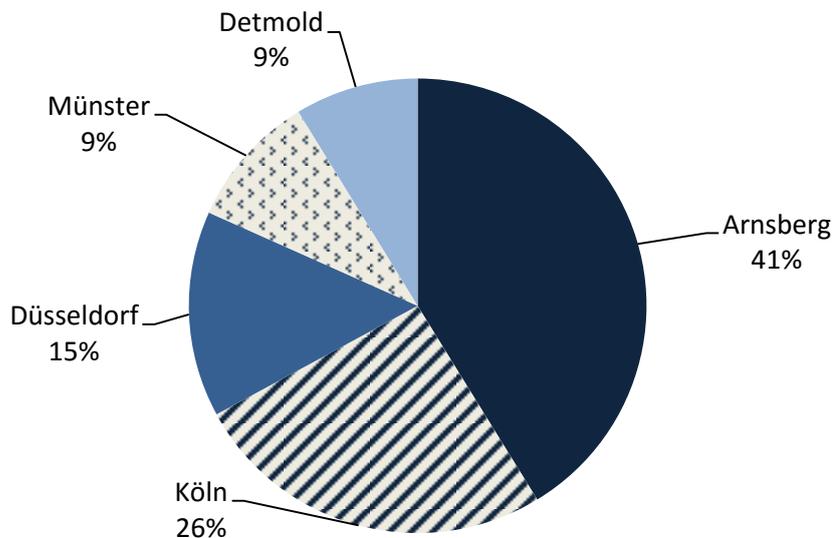
Vorhabensart	Projekt-anzahl	Öffentliche Ausgaben (1 000 EUR) ELER	Gesamtinvestitions- Insgesamt	Gesamtinvestitions- volumen (1 000 EUR)
IKT-Initiative (Breitband)	266	7.747	30.040	40.276
Dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen	57	3.380	11.911	16.902
Gesamt	323	11.127	41.951	57.178

Quelle: Eigene Darstellung nach MKULNV (2016).

Im Programmzeitraum war die Förderung von ca. 100 Maßnahmen zur Grundversorgung (ohne Breitband) geplant, mit denen ein Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 11,7 Mio. Euro ausgelöst werden sollte (MUNLV, 2009). Mit insgesamt 57 abgeschlossenen Vorhaben bis zum Jahr 2015 und einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von 16,9 Mio. Euro lag der Zielerreichungsgrad, bezogen auf die Planungen, bei 57 % (Projektanzahl) bzw. 144 % (Gesamtinvestitionsvolumen). Es wurden also finanziell deutlich umfangreichere Projekte umgesetzt als ursprünglich geplant war. Bei den geförderten Projekten handelte es sich ausnahmslos um Dorfgemeinschaftshäuser (DGH). Dabei handelte es sich sowohl um die Sanierung von bestehenden DGH als auch um Neueinrichtungen. Die Neueinrichtungen fanden hauptsächlich in ehemaligen (Grund)Schulen, teilweise in ehemaligen Amtsverwaltungen, aber auch in einem alten Bahnhofsgebäude oder Pfarrhaus statt. Dorfläden wurden im gesamten Förderzeitraum nicht gefördert. Das Land plante im Rahmen der Maßnahme 321 200 Arbeitsplätze zu sichern (MUNLV, 2009). Dieses Ziel war, wie bereits in der HZB beschrieben aufgrund der Maßnahmengestaltung unerreichbar.

⁵ <http://www.regionale-daseinsvorsorge.de/>

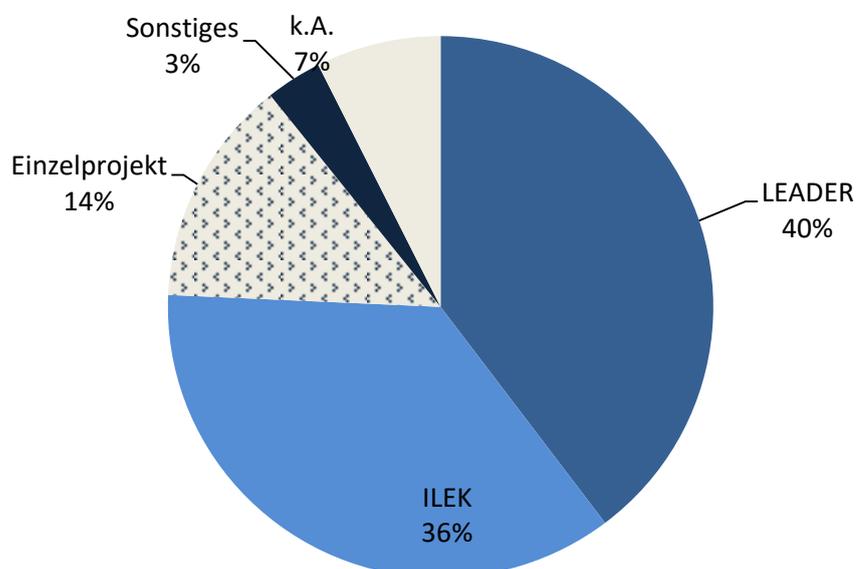
Abbildung 11: Anteil der förderfähigen Gesamtkosten von dorfgemäßen Gemeinschaftseinrichtungen je Regierungsbezirk – Maßnahme 321



Quelle: Eigene Darstellung nach (LWK NRW, 2016).

Der Großteil der förderfähigen Gesamtkosten fiel in den Regierungsbezirken Arnsberg (rd. 40 %) und Köln (rd. 26 %) an. Hier lagen auch die beiden Kreise, die mit Abstand die höchsten förderfähigen Gesamtkosten auf sich vereinigten: Siegen-Wittgenstein (rd. 1,45 Mio. Euro, 15 Projekte) und Euskirchen (rd. 1,04 Mio. Euro, sechs Projekte).

Abbildung 12: Anteil der förderfähigen Gesamtkosten von dorfgemäßen Gemeinschaftseinrichtungen auf Basis von Konzepten – Maßnahme 321



Quelle: Eigene Darstellung nach (LWK NRW, 2016).

Rund drei Viertel der förderfähigen Gesamtkosten von dorfgemäßen Gemeinschaftskonzepten entfielen auf Regionen mit integrierten Entwicklungskonzepten, nahezu gleich verteilt auf LEADER- bzw. ILEK-Regionen. Damit folgte das Land dem Ziel, integrierte regionale Konzepte umzusetzen. Aufgrund des flächenmäßig deutlich geringeren Umfangs von LEADER-Regionen war die Intensität der Förderung (Euro pro qm) in LEADER deutlich höher als in ILEK-Regionen (vgl. Abbildung 12).

6.2 Beantwortung der Bewertungsfragen

Die Bewertungsfrage für die Maßnahme 321 lautet: „Wie und in welchem Umfang hat die Maßnahme zur Verbesserung der Lebensqualität beigetragen?“ Zur Operationalisierung des Begriffs Lebensqualität siehe Kapitel 2. Die Bewertung stützt sich neben Literaturanalyse und Förderdatenauswertung auf eine schriftliche Befragung der ZWE aller bis Ende 2011 abgeschlossenen Projekte.

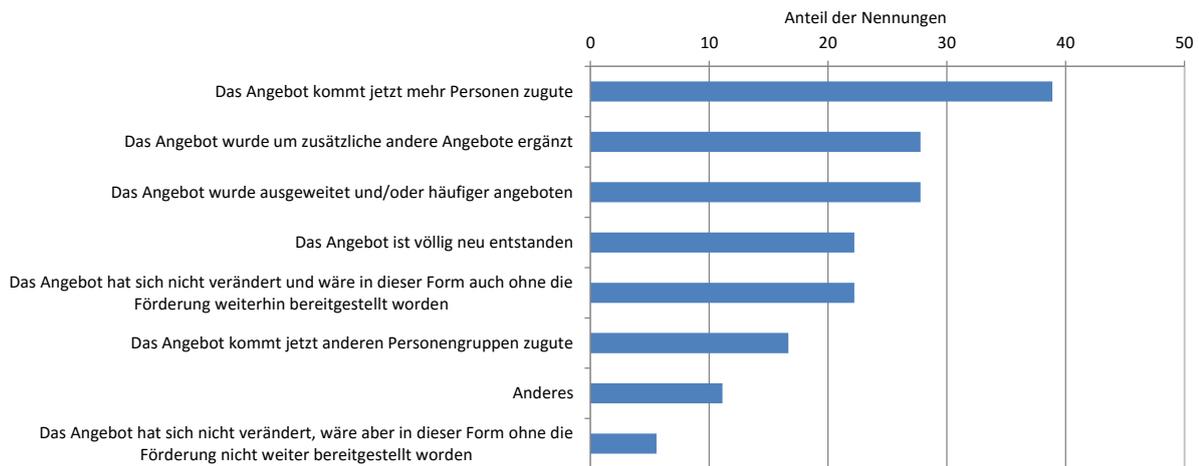
Sicherung und Weiterentwicklung der infrastrukturellen Grundausstattung

Unter den Bedingungen des demografischen Wandels stehen die Gemeinden bei der Sicherung der Daseinsvorsorge vor großen Herausforderungen. Die Tragfähigkeit von Einrichtungen wird durch den Bevölkerungsrückgang oder Verschiebungen in der Alterszusammensetzung häufiger unterschritten. Demografisch bedingte Änderungen der Nachfragestruktur führen zu einem Umbau der lokalen Daseinsvorsorge: Nicht ausgelastete Einrichtungen – Schulen, Sportstätten, Theater, Kanalisationen – müssen geschlossen oder rückgebaut werden (BBSR, 2012, S. 39). Dies in Verbindung mit der zunehmend angespannten Haushaltslage lässt die Gemeinden an ihre (finanziellen) Grenzen stoßen.

Mit der Förderung von DGH konnte maßgeblich ein Beitrag zu den sozialen Dienstleistungen als Teilbereich der Daseinsvorsorge geschaffen werden und hier insbesondere in den Bereichen kulturelle Versorgung und Freizeit sowie bürgerschaftliches Engagement. Dadurch, dass keine Dorfläden gefördert wurden, blieb der Erfolg des Beitrags zur Nahversorgung als Teilbereich der Daseinsvorsorge aus.

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass im Vergleich zur heutigen Nutzung die Nutzung der Objekte vor der Förderung bei den 18 befragten Projekten sehr unterschiedlich war. Bei mehr als die Hälfte der Projekte wurden die Gebäude auch vorher schon als DGH genutzt. Bei fünf Projekten war die vorherige Nutzung völlig anders, und immerhin drei Projekte standen vor der Förderung dauerhaft leer. Hinsichtlich der Veränderung des Angebotes durch die Förderung bestätigte der Großteil der Befragten (knapp 40 % der Nennungen), dass das Angebot jetzt mehr Personen zugutekommt (vgl. Abbildung 13).

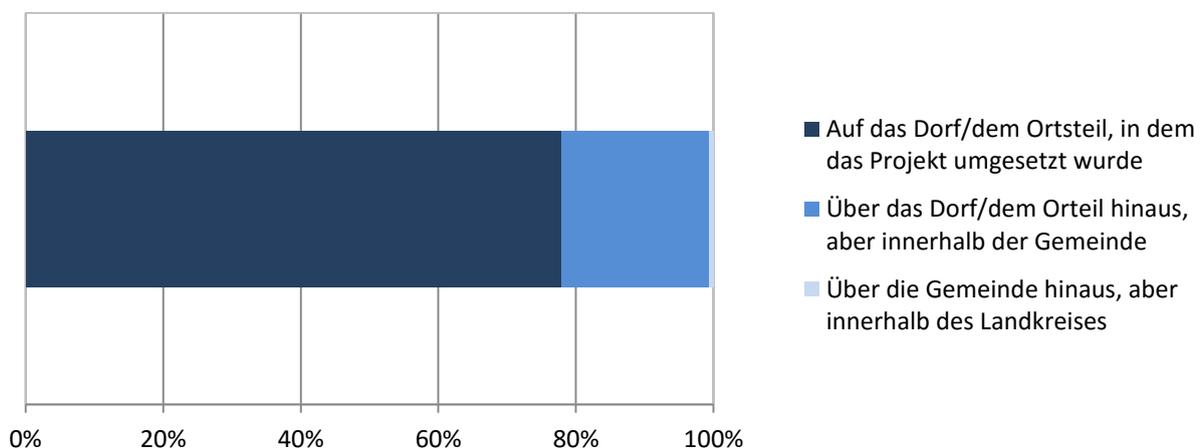
Abbildung 13: Änderung des Dienstleistungsangebotes durch das geförderte Projekt – Maßnahme 321



Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=18.

Die Befragung hat gezeigt, dass der räumliche Bezug der DGH sehr lokal ist. Denn der überwiegende Teil der Projekte (rd. 77 %) bezog sich auf das Dorf/den Ortsteil, in dem das Projekt umgesetzt wurde. Lediglich rd. 20 % wiesen einen Raumbezug über den Ortsteil hinaus auf. Nur ein Projektträger gab an, dass sein Projekt einen Nutzen für BesucherInnen über die Gemeinde hinaus hatte (vgl. Abbildung 14).

Abbildung 14: Raumbezug der befragten Projekte – Maßnahme 321

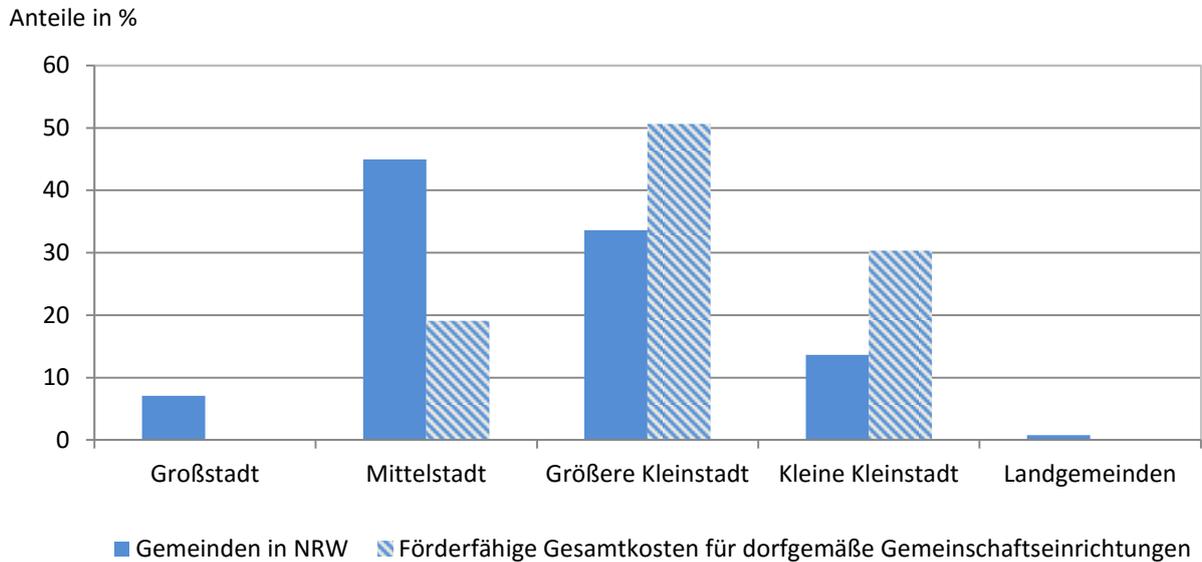


Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=18.

Eine Annäherung an die Frage, wie weit die Förderung auch dort erfolgte, wo der Bedarf ist, konnte eine Auswertung der räumlichen Verteilung der Förderung nach siedlungsstrukturellen Aspekten leisten. Die Auswertung zeigt, dass Projekte vor allem in Kleinstädten und nur zum Teil

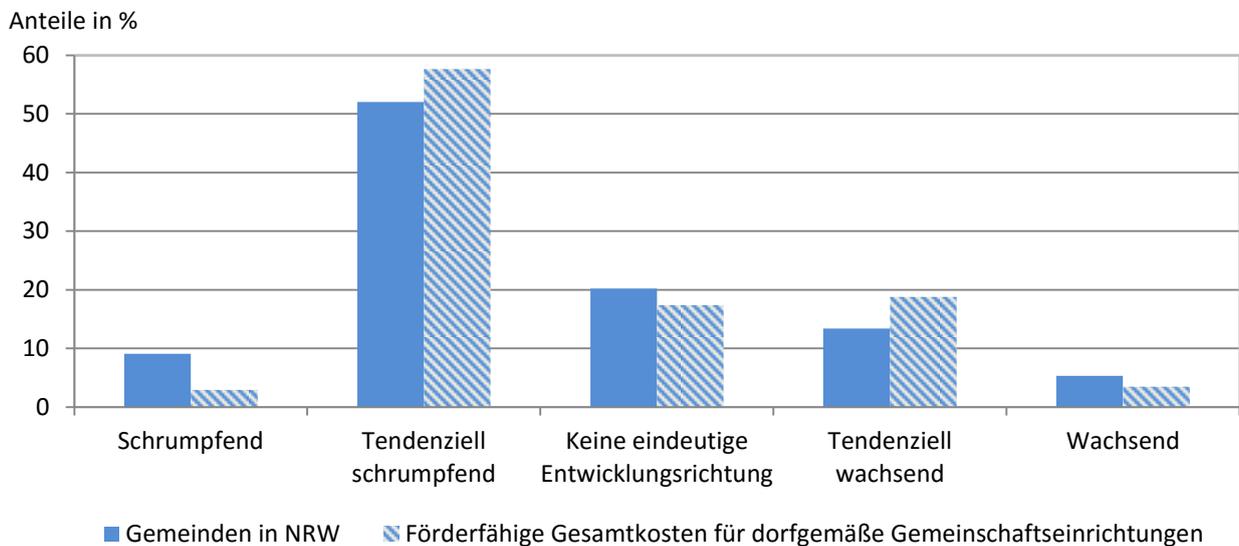
in Mittelstädten realisiert wurden. Hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung überwog die Förderung eindeutig in tendenziell schrumpfenden Gemeinden (vgl. Abbildungen 15 und 16).

Abbildung 15: Anteil der förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme 321 Dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen (2007 bis 2015) nach Stadt- und Gemeindetypen in NRW



Quelle: Eigene Darstellung nach BBSR (2013) und LWK NRW (2016).

Abbildung 16: Anteil der förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme 321 für dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen (2007 bis 2015) nach der relativen, im bundesweiten Trend gemessenen Entwicklung der Gemeinden in NRW



Quelle: Eigene Darstellung nach BBSR (2013) und LWK NRW (2016).

Die **finanzielle Tragfähigkeit** der Projekte war nicht unerheblich. Immerhin gaben fünf der 18 befragten Projekte an, dass das Aufbringen der Folgekosten z. B. Kosten für den laufenden Betrieb oder die weitere Instandhaltung des geförderten Projekts problematisch waren, allerdings wurde dadurch nicht der weitere Bestand des Projektes gefährdet. Insgesamt übernahmen die geförderten Projekte durchaus eine Anstoßfunktion für weitere Projekte, Aktivitäten bzw. Vorhaben im Ort. Das bestätigten rund ein Drittel der Befragten.

Das Problem von **Mitnahmeeffekten** war bei der Förderung von Dienstleistungseinrichtungen nicht gegeben, da ausnahmslos Gemeinden gefördert wurden und somit lediglich der Begriff der **Fehlallokation** zum Tragen kam. Den Befragungsergebnissen zufolge wäre mehr als drei Viertel der Projekte ohne die Förderung nicht durchgeführt worden, knapp ein Viertel der Projekte in veränderter Form (Umsetzung kleiner/größer bzw. früher/später). Insgesamt sind die Fehlallokationseffekte hier als gering einzustufen.

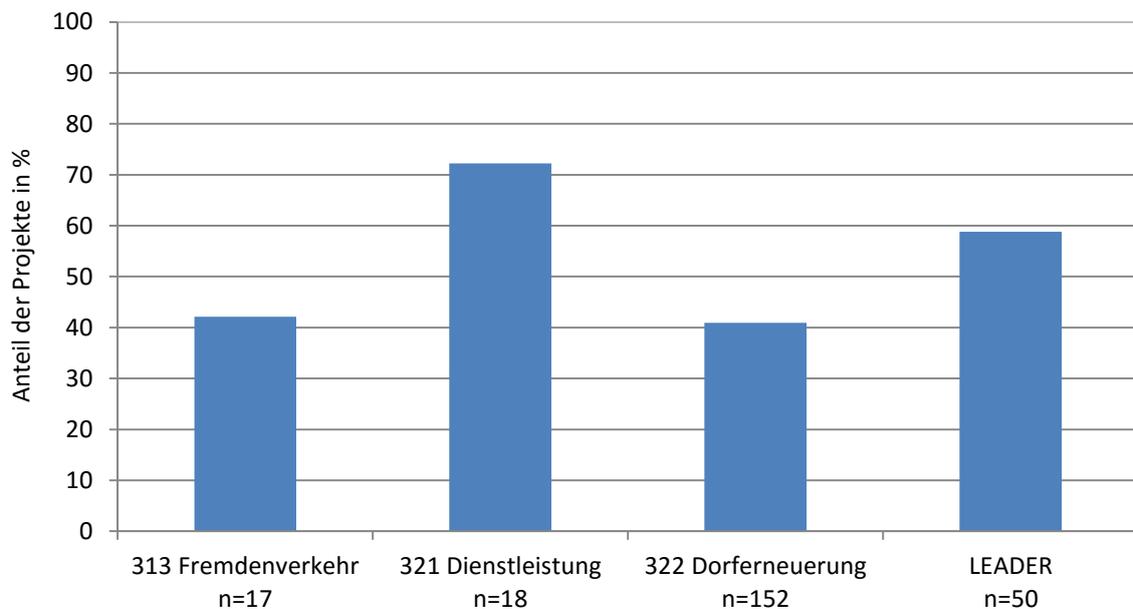
Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in ländlichen Räumen

Wie in Kapitel 2 beschrieben, stellen die „Wohnstandortbedingungen“ eine Dimension der Lebensqualität dar. Die Attraktivität des Wohnumfeldes wird u. a. durch das Vorhandensein von sozialer Infrastruktur positiv beeinflusst. Mit der Errichtung von insgesamt 57 DGH als sozialer Treffpunkt und Begegnungsstätte wurde die Attraktivität des Wohnumfeldes für die Dorfbevölkerung gesteigert. Die DGH übernahmen hauptsächlich die Funktion der Begegnungsstätte für die Bevölkerung vor Ort durch regelmäßige Angebote oder als Räumlichkeit für Festivitäten. Den Befragungsergebnissen zufolge wurde dadurch die lokale Identität gefördert. Ein Drittel der Befragten bestätigten dies sogar für die Kinder und Jugendlichen im Ort. Bei der Projektumsetzung wurde mit Blick auf den Nutzen für mobilitätseingeschränkte Menschen meist auf die Schaffung von barrierefreien Zugängen geachtet.

Unterschiede in der Mobilisierung weiterer Ressourcen

In der schriftlichen ZWE-Befragung (Maßnahmen 313, 321, 322 und LEADER) wurde gefragt, ob und wenn ja, von wem, neben der Förderung weitere Unterstützung in Form von ehrenamtlicher Arbeit oder Sachspenden mobilisiert wurde (vgl. Abbildung 17).

Abbildung 17: Anteil der Projekte, bei denen zusätzlich lokale Ressourcen (Ehrenamt, Sachspenden) mobilisiert wurden – Maßnahmen 313, 321, 322 und LEADER



Quelle: Eigene Darstellung nach Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=237.

In den Projekten der Maßnahmen 313 und 322 war der Anteil der Projekte, in denen zusätzliche lokale Ressourcen mobilisiert wurden, am geringsten. Da es sich hierbei zum großen Teil um technisch und baulich umfangreiche Projekte handelte, ist dies nachvollziehbar. Der deutlich höhere Anteil von Projekten mit Engagement bei Maßnahme 321 bestätigte die Idee, dass ein DGH für die Dorfbevölkerung ein identitätsstiftendes Gebäude ist, das die Motivation zur Beteiligung erhöht. Außerdem ließ sich ein Zusammenhang herstellen mit dem vergleichsweise hohen Anteil von auf den Ortsteil/das Dorf bezogenen Projekten und der häufigeren Bedeutung von Arbeitsgruppen in der Projektentstehung. Bei allen Maßnahmen (313, 321, 322 und LEADER) wurde ganz überwiegend ehrenamtliche Arbeit von ortsansässigen Gruppen und Privatpersonen mobilisiert. Unternehmen und Kommunen konnten in deutlich geringerem Umfang für Unterstützungsleistungen mobilisiert werden und dann eher durch Sachspenden.

Erschließung touristischer Entwicklungspotenziale

Die Wirkungen der DGH auf die Entwicklung des ländlichen Tourismus hingegen sind begrenzt. So sprachen lediglich rd. 6 % der Befragten den geförderten DGH eine touristische Wirkung zu. Allenfalls durch kulturelle Veranstaltungen wurden Touristen angesprochen.

6.3 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Schlussfolgerungen

Unter den Bedingungen des demografischen Wandels stehen die Gemeinden bei der Sicherung der Daseinsvorsorge vor großen Herausforderungen. Die Tragfähigkeit von Einrichtungen wird durch den Bevölkerungsrückgang oder Verschiebungen in der Alterszusammensetzung häufiger unterschritten. Demografisch bedingte Änderungen der Nachfragestruktur führen zu einem Umbau der lokalen Daseinsvorsorge: Nicht ausgelastete Einrichtungen – Schulen, Sportstätten, Theater, Kanalisationen – müssen geschlossen oder rückgebaut werden (BBSR, 2012 S. 39). Mit der Förderung von DGH wurde maßgeblich ein Beitrag zu den sozialen Dienstleistungen als Teilbereich der Daseinsvorsorge geschaffen und hier insbesondere in den Bereichen kulturelle Versorgung und Freizeit sowie bürgerschaftliches Engagement. Dadurch, dass keine Dorfläden gefördert wurden, blieb der Erfolg des Beitrages zur Nahversorgung als Teilbereich der Daseinsvorsorge aus.

Empfehlungen an das Land

Wie bereits in Kapitel 7.4.1 beschrieben wird die Einstellung der Förderung von Biogas- und Nahwärmeleitungen im Rahmen des NRW-Programms Ländlicher Raum empfohlen.

Die Förderung von **dorfgemäßen Gemeinschaftseinrichtungen** war ausschließlich auf Gemeinden als ZWE begrenzt. Dies erwies sich als problematisch. Dorfläden werden hauptsächlich privat (juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts) geführt. Gleiches gilt für Versorgungseinrichtungen wie beispielsweise Postdienste, Gaststätten, Betreuungs- oder Pflegeeinrichtungen, Mobilitätsangebote. Um Versorgungslücken in diesen Bereichen mit der Förderung schließen zu können, empfehlen wir die Öffnung der Maßnahme auch für private ZWE. Dadurch würde sich die Maßnahme besser an die lokalen Gegebenheiten und Bedürfnissen der Gemeinden/Dörfern vor Ort anpassen und es könnte sich auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine Projektvielfalt entwickeln. Sollte die Maßnahme auch zukünftig im Rahmen der NRR mit GAK-Mitteln umgesetzt werden, müssten auch die Vorgaben der NRR in Bezug auf die Zuwendungsberechtigten geändert werden. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurden durchaus Dorfläden, Arzthäuser oder Gaststätten im Rahmen der ELER-Maßnahme 321 gefördert. Hierbei befanden sich die Immobilien im Eigentum der Kommune. Die anschließende Nutzung der Gebäude wurde über Pachtverträge zwischen Kommune und Privaten geregelt.

Um die im NRW-Programm Ländlicher Raum angestrebten Output-Ziele zu erreichen, ist eine aktive Unterstützung der Projektentwicklung und -umsetzung erforderlich:

- in der Beratung, Begleitung und Unterstützung bei der Entwicklung konkreter Projektkonzepte und im Projektmanagement.

- zur Verbreitung guter Beispiele und Stärkung des Austausches zwischen potenziellen ProjektträgerInnen. Das Zentrum für Ländliche Entwicklung (ZeLE) könnte diesen Austausch durch aktive Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit weiterhin unterstützen.

In der gegebenen Ausgestaltung ist die Maßnahme 321 keine beschäftigungspolitische Maßnahme. Die (quantifizierte) Zielsetzung „Sicherung von Arbeitsplätzen“ sollte zukünftig entfallen.

7 Dorferneuerung und -entwicklung (incl. Umnutzung) (ELER-Code 322)

Zur Maßnahme 322 Dorferneuerung und –entwicklung findet sich im EU-Bericht ein umfangreicheres Kapitel (Kapitel 7.6), in dem vor allem die ausführliche Beantwortung der Bewertungsfrage zu finden ist. In diesem Modulberichts-kapitel sind dagegen ausführlichere Untersuchungsergebnisse der Förderdatenauswertung, der schriftlichen Zuwendungsempfängerbefragung und der Dorfstudie zu finden. Die Beantwortung der Bewertungsfragen wird hier nicht dargestellt.

7.1 Ausgestaltung, Relevanz und Ziele der Maßnahme

Zielsetzung und Ausgestaltung der Maßnahme

Die Förderung der Dorferneuerung und -entwicklung (DE) hat in NRW eine lange Tradition. Auf Landesebene wurde die Maßnahme 322 auf Basis der ILE-RL NRW und im Rahmen der GAK umgesetzt (MUNLV, 2009).

Die DE zielte auf die Verbesserung der Infrastrukturausstattung, der Wohn- und Lebensqualität sowie des Umweltzustandes. Daneben hatte sie die Erhaltung ortsbildprägender Bausubstanz als Teil des ländlichen kulturellen Erbes und die Schaffung neuer Nutzungsmöglichkeiten für ortsbildprägende Gebäude zum Ziel. Bereichsübergreifend sollten die Maßnahmen der Dorfentwicklung zur Erschließung touristischer Entwicklungspotenziale beitragen (MUNLV, 2009).

Zur Erreichung dieser Ziele wurden unterschiedliche Fördergegenstände angeboten: im öffentlichen Bereich Maßnahmen zur Verkehrsraumgestaltung, Begrünungsmaßnahmen, Dorfentwicklungskonzepte, die Beseitigung abgängiger Bausubstanz sowie die Erhaltung ortsbildprägender Bausubstanz. Im privaten Bereich war ausschließlich die Erhaltung ortsbildprägender Bausubstanz sowie für Land- und Forstwirte die Umnutzung förderfähig. Für die DE wurde, wie für den gesamten SP 3, die Förderung auf die Gebietskulisse „Ländlicher Raum“ begrenzt (MUNLV, 2009). Die Umsetzung basierte auf Landesebene im Rahmen der GAK auf der ILE-RL NRW (MUNLV, 2009).

Mit dem Ziel, integrierte Ansätze in NRW zu stärken, wurden DE-Maßnahmen mit Ausnahme der Umnutzung landwirtschaftlicher Bausubstanz prioritär zur Umsetzung eines LEADER-Konzeptes,

eines integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK) oder zur Umsetzung eines Konzeptes zur Dorffinnenentwicklung (DIEK)⁶ gefördert. Für Projekte, die der Umsetzung eines ILEK oder LEADER-Konzeptes dienten, erhöhten sich die Fördersätze für öffentliche Träger um bis zu 20 % und für private um bis zu 10 % (Bonusregelung).

Mit Ausnahme der Umnutzung land- und forstwirtschaftlicher Bausubstanz wurden private DE-Maßnahmen ausschließlich im Zusammenhang mit der Umsetzung eines ILEK, LEADER-Konzeptes oder DIEK gefördert. Die Zuwendungssätze waren dementsprechend gestaffelt (ILEK und DIEK bis zu 30 %, LEADER-Konzept bis zu 40 %) und betragen höchstens 30.000 Euro. Darüber hinaus sollten private Maßnahmen vorrangig dann gefördert werden, wenn sie im räumlichen Zusammenhang mit einer öffentlichen Maßnahme standen (Ensemblebildung). Investitionen zur Umnutzung land- und forstwirtschaftlicher Bausubstanz wurden sowohl für gewerbliche als auch für Wohnzwecke gefördert. Der Zuwendungssatz betrug hier bis zu 25 %, jedoch höchstens 100.000 Euro je Maßnahme; bei Umnutzung zu Wohnzwecken bis zu 10 %, jedoch höchstens 50.000 Euro (MUNLV, 2009)⁷.

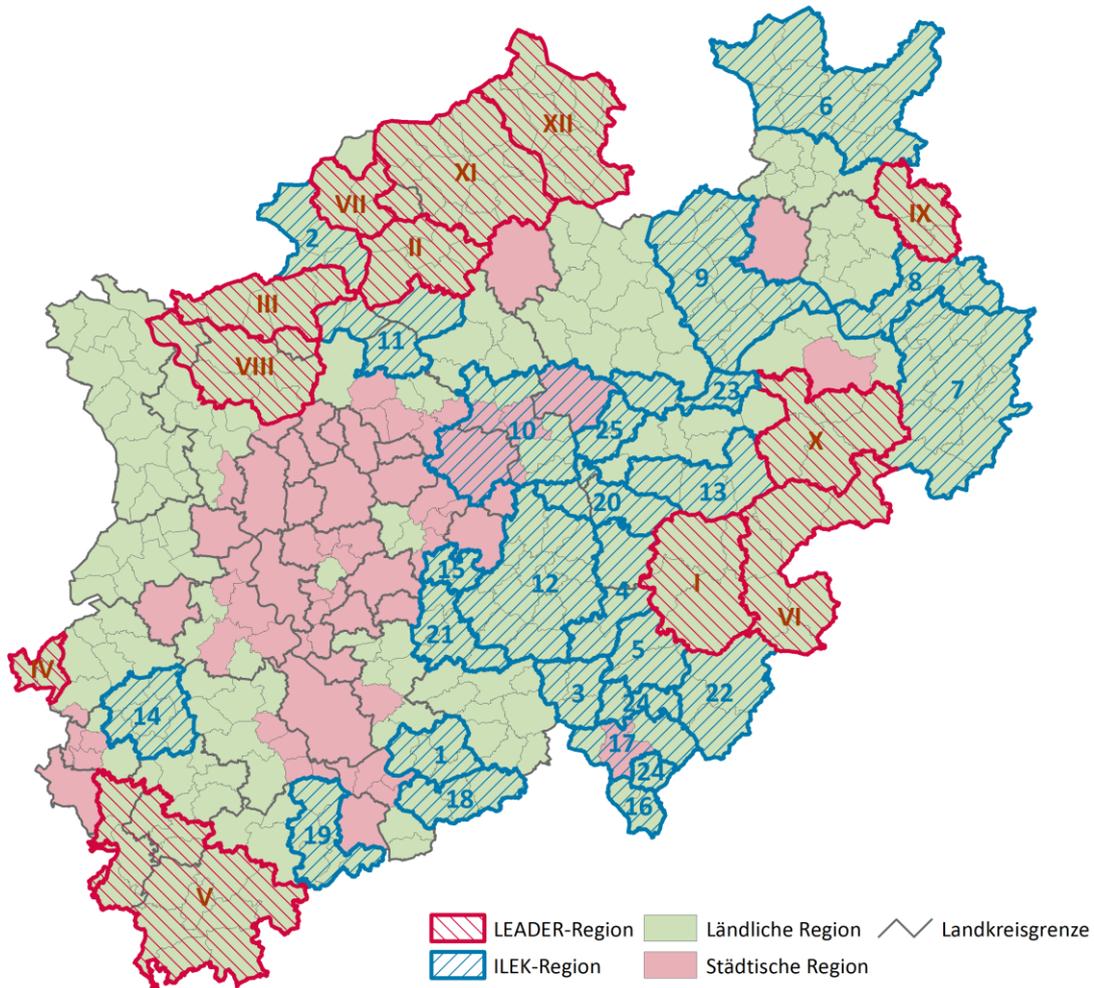
Um ehrenamtliches Engagement bei der Projektumsetzung zu honorieren, konnten bei Zuwendungen an Vereine, die den Status der Gemeinnützigkeit erfüllten, eigene und freiwillige unentgeltliche Arbeitsleitungen Dritter berücksichtigt werden. Die Anrechnung durfte 60 % des Betrages, der sich bei Vergabe der Leistungen an ein Unternehmen (ohne Berechnung der Umsatzsteuer) ergeben würde, nicht überschreiten (ILE-RL NRW 2008, Ziffer 8.3).

Als Reaktion auf den demografischen Wandel hat das Land im Jahr 2010 die ILE-RL NRW modifiziert. Einerseits wurde als neues Instrument das DIEK eingeführt, das sich im Unterschied zum bereits vorhandenen Instrumentarium des Dorferneuerungsplans auf die Ortsmitte konzentrierte. Des Weiteren wurde die Beseitigung abgängiger Bausubstanz auf der Grundlage eines DIEK in Verbindung mit einer dorfgerechten, öffentlichen Gesamtmaßnahme förderfähig. Als öffentliche Gesamtmaßnahme galt die Erhaltung ortsbildprägender Bausubstanz, die Verkehrsraumgestaltung, die Begrünungsmaßnahme, die Einrichtung eines Dorfgemeinschaftshauses (DGH) sowie die Durchführung einer Fremdenverkehrsmaßnahme.

⁶ Gemäß ILE-RL NRW (2010) können als Planungshilfen Dorfentwicklungsplanungen und -konzepte (DE-Konzepte) einschließlich Dorffinnenentwicklungskonzepte (DIEK) gefördert werden. Bei der Erarbeitung eines DIEK ist die Bevölkerung in geeigneter Weise zu beteiligen. Die Art und Weise der Beteiligung ist nicht weiter ausgeführt bzw. formalisiert.

⁷ Mit Stand vom 2012 erhöhte sich der Zuwendungssatz auf bis zu 35 %, jedoch höchstens 100.000 Euro je Maßnahme; bei Umnutzung zu Wohnzwecken bis zu 20 %, jedoch höchstens 50.000 Euro (MUNLV, 2012).

Karte 1: Räumliche Verteilung der LEADER- und ILEK-Regionen in NRW



LEADER-Regionen		ILEK-Regionen	
I	4 Mitten im Sauerland	1	Bergischer Rhein-Sieg-Kreis
II	Baumberge	2	Berkel/Schlinge
III	Bocholter Aa	3	Bigge
IV	Der Selfkant	4	Bigge-Lenne-Sorpe
IX	Nordlippe	5	Hundem-Lenne
V	Eifel	6	Mühlenkreis Minden-Lübbecke
VI	Hochsauerland	7	Kulturland Kreis Höxter
VII	Kulturlandschaft Ahaus, Heek, Legden	8	Südlippe
VIII	Lippe-Issel-Niederrhein	9	Kreis Gütersloh
X	Südliches Paderborner Land	10	Östliches Ruhrgebiet
XI	Steinfurter Land	11	land-schafft!
XII	Tecklenburger Land	12	Modellregion Märkischer Kreis
		13	Naturpark Arnsberger Wald
		14	Nordkreis Düren
		15	Südlicher Ennepe-Ruhr-Kreis
		16	Süd-Siegerland
		17	Siegerland-Mitte
		18	Siegtal
		19	Ville / Voreifel
		20	WAM-Region
		21	Wasserquintett
		22	Wittgenstein
		23	Lippetal-Lippstadt
		24	Siegen-Wittgenstein
		25	Werl-Welver

Thünen-Institut für Ländliche Räume
7-Länder-Evaluation des EPLR
2007 bis 2013

Stand: September 2013
* Gemeinden wurden komplett aufgenommen, auch wenn nur Teilbereiche der Gemeinden in der Region liegen

Mit der Verabschiedung der ILE-RL NRW (2008) entfiel die Förderung der Erarbeitung von Integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten (ILEK). Mit der Bonusregelung wurde dennoch ein Anreiz geschaffen, ein ILEK auf eigene Kosten zu erstellen, wovon einige Regionen Gebrauch gemacht haben. Zur Anerkennung dieser „neuen“ ILEKs galten die gleichen Standards wie die in der Förderperiode 1999 bis 2006.

Karte 1 zeigt die Lage der ILEK- und LEADER-Regionen sowie die Gebietskulisse des Ländlichen Raums in NRW. Insgesamt wurden bis zum Jahr 2015 in 37 Regionen Konzepte erstellt, die eine Fläche von ca. 24.650 qkm bedecken und damit rd. 88 % des Ländlichen Raums bzw. 72 % der Landesfläche ausmachen. Mit 25 Konzepten ist die Anzahl der ILEK-Regionen mehr als doppelt so hoch wie die Anzahl der zwölf LEADER-Regionen. Auch flächenmäßig ist der Anteil der ILEK-Regionen mit 16.770 qkm doppelt so hoch wie der Flächenanteil mit LEADER-Regionen (7.845 qkm). Dieses ungleichmäßige Verhältnis (ILEK/LEADER) ist bei der Kontrastierung von Auswertungsergebnissen zu berücksichtigen.

Das Land hat die jährlich verfügbaren GAK- bzw. ELER-Mittel des Schwerpunktes 3 anhand eines festgelegten Verteilungsschlüssels auf die Bewilligungsstellen (Dezernate 33 „Ländliche Entwicklung, Bodenordnung“ der fünf Bezirksregierungen) verteilt. Die Höhe der Fördermittel je Regierungsbezirk erfolgte in Abhängigkeit von der Anzahl der Gemeinden mit Konzept (aufgeteilt in LEADER und ILEK) und der Anzahl von Gemeinden ohne Konzept. Dabei wurden Gemeinden, die zu einer LEADER-Region gehören, höhere Zuweisungen zugesprochen als ILEK-Gemeinden. Für Gemeinden ohne Konzeptzugehörigkeit wurden die geringsten Zuweisungen veranschlagt. Diese Vorgehensweise der Verteilung der Fördermittel verstärkte die Ausrichtung der Förderung auf Regionen mit integriertem Entwicklungskonzept.

Problembeschreibung, Kontext und Relevanz

Die im Kapitel 2 identifizierten Aspekte von Lebensqualität und Daseinsvorsorge lassen den Schluss zu, dass die Fördergegenstände der Maßnahme 322 mit ihrer Ausrichtung auf Infrastrukturen im sozialen und technischen Bereich und bei denen vornehmlich kommunale Gebietskörperschaften aber auch Vereine und Kirchen als (soziale) Träger und Anbieter von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen⁸ gefördert wurden, gute Ansätze zur Verbesserung der Lebensqualität und Sicherung der Daseinsvorsorge bieten. Die Verbindung zu regionalen Prozessen und Strategien konnte durch die Verknüpfung von Dorfentwicklungsprojekten mit dem LEADER-Ansatz sowie der Umsetzung von Integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten (ILEK) erfolgen.

Die deutlichste Veränderung in Bezug auf die sozioökonomische Analyse ergab sich bei der Bevölkerungsentwicklung. Schrumpfung war in weiten Teilen NRW verbreitet. Es zeigten sich große Unterschiede zwischen den ländlichen Regionen NRW, wie z. B. zwischen den wachsenden Regi-

⁸ Öffentliche Güter und Dienstleistungen sind für jeden zugänglich und können von allen in Anspruch genommen werden. Diese Güter und Dienstleistungen werden definitionsgemäß nicht über Marktmechanismen bereitgestellt (<http://enrd.ec.europa.eu/de/themes/public-goods>).

onen an der Grenze zu den Niederlanden bzw. den Kreisen Lippe und Paderborn sowie beispielsweise dem stark schrumpfenden Märkischen Kreis (Schürt, 2015). Zwar wächst entgegen der Prognosen die Bevölkerung in NRW bis zum Jahr 2025 voraussichtlich um rd. 1 % (ca. 165.000 Einwohner) an. Langfristig wird sich die Einwohnerzahl jedoch bis zum Jahr 2060 um rd. eine Million verringern. Regional entwickeln sich die Bevölkerungszahlen weiterhin unterschiedlich. Die höchsten Bevölkerungszunahmen bis 2040 werden für die Städte Köln, Münster, Düsseldorf und Bonn erwartet, die stärksten Rückgänge bis 2040 ergeben sich für den Märkischen Kreis (-19 %), den Kreis Höxter (-16 %) und den Hochsauerlandkreis (-16 %). Die Vorausberechnung weist auch auf eine weitere Verschiebung der Altersstruktur der Bevölkerung hin zu einer älteren Bevölkerung (IT.NRW, 2015). Diese Entwicklungen erfordern auch für den ländlichen Raum Anpassungen hinsichtlich der Mindestversorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Dabei ist die finanzielle Lage des Landes und der Kommunen zunehmend angespannt.

Zur Leerstandsproblematik liegt eine bundesweite Untersuchung auf Datengrundlage des Jahres 2011 vor (Schürt, 2015). Im Bundesvergleich stellt sich die Situation in NRW zwar gemäßigt dar, einige Kreis sind jedoch betroffen. Der Anteil leer stehender Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Mehrfamilienhäusern ist insbesondere im Oberbergischen Kreis, im Märkischen Kreis und im Hochsauerlandkreis erhöht. Dahingegen gehören die Kreise Wesel, Borken, Coesfeld und Steinfurt bundesweit zu den Regionen mit den geringsten Leerstandsanteilen. Für andere Gebäudearten (z. B. landwirtschaftliche Wirtschaftsgebäude) liegen keine Zahlen zum Leerstand vor.

Für viele Aspekte der DE-Förderung (z. B. Art und Zustand von Gebäuden, Umfang von ehrenamtlichem Engagement) liegen keine statistischen Grundlagen auf Ortsteil- und zum Teil auch nicht auf Gemeindeebene vor. Landesweit einheitliche und vergleichbare Zahlen auf kleinräumiger Ebene sind nicht vorhanden. Dies erschwert die lokal differenzierte Einschätzung der Problemlagen in NRW.

Laut NRW-Programm Ländlicher Raum 2007-2013 kann mit der Förderung den Herausforderungen aus dem anhaltenden Strukturwandel im ländlichen Raum und dem demografischen Wandel begegnet werden. Das Ziel der Förderung setzt an vorhandenen Problembereichen an. Angesichts der ganz unterschiedlichen Problemlagen in den ländlichen Räumen NRW (z. B. Bevölkerungsentwicklung/Leerstand) ist auch große Flexibilität und Offenheit in der Maßnahmenausgestaltung sinnvoll, um lokal angepasste Lösungen zu ermöglichen.

Dorferneuerung und -entwicklung und weitere Politikmaßnahmen

Innerhalb des NRW-Programms Ländlicher Raum 2007 bis 2013 bestanden enge Verbindungen zu weiteren Maßnahmen des SP 3 und LEADER. Darüber hinaus gab es außerhalb des NRW-Programms Ländlicher Raum weitere Ansätze, die auf der Ebene der Dörfer und ländlichen Räume ansetzten, z. B.:

- Wirtschaftsnaher Infrastrukturmaßnahmen mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

- Bund-Länder-Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW
- Wettbewerbe des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wie z. B. „Unser Dorf hat Zukunft“, „Kerniges Dorf! - Umbau gestalten“ oder „REGIOKommune - Stadt und Land verbinden“
- Modellvorhaben wie z. B. „LandLeben Heimat - Bürger machen Dorf“ 2009 bis 2010 der REGIONALEN Südwestfalen

In NRW hat der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ einen hohen Stellenwert und wird als „(sehr kostengünstiges) Instrument“ (AFC Public Services GmbH, 2013, S. 126) der ländlichen Strukturpolitik verstanden. Teilnahmeberechtigt sind räumlich geschlossene Ortschaften oder Gemeindeteile mit überwiegend dörflichem Charakter bis zu 3.000 Einwohnern (MKULNV, 2013a). Der Bundeswettbewerb hat seit den 1960er-Jahren auf sich wandelnde gesellschaftliche Herausforderungen im ländlichen Raum wie z. B. Berücksichtigung der demografischen Veränderungen, Einbeziehung der Akteure vor Ort, Zusammenarbeit mit Nachbarorten zur Sicherung der sozialen Infrastruktur, reagiert. Die vier Bewertungsbereiche zum 25. Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ 2016 waren z. B. Entwicklungskonzepte und wirtschaftliche Initiativen, soziale und kulturelle Aktivitäten, Baugestaltung und Siedlungsentwicklung sowie Grüngestaltung und das Dorf in der Landschaft (BMEL, 2014, S. 37 ff.). Die inhaltliche Neuausrichtung des Wettbewerbs auf einen breiteren, alle Aspekte der Dorfwentwicklung beziehenden Ansatz setzt bei den Akteuren vor Ort ein hohes Maß an Engagement und professionelles Projektmanagement voraus (AFC Public Services GmbH, 2013). Im Endbericht zur Evaluation des Bundeswettbewerbs kommt AFC Public Services GmbH (2013) zu dem Schluss, dass der Dorfwettbewerb mehr als bislang als fester Bestandteil der ländlichen Strukturpolitik begriffen und eine stärkere Verknüpfung mit den Förderprogrammen (ELER) geprüft werden sollte. Es wird eine „ELER-Beratung für alle teilnehmenden Dörfer“ im Wettbewerb vorgeschlagen, auch wenn die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen (bei den Bewilligungsstellen) eng sind. Eine Broschüre könnte den teilnehmenden Dörfern den Zugang zu den ELER-Fördermitteln erleichtern. Weiterhin wird die Einbindung des Wettbewerbs in die ILE-Förderrichtlinie vorgeschlagen. Das könnte dadurch geschehen, indem der Förderzugang zum Maßnahmenblock Dorfwentwicklung über die Teilnahme am Dorfwettbewerb erleichtert wird. Als zusätzlicher Effekt könnte die Attraktivität des Dorfwettbewerbs steigen und ggf. Synergiepotenziale zwischen dem Dorfwettbewerb und der ELER-Förderung realisiert werden.

7.2 Ergebnisse und Wirkungsanalyse

7.2.1 Gesamtbetrachtung der Umsetzung (Projektdatei)

Die Gesamtbetrachtung der Umsetzung der DE basiert sowohl auf den Daten des Monitoring als auch auf den von der LWK NRW jährlich gelieferten **Projektdatei**⁹. Sie werden nach Fördergegenständen, Art der Zuwendungsempfänger, regionaler Verteilung und Höhe der Investitionssumme ausgewertet.

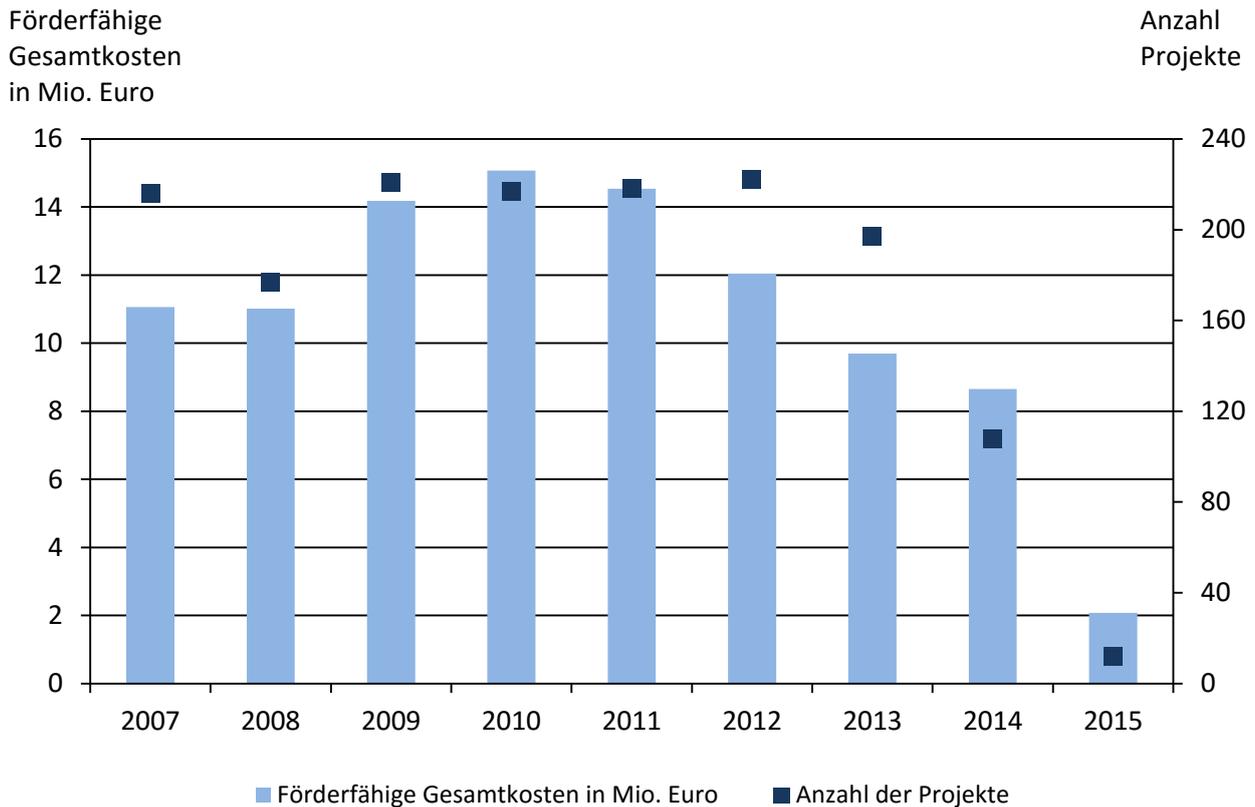
Tabelle 6: Umsetzung der Maßnahme Dorferneuerung und -entwicklung (322) im Zeitraum 2007 bis 2015

Vorhabensart	Projektanzahl	Öffentliche Ausgaben (1 000 EUR) ELER	Gesamtinvestitionsvolumen (1 000 EUR) Insgesamt	Gesamtinvestitionsvolumen (1 000 EUR)
Physisch	1.365	16.634	58.892	93.416
Sozial	9	114	406	912
Wirtschaftsbezogen	59	786	2.782	9.352
Gesamt	1.433	17.534	62.080	103.680

Quelle: Eigene Darstellung nach MKUNLV (2016).

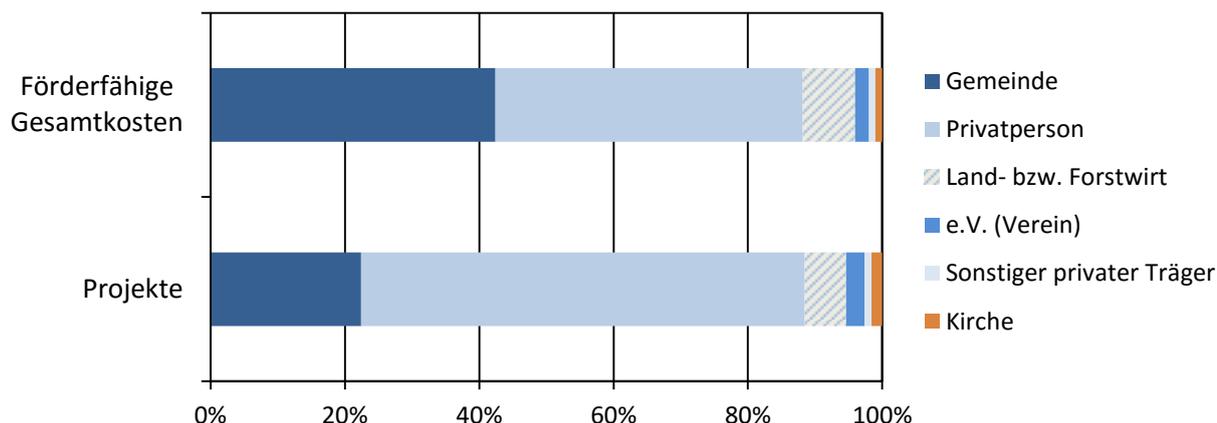
Die DE stellte die finanziell stärkste Maßnahme im Schwerpunkt 3 des NRW-Programms Ländlicher Raum 2007-2013 dar. Im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des NRW-Programms Ländlicher Raum 2007 bis 2013, dessen Schwerpunkt eindeutig auf den AUM (214) lag, war der Anteil der Maßnahme 322 dennoch sehr gering (rd. 7 %). Im Zeitraum 2007 bis 2015 wurden 1.433 Projekte mithilfe von rd. 62 Mio. Euro öffentlichen Mitteln, davon rd. 18 Mio. Euro EU-Mitteln, umgesetzt. Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rd. 104 Mio. Euro hat damit ein Euro der EU-Förderung eine Investition von knapp sechs Euro bewirkt. (vgl. Tabelle 6).

⁹ Die Projektdatei enthalten alle relevanten Angaben zur Maßnahmenumsetzung: Angaben zum Zuwendungsempfänger, Landkreis, Fördergegenstand, Maßnahmenbezeichnung, förderfähige Gesamtinvestitionssumme und die unterschiedlichen Fördermittel sowie Angaben zu Projektbeginn und -abschluss.

Abbildung 18: Umsetzung im Laufe der Förderperiode 2007 bis 2015 – Maßnahme 322

Quelle: Eigene Darstellung nach LWK NRW (2016).

Wie in den vorangegangenen Förderperioden waren die Umsetzungsquoten in der Mitte der Förderperiode (2009 bis 2011) am höchsten, zumal das Fachreferat im Jahr 2010 auf den bis dahin geringen Mittelabfluss mit einer Erhöhung der Förderquoten für alle Fördergegenstände um jeweils 10 % reagiert hat. Zum Ende der Förderperiode (2013, 2014 und 2015) war der Anteil der öffentlichen Projekte (Anzahl und förderfähige Gesamtkosten) gestiegen (vgl. Abbildung 18). Hier ergab sich ein Zusammenhang zu der höheren Komplexität und den meist längeren Laufzeiten der öffentlichen Projekte.

Abbildung 19: Art der Zuwendungsempfänger – Maßnahme 322

Quelle: Eigene Darstellung nach LWK NRW (2016).

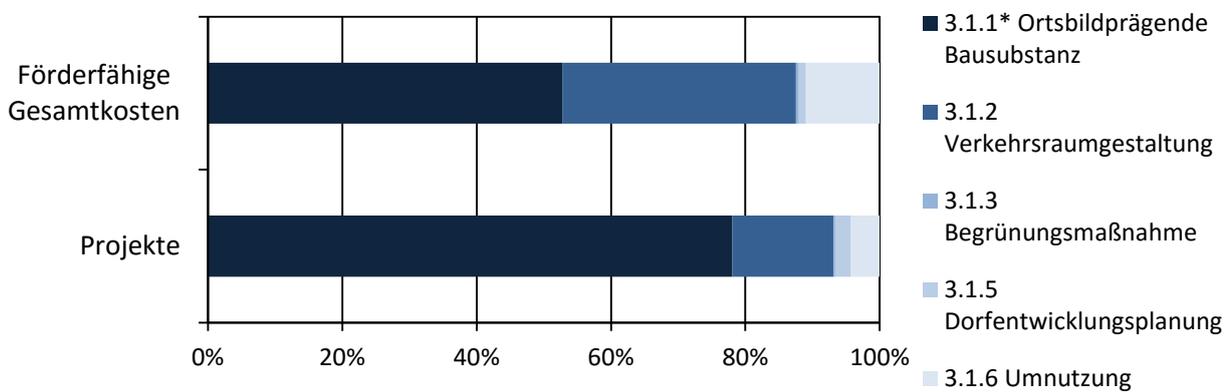
Die Förderung von „Privaten“ (Privatpersonen, Land- bzw. Forstwirte, eingetragenen Vereinen (e. V.), kirchlichen Trägern¹⁰ und sonstigen privaten Trägern) spielte eine bedeutende Rolle. Dabei stellten Privatpersonen den Schwerpunkt, während nur ein kleiner Teil der Fördermittel an eingetragene Vereine (e. V.), kirchliche Träger und sonstige private Träger ging. Die Gruppe der Land- und Forstwirte führte einerseits Umnutzungen, andererseits Sanierungsarbeiten an ortsbildprägender Bausubstanz durch. Insgesamt führten die privaten ZWE einen Anteil von rd. 78 % aller DE-Projekte mit rd. 58 % der förderfähigen Gesamtkosten durch (vgl. Abbildung 19). Die privaten Projekte, die vornehmlich Arbeiten an ortsbildprägender Bausubstanz beinhalteten, waren im Durchschnitt deutlich kleiner als die Projekte von Gemeinden als öffentlichen ZWE. Während bei den Privaten durchschnittliche förderfähige Gesamtkosten von 46.309 Euro je Projekt anfielen, waren es bei den Gemeinden rd. 107.565 Euro je Projekt. Der Schwerpunkt der öffentlichen Projekte lag auf Vorhaben zur Verkehrsraumgestaltung.

Die Projekte der kommunalen Gebietskörperschaften (Gemeinden/Kreise) als öffentliche ZWE umfassten zu rund zwei Drittel Arbeiten zur Verkehrsraumgestaltung. Hinter den Investitionen an ortsbildprägender Bausubstanz verbargen sich Arbeiten an öffentlichen Gebäuden wie alte Schulen, Dorfgemeinschaftshäuser, Museen aber auch an Denkmälern wie Naturscheinmauern oder Mühlen. Bei Teilen dieser Projekte ist davon auszugehen, dass die Gemeinde Eigentümer der

¹⁰ Im Rahmen der Bewilligung wurden kirchliche Träger bei der Zuwendung wie juristische Personen des privaten Rechts (vergleichbar den eingetragenen Vereinen) und damit als „Private“ eingestuft. Im Jahr 2016 ergab die Prüfung des Landesrechnungshofes NRW, dass Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts gelten und damit gemäß NRR nicht zuwendungsberechtigt waren. Die NRR (Ziffer 4.3.2.2) legte für DE-Maßnahmen ausschließlich Gemeinden und Gemeindeverbände, Teilnehmergeinschaften und ihre Zusammenschlüsse sowie einzelne Beteiligte, Wasser- und Bodenverbände und ähnliche Rechtspersonen, natürliche Personen und Personengesellschaften sowie juristische Personen des privaten Rechts als zuwendungsberechtigt fest.

Immobilie ist, dahinter aber ein Verein steht, der sich um die „Bewirtschaftung“ kümmert und sich bei der Projektumsetzung mit Eigenleistung¹¹ beteiligt hat.

Abbildung 20: Art der Projekte nach Fördergegenständen – Maßnahme 322



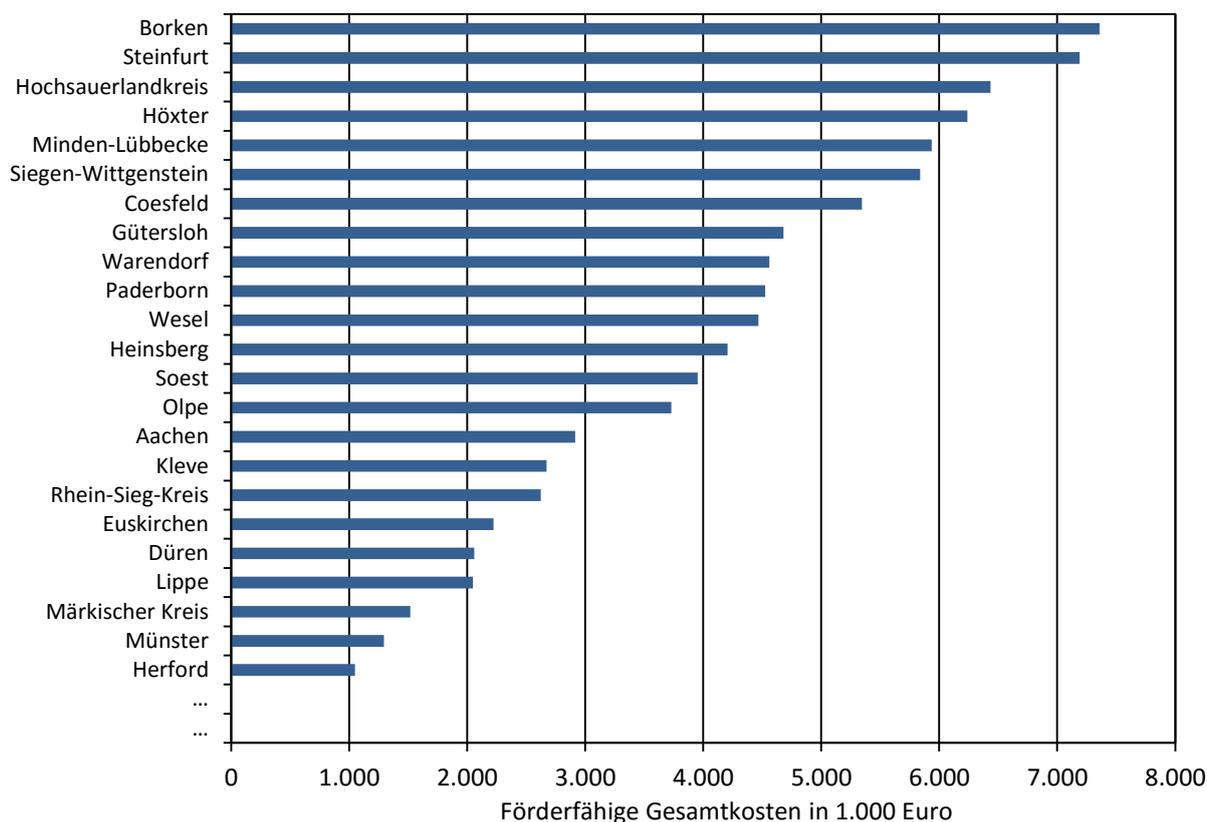
Fußnote: * Ziffer in der ILE-RL NRW (2013).

Quelle: Eigene Darstellung nach LWK NRW (2016) und (ILE-RL NRW (2013)).

Im Förderzeitraum 2007 bis 2015 lag der Schwerpunkt der insgesamt 1433 abgeschlossenen Projekte bei Investitionen in ortsbildprägende Bausubstanz (Hochbaumaßnahmen) (private und öffentliche ZWE) sowie bei Investitionen zur Verkehrsraumgestaltung (Tiefbaumaßnahmen) durch öffentliche ZWE. Begrünungsmaßnahmen und Umnutzungen von land- und forstwirtschaftlicher Bausubstanz (66 Projekte) fielen weit dahinter zurück. Die kleinste Gruppe (Projektanzahl und Förderfähige Gesamtkosten) bildete die Förderung von Dorf- bzw. Dorffinnenentwicklungskonzepten (vgl. Abbildung 20). Allerdings wurde mit den 30 geförderten Konzepten die Zielsetzung von 25 Konzepten übertroffen (MUNLV, 2009). Bei der Erstellung dieser 30 DE-Konzepte erfolgte eine Auseinandersetzung mit den örtlichen Gegebenheiten im Dorf, wobei den Landesvorgaben entsprechend die Bevölkerung in geeigneter Weise zu beteiligen war (ILE-RL NRW, Ziffer 10.4).

¹¹ In den Projektdaten, die dem TI zu Evaluationszwecken überreicht wurden, fehlte diese quantifizierte Variable. Dementsprechend konnten über den Umfang der Eigenleistung umgerechnet in Euro keine Aussagen getroffen werden.

Abbildung 21: Räumliche Verteilung der förderfähigen Gesamtkosten auf Kreisebene – Maßnahme 322



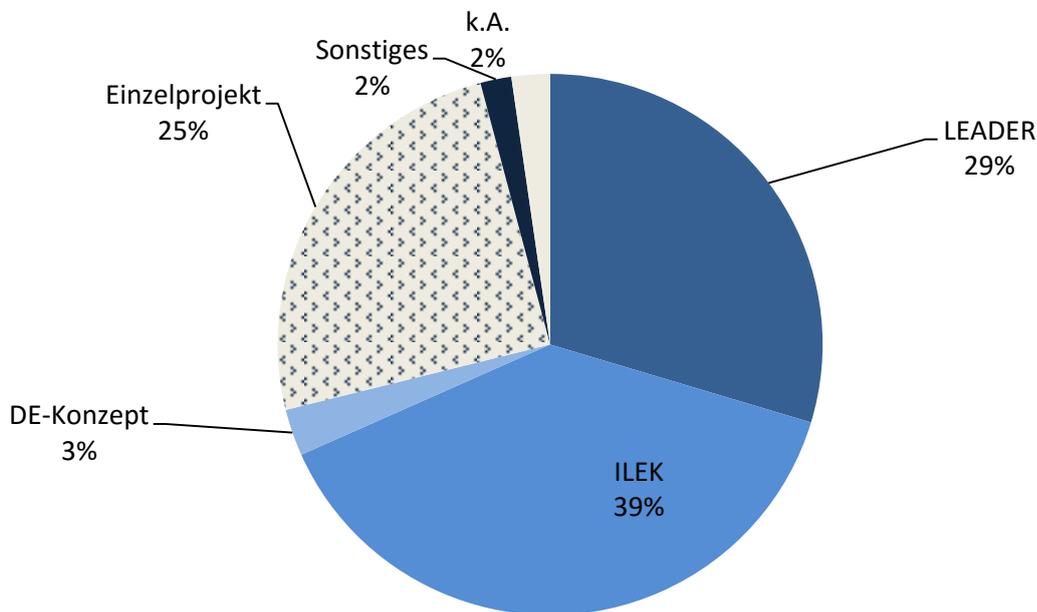
Quelle: Eigene Darstellung nach LWK NRW (2016).

In Abbildung 20 sind die Kreise aufgelistet, in denen fast 95 % der gesamten förderfähigen Gesamtkosten für DE-Projekte angefallen und dementsprechend hohe Summen an öffentlichen Fördermitteln geflossen sind. Spitzenreiter waren Borken und Steinfurt (beide Regierungsbezirk Münster). Auch der Hochsauerlandkreis und Höxter, beides Kreise mit prognostizierten Bevölkerungsrückgängen von rd. 16 % bis 2040 (IT.NRW, 2015), erhielten verhältnismäßig viel Fördermittel. Hingegen sind in den stark schrumpfenden Märkischen Kreis (Schürt, 2015) wenig Fördermittel geflossen (vgl. Kapitel 7.1).

Die Erhöhung der Fördersätze für Projekte, die der Umsetzung eines LEADER-Konzeptes oder ILEK dienen (Bonusregelung), sollte eine Konzentration der Fördermittel in die Regionen mit Entwicklungskonzept bewirken. Ob die Projekte einen Beitrag zum ILEK- bzw. LEADER-Konzept geleistet haben, lag im Prüfungsbereich der Bewilligungsbehörden. Abbildung 22 zeigt, dass nahezu drei Viertel der förderfähigen Gesamtkosten für DE-Projekte auf Basis von Konzepten erfolgte. Dabei spielte auf regionaler Ebene die Umsetzung eines ILEK eine größere Rolle als die Umsetzung eines LEADER-Konzeptes. Das ist aufgrund des doppelt so hohen Flächenanteils von ILEK-Regionen im Vergleich zu LEADER-Regionen nicht verwunderlich (vgl. Kapitel 7.1).

DE-Konzepte hatten lediglich für einen sehr kleinen Anteil der angefallenen förderfähigen Gesamtkosten eine Bedeutung.

Abbildung 22: Anteil der förderfähigen Gesamtkosten auf Basis von Konzepten – Maßnahme 322

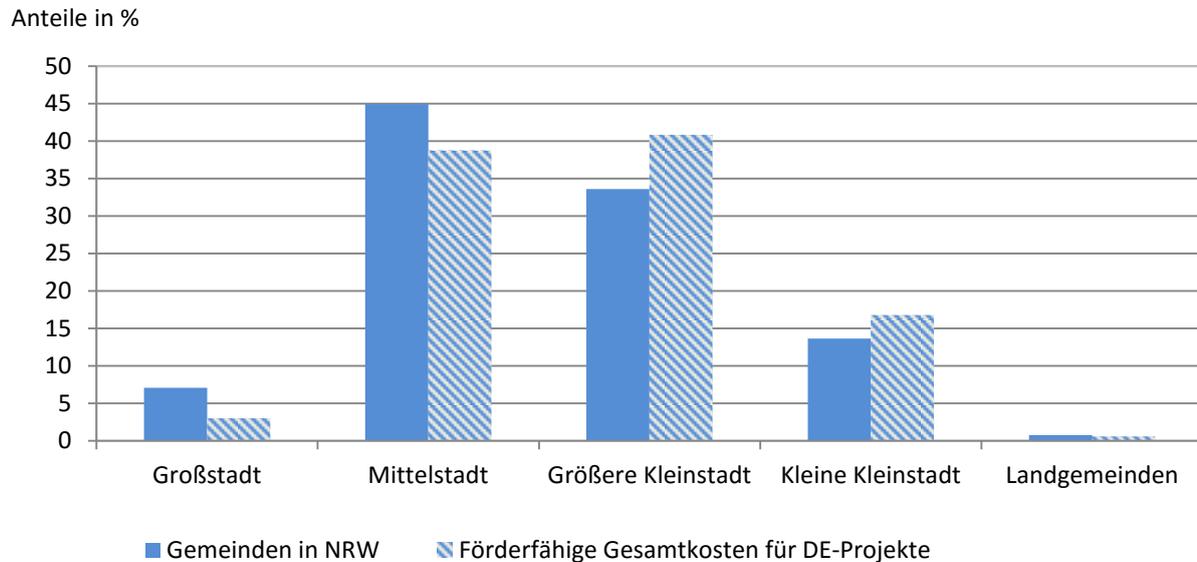


Quelle: Eigene Darstellung nach LWK NRW (2016).

Eine Annäherung an die Frage, wie weit die Förderung auch dort erfolgte, wo der Bedarf war, kann eine Auswertung der räumlichen Verteilung der Förderung nach siedlungsstrukturellen Aspekten leisten. Mit einem Anteil von rd. 45 % aller Gemeinden dominiert in NRW der Gemeindetyp Mittelstadt (20.000 bis unter 100.000 Einwohner; meist mittelzentrale Funktion). Hier wohnen rd. 41 % der gesamten Bevölkerung NRW. Landgemeinden (unter 5.000 Einwohner; ohne zentrale Funktion) gibt es in NRW lediglich drei (BBSR, 2013)¹². Der Anteil der DE-Förderung in Landgemeinden ist dementsprechend gering. Insgesamt zeigt die Auswertung, dass DE-Projekte vor allem in Mittelstädten und größeren Kleinstädten realisiert wurden (vgl. Abbildung 23).

¹² Kriterien für die BBSR-Einordnung des Stadt- und Gemeindetyps sind die Größe der Gemeinde (Bevölkerungszahl) und ihre zentralörtliche Funktion.

Abbildung 23: Anteil der förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme 322 (2007 bis 2015) nach Stadt- und Gemeindetypen in NRW

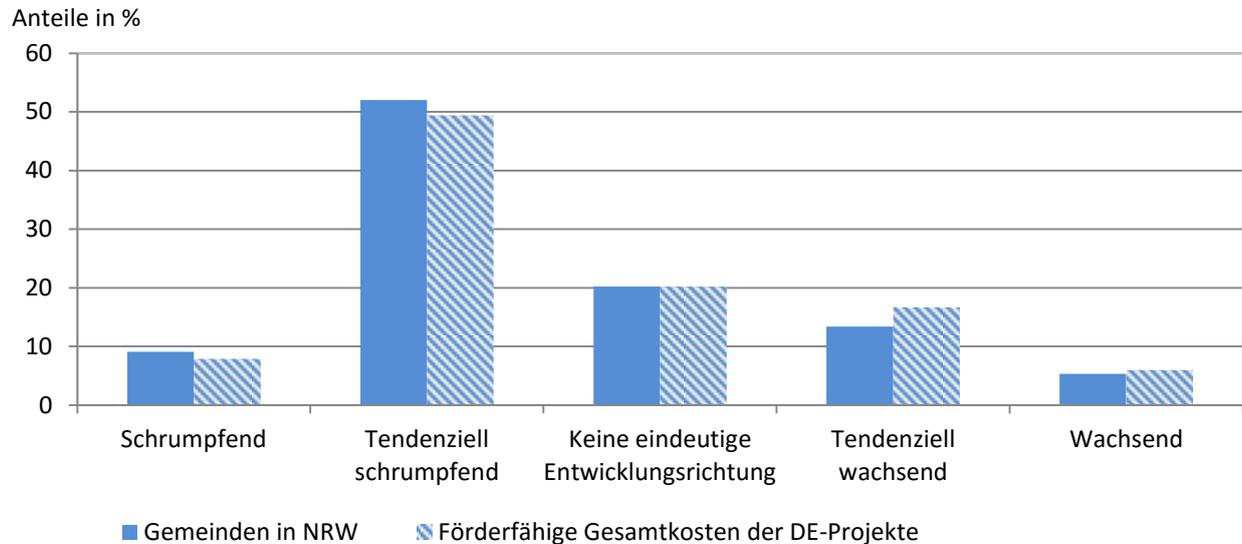


Quelle: Eigene Darstellung nach BBSR (2013) und LWK NRW (2016).

Gemäß der BBSR-Typisierung der Gemeinden nach ihrer am relativen, bundesweiten Trend gemessenen Entwicklung¹³ überwogen DE-Fördermaßnahmen in tendenziell schrumpfenden Gemeinden NRW. Hier fiel nahezu die Hälfte aller förderfähigen Gesamtkosten an. Insgesamt wich die Verteilung der förderfähigen Gesamtkosten wenig von der Verteilung der Gemeinden in die fünf Kategorien der Entwicklungstrends ab (vgl. Abbildung 24).

¹³ Im bundesweiten Trend gemessene Entwicklung im Durchschnitt von sechs Indikatoren: Bevölkerungsentwicklung 2008-2013; Jährliches Wanderungssaldo 2009-2013; Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung 2008-2013; Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2008-2013; Entwicklung der Arbeitslosenquote 2007/08-2012/13; Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen 2007/08-2012/13.

Abbildung 24: Anteil der förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme 322 (2007 bis 2015) nach der relativen, im bundesweiten Trend gemessenen Entwicklung der Gemeinden in NRW



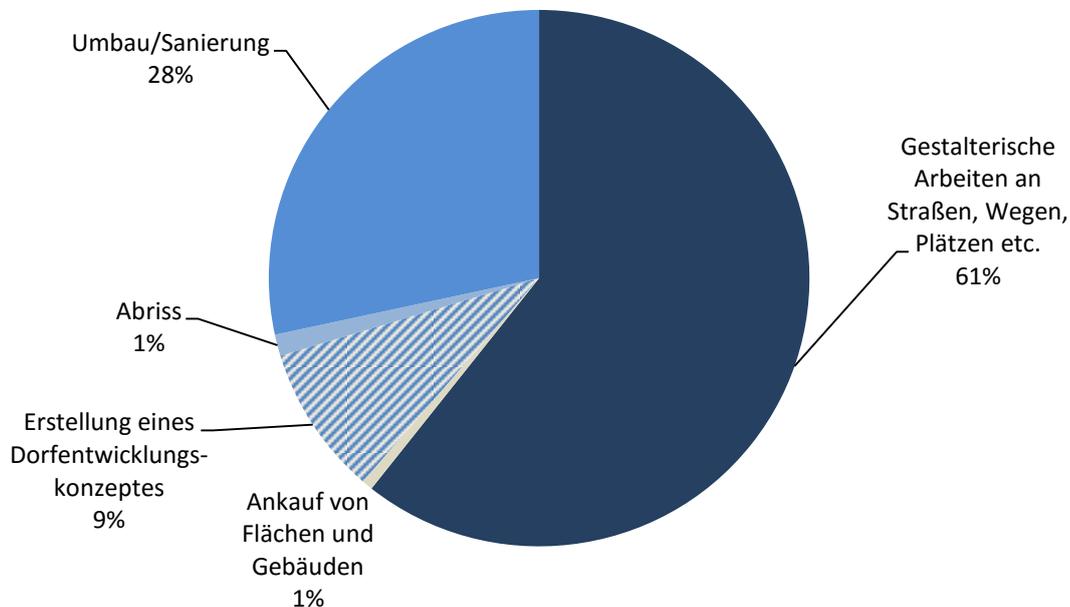
Quelle: Eigene Darstellung nach BBSR (2013) und LWK NRW (2016).

7.2.2 Ergebnisse der Querschnittsanalyse (ZWE-Befragung)

Im Folgenden werden die Ergebnisse der schriftlichen ZWE-Befragung der Jahre 2012 und 2014 entlang der im Kapitel 2 identifizierten Dimensionen von Lebensqualität dargestellt. Die schriftliche Befragung von DE-Projekten im Jahr 2012 richtete sich ausschließlich an Kommunen bzw. Kreise und eingetragene Vereine (e. V.). Die Stichprobe von insgesamt 153 DE-Projekten (ohne Umnutzung) bildet rd. 37 % aller DE-Projekte dieser Projektträger (Kommune, Kreis, e. V.) (Förderzeitraum 2007 bis 2015) ab. Da die ZWE-Befragung nicht an Privatpersonen oder sonstige Private adressiert war, lassen sich über private Investitionen keine Aussagen treffen.

7.2.2.1 Wohnstandortbedingungen und Bevölkerungsentwicklung

Abbildung 25: Inhalte der geförderten DE-Projekte in der Stichprobe



Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=153.

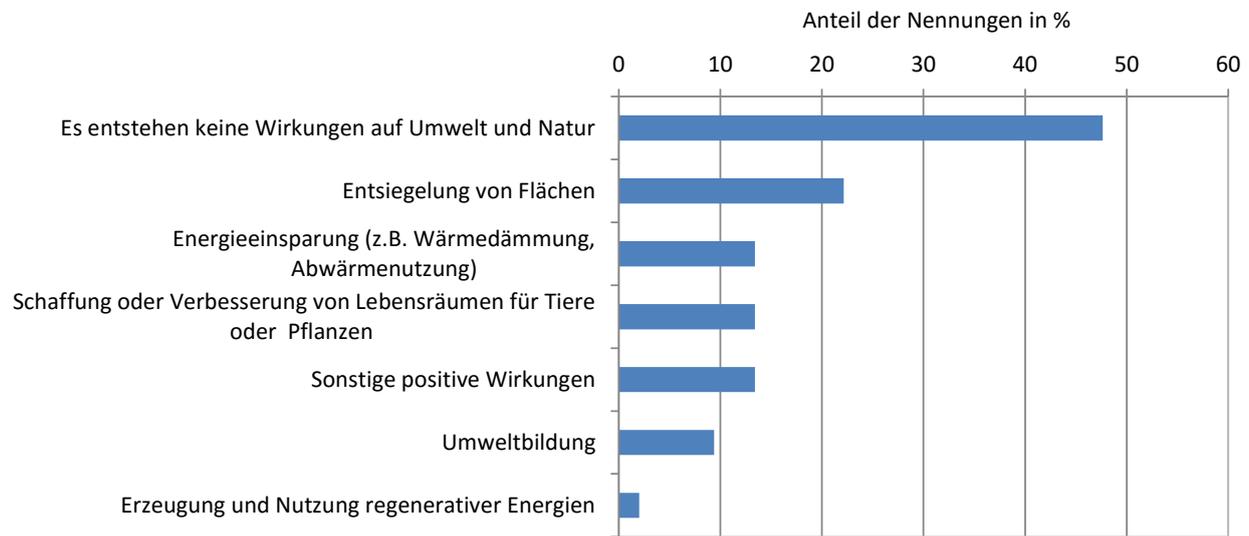
Dadurch, dass in der Befragung ausschließlich öffentliche Projektträger (vornehmlich Kommunen) und keine Privatpersonen befragt wurden, lag der Schwerpunkt der Projektinhalte der Stichprobe (n=154) bei gestalterischen Arbeiten an Straßen, Wegen und Plätzen. Immerhin betrafen mehr als ein Viertel der Projekte den Umbau bzw. die Sanierung von Gebäuden, von denen wiederum rd. 40 % vor der Förderung leer standen. Hier kann von der **Schaffung einer neuen Nutzungsmöglichkeit** für ein ortsbildprägendes Gebäude ausgegangen werden. Rund 9 % der befragten Projekte betrafen die Erstellung eines DE-Konzeptes.

Es zeigte sich, dass der **räumliche Bezug** der DE-Projekte in der Stichprobe sehr lokal war. Der überwiegende Teil der Projekte (knapp 80 %) bezog sich auf das Dorf/den Ortsteil, in dem das Projekt umgesetzt wurde. Lediglich rd. 11 % wiesen einen Raumbezug über den Ortsteil hinaus auf. Einen übergemeindlichen bzw. regionalen Bezug wurde den Projekten nur in sehr geringem Maße bescheinigt.

Die Befragten schätzten den Beitrag der DE-Projekte zur **Anpassung an den demografischen Wandel** unterschiedlich ein. Mehr als die Hälfte der Befragten (rd. 54 %) verneinten einen Beitrag. Mit Blick auf den Projektinhalt, bei dem es sich vornehmlich um gestalterische Arbeiten an Straßen, Wegen und Plätzen handelte, ist das nicht ungewöhnlich, obgleich hier barrierefreie Zugänge wie z. B. abgesenkte Bordsteine einen positiven Beitrag leisten.

Bereichsübergreifend sollten die DE-Maßnahmen zur **Erschließung touristischer Entwicklungspotenziale** beitragen. Die Meinung der Befragten hierzu ist diffus. Während mehr als die Hälfte der befragten Projektträger, die ja hauptsächlich Vertreter von Kommunen waren, ihren Projekten Wirkungen im Bereich Tourismus zusprachen, bestritten rd. 40 % der Befragten einen touristischen Beitrag.

Abbildung 26: Wirkungen der Projekte auf Umwelt und Natur – Maßnahme 322

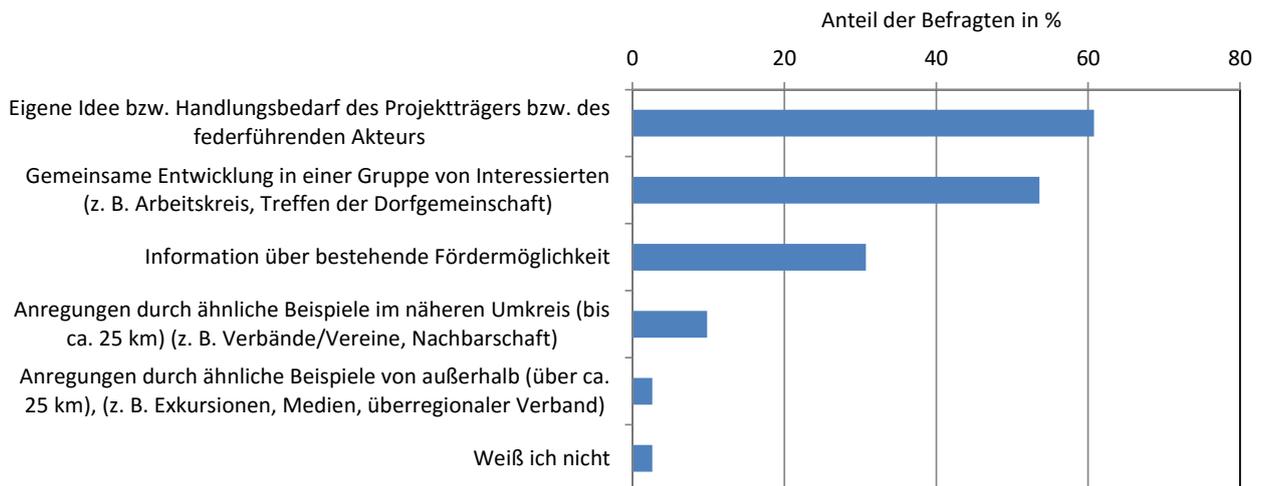


Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=149.

Weniger als die Hälfte der Befragten sprachen ihren Projekten einen Beitrag auf Umwelt und Natur ab. Die andere Hälfte bestätigte einen überwiegend positiven **Einfluss auf Umwelt und Natur** und zwar in Hinblick auf Flächenentsiegelung, Energieeinsparung oder die Schaffung/Verbesserung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen (vgl. Abbildung 26).

7.2.2.2 Politische Partizipation und soziale Beziehungen

Bereits bei der Projektvorbereitung kann es zum Austausch zwischen verschiedenen Akteuren kommen. Immerhin bestätigten mehr als die Hälfte der Befragten, dass die **Ideenentwicklung** gemeinsam in einer Gruppe von Interessierten (z. B. Arbeitskreis, Dorfgemeinschaft) erfolgte. Aktive Projektbesichtigungen in der engeren oder weiteren Umgebung waren die Ausnahme. 60 % der befragten Projektträger, die ja in der Hauptsache kommunal waren, vermerkten allerdings, dass die Initialzündung auf einer eigenen Idee bzw. auf dem eigenen Handlungsbedarf basierte. Das lässt folgern, dass ein Austausch vornehmlich innerhalb der kommunalen Verwaltung erfolgte (vgl. Abbildung 27).

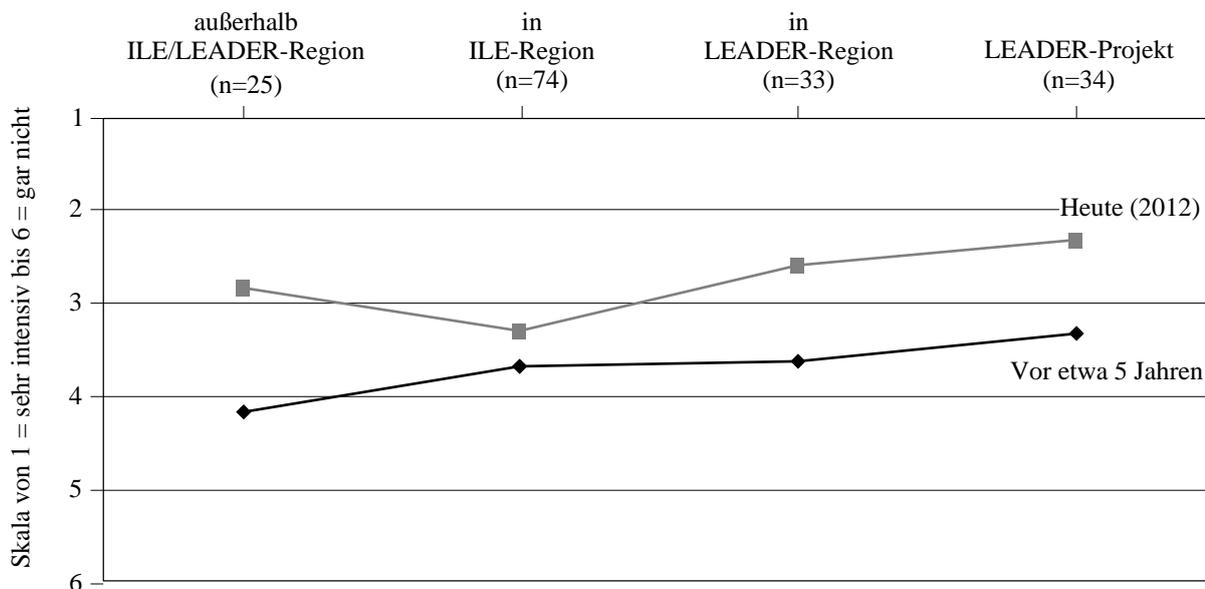
Abbildung 27: Initialzündung für das Projekt (Mehrfachnennungen) – Maßnahme 322

Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2014, n=153.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der zunehmend angespannten Finanzsituation der Kommunen gewann das Thema **interkommunaler Zusammenarbeit** (IKZ) an Bedeutung. Im NRW-Programm Ländlicher Raum 2007 bis 2013 war die Förderung der IKZ nicht explizit als Ziel aufgeführt. Jedoch sollte mit den Maßnahmen des SP 3 eine integrierte ländliche Entwicklung unterstützt werden, wozu die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Kommunen einen wesentlichen Beitrag leistet. Zudem sollte die DE zur Erschließung touristischer Entwicklungspotenziale beitragen. Gerade bei überörtlichen touristischen Vorhaben wie bspw. Wander- und Radwegen oder der touristischen Vermarktung einer Region kann über die Zusammenarbeit der betroffenen Kommunen zu diesen Zielen beigetragen werden.

In Abbildung 28 sind die Einschätzungen von insgesamt 166 kommunalen Projektträgern (ELER-Codes 322 und 41) zu ihrer Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden abgebildet. Abgetragen sind die Mittelwerte der Befragungsergebnisse, unterteilt nach der Regions- bzw. Konzeptzugehörigkeit der Projekte: LEADER-Region, ILE-Region, außerhalb einer LEADER-/ ILE-Region und LEADER-Projekt (ELER-Code 41). Die Ergebnisse zeigen, dass alle Befragten unabhängig von ihrer räumlichen Lage eine Verbesserung der Zusammenarbeit ihrer Kommune mit der Nachbarkommune in den letzten fünf Jahren wahrgenommen haben. Dabei bewegen sich die Einschätzungen zur kommunalen Zusammenarbeit vor fünf Jahren in Regionen mit einem Konzept (ILEK oder LEADER-Konzept) auf einem nahezu gleichen Niveau. In LEADER-Regionen nahmen die Projektträger im Befragungsjahr 2012 eine deutliche Verbesserung der Zusammenarbeit wahr. Auch die Befragten von Kommunen, die außerhalb von ILE oder LEADER lagen, bestätigten die deutliche Verbesserung der Zusammenarbeit.

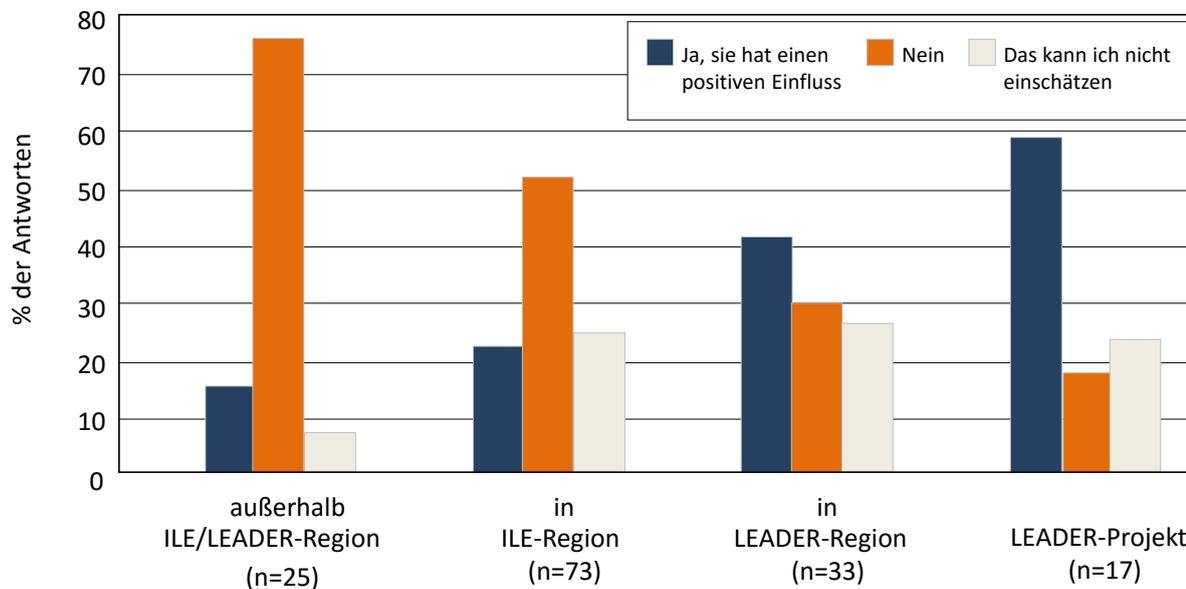
Abbildung 28: Einschätzungen der kommunalen Projektträger zu ihrer Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden – Maßnahmen 322 und 41



Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=166.

Abbildung 29 veranschaulicht die Einschätzungen von 148 kommunalen Projektträgern, inwieweit die LEADER-Förderung und/oder Förderung der Dorf- und integrierten ländlichen Entwicklung die IKZ beeinflusst hat. Ein negativer Einfluss wurde der Förderung nicht zugesprochen. In den Regionen ohne integriertes ländliches Entwicklungskonzept sahen drei Viertel der kommunalen Projektträger keinen Einfluss der Förderung auf die IKZ. In den ILE-Regionen verneinten etwas mehr als die Hälfte der kommunalen Projektträger den Einfluss der Förderung, 23 % waren der Meinung, dass die Förderung einen positiven Einfluss auf die Zusammenarbeit hatte. In den LEADER-Regionen unterschieden sich die Bewertungen deutlich zwischen den Kommunen, die ihr Projekt im Rahmen des Schwerpunktes 3 (Maßnahme 322) durchgeführt hatten, von denen, die ein LEADER-Projekt (Maßnahme 41) umgesetzt haben. Während lediglich rd. 40 % der Kommunen mit einem Schwerpunkt-3-Projekt der Förderung einen positiven Beitrag bestätigten, waren es bei den Kommunen mit LEADER-Projekt nahezu 60 %. Während insgesamt nahezu die Hälfte der befragten Kommunen der ILE-Förderung keinen Einfluss auf die IKZ zusprachen, gingen hingegen rd. 30 % der Befragten von einem positiven Einfluss aus.

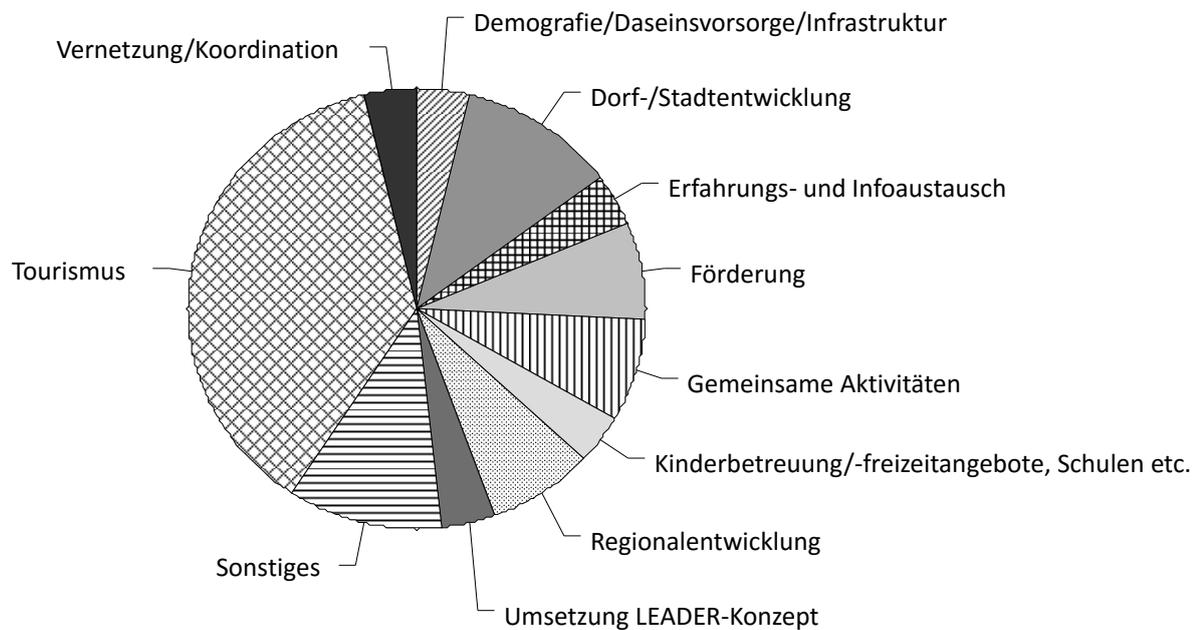
Abbildung 29: Hatte die LEADER-Förderung und/oder die Förderung der Dorf- und integrierten ländlichen Entwicklung insgesamt einen Einfluss auf die Zusammenarbeit Ihrer Gemeinde mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden? – Maßnahmen 322 und 41



Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=148.

Die Befragten, die einen Einfluss der Förderung auf die IKZ gesehen haben, wurden außerdem gefragt, in welchem Themenbereich dieser liegt. Abbildung 30 zeigt das Spektrum der genannten Themenfelder. Mit 37 % der Nennungen zeichnet sich ein deutlicher Schwerpunkt beim Tourismus ab. Mit deutlichem Abstand folgen die Themen Dorf- und Stadtentwicklung (11 % der Nennungen) sowie die Regionalentwicklung, „Förderung“ sowie gemeinsame Aktivitäten (jeweils rd. 7 % der Nennungen). Das lässt vermuten, dass es zu einer besseren Koordination und Vernetzung von überörtlichen touristischen Angeboten gekommen ist.

Abbildung 30: Positiver Einfluss der ILE-Förderung auf die Zusammenarbeit – Themenbereiche – Maßnahmen 322 und 41

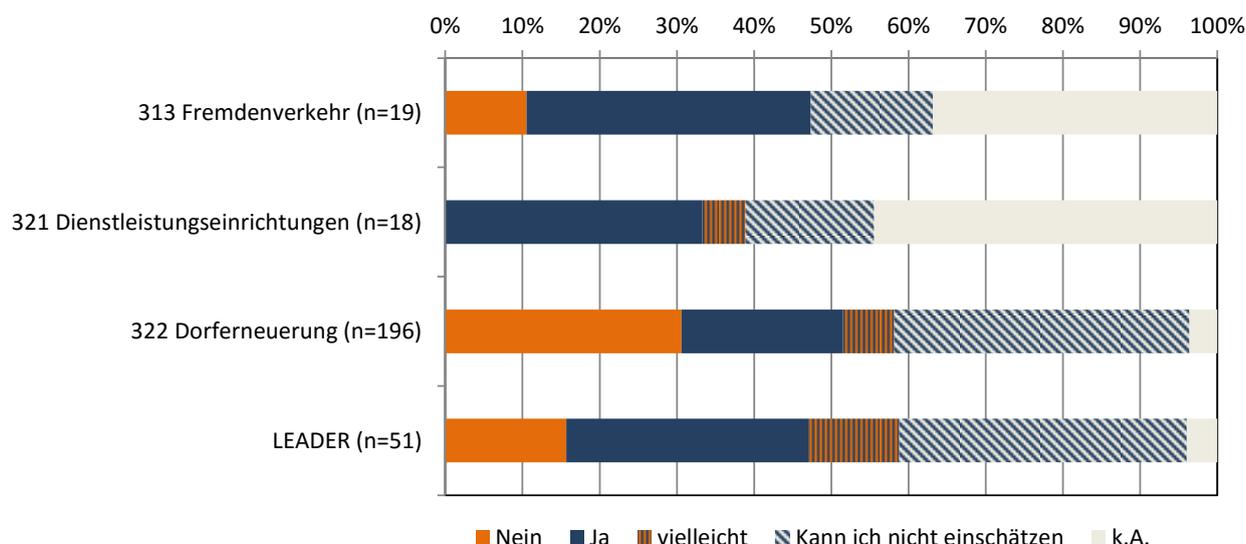


Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, Anzahl der Nennungen n =34.

Die Ergebnisse zeigen, dass rd. 30 % der 148 kommunalen Träger von Dorferneuerungs- bzw. LEADER-Projekten den Einfluss der ILE-Förderung durchaus positiv auf die IKZ einschätzten. Die Ergebnisse in den LEADER-Regionen fielen am positivsten aus (Thünen-Institut für Ländliche Räume et al., 2013).

Mit dem Ziel integrierte Ansätze in NRW zu stärken, wurden DE-Maßnahmen mit Ausnahme der Umnutzung landwirtschaftlicher Bausubstanz, prioritär zur Umsetzung eines LEADER-Konzeptes, ILEK oder zur Umsetzung eines DE-Konzeptes gefördert. Dazu wurde die sogenannte Bonusregelung eingeführt. In der schriftlichen ZWE-Befragung wurde „abgeklopft“, welche Beziehung die Projektträger zum **LEADER-Ansatz** haben. Ausführliche Ergebnisse und entsprechende Abbildungen hierzu finden sich in Kapitel 5 (Förderung des Fremdenverkehrs). Von den öffentlichen DE-Projektträgern in ILEK- bzw. LEADER-Regionen (n=126) gaben rd. 63 % der Befragten an, wesentliche Inhalte der Entwicklungsstrategie zu kennen. Einen Beitrag ihres Projektes zu den Zielen der Entwicklungsstrategie bestätigten knapp 60 % der Befragten. Bei der Projektumsetzung in LEADER-Regionen zeigt sich, dass die Zuwendungsempfänger von DE-Projekten im Vergleich zu allen anderen Maßnahmen (313, 321 und LEADER) deutlich seltener als aktives Mitglied in den Lokalen Aktionsgruppen (LAG) vertreten waren. Immerhin hatten rd. 70 % direkten Kontakt zum Regionalmanagement.

Abbildung 31: Anstoßfunktion der geförderten Projekte für weitere Aktivitäten oder Vorhaben in der Gemeinde/Region – Maßnahmen 313, 321, 322 und LEADER



Quelle: Zuwendungsempfängerbefragung 2012, n=284.

Im besten Falle wirken die geförderten Projekte nicht isoliert, sondern stoßen weitere Aktivitäten und Vorhaben in der Gemeinde/Region an. Abbildung 31 verdeutlicht, dass im Rahmen von kommunalen Projekten die Anstoßfunktion der DE-Förderung eher gering war. Das war aufgrund der Mehrzahl von Tiefbauprojekten (Straßen, Wege, Plätze) nicht verwunderlich. Lediglich ein Fünftel der Befragten bestätigten eine positive Strahlfunktion.

7.2.2.3 Wirtschaft und Beschäftigung

Die Ergebnisse der HZB und auch die Auswertung der Zuwendungsempfängerbefragung 2012 zeigten, dass außerhalb der Umnutzungsförderung durch die DE-Förderung (Maßnahme 322) keine nennenswerten Beschäftigungseffekte erzielt werden konnten (Peter und Schnaut, 2010; Thünen-Institut für Ländliche Räume et al., 2013). Dieses Ergebnis war aufgrund der Ausrichtung der DE-Förderung mit infrastrukturell ausgerichteten Fördergegenständen nicht verwunderlich. Auch bei den Projekten von Privatpersonen waren keine Beschäftigungseffekte zu erwarten, da es sich hier vornehmlich um die Sanierung von Wohngebäuden handelte. Die Förderung der Umnutzung war der einzige Fördergegenstand, bei dem es sich um eine einzelbetriebliche Unternehmensförderung handelte und dementsprechend direkte Beschäftigungseffekte zu erwarten waren.

Die Hochrechnung der im Jahr 2014 durchgeführten schriftlichen Befragung von Umnutzungsprojekten ergab für den Förderzeitraum 2007 bis 2015 die Schaffung von rd. 61 FTE. Damit lag die Realität weit hinter den Planungen von ca. 400 bis 500 gesicherten Arbeitsplätzen und ca. 200 bis

300 neu geschaffenen Arbeitsplätzen zurück (MUNLV, 2009). Es ist davon auszugehen, dass diese Planzahlen selbst mit den Familienarbeitskräften, die nach den Evaluierungserfahrungen zur Diversifizierung einen Großteil der (Mehr-)Arbeit leisten, nicht erreicht wurden (vgl. Modulbericht 7.6_MB(b)_Umnutzung).

7.2.3 Ergebnisse zur Längsschnittanalyse (Dorfstudie)

Für die als Einzelfallanalysekonzipierte Dorfstudie wurden vier Untersuchungsdörfer über die gesamte Förderperiode begleitet, um in einem Vorher-Nachher-Vergleich eine Wirkungsanalyse zu erreichen. Die Untersuchung zielte auf die

- Entwicklungspfade der lokalen Lebensverhältnisse (Bevölkerungsentwicklung, Infrastruktur, Vereine).
- Wirkungsanalyse „Verbesserung der Lebensqualität“ (Innenentwicklung, Qualität Wohnumfeld, Soziales Leben).
- Abläufe in den Dorfontwicklungsprozessen (Projektumsetzung, Zusammenarbeit, Beteiligung).

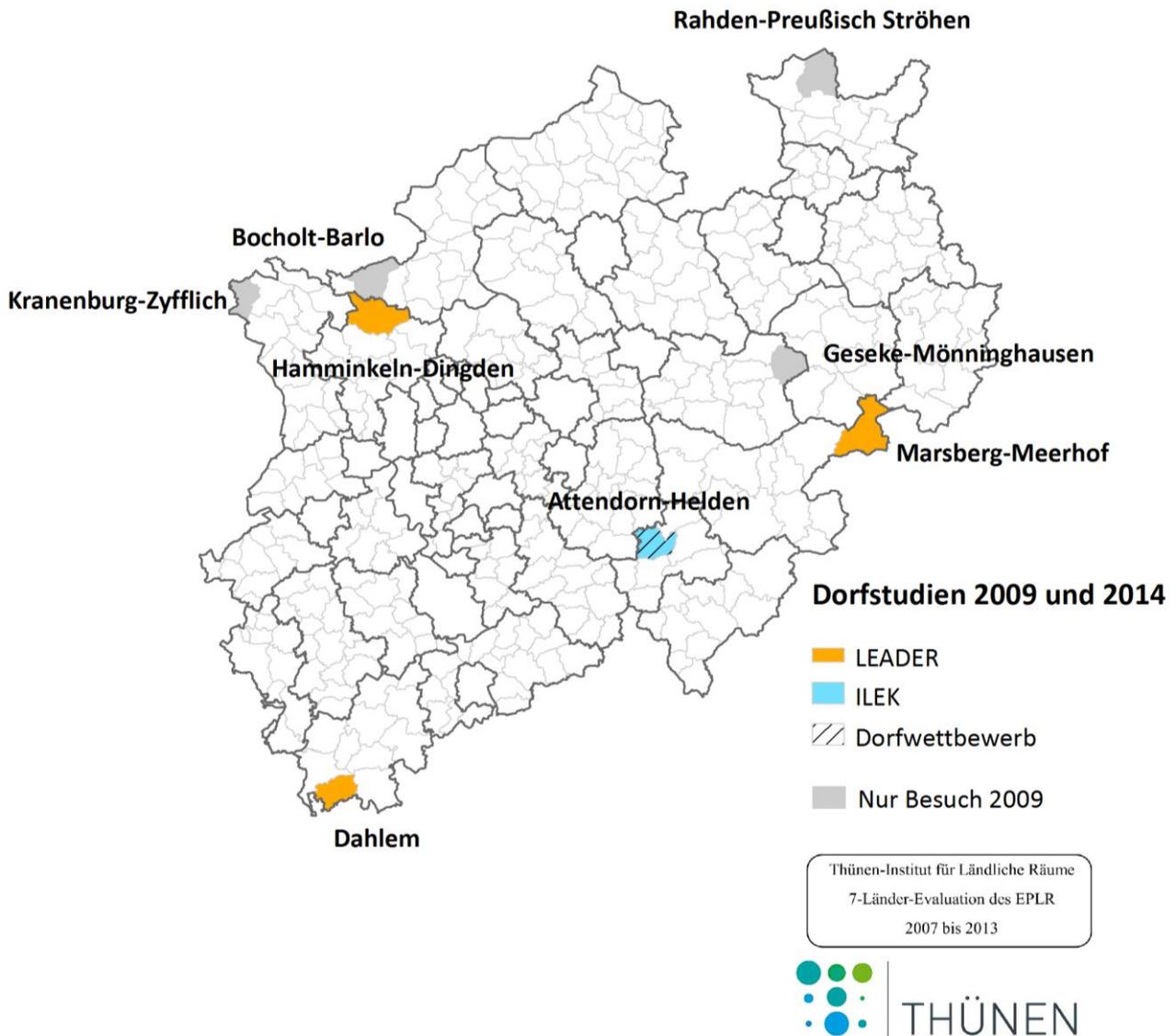
7.2.3.1 Dörfer in der Fallstudie

Fallstudiendörfer 2009 – Bestandsaufnahme

Die Auswahl der Fallstudiendörfer basierte im Jahr 2009 auf einer Stichprobenauswahl von acht Dörfern, die sich über das gesamte Land verteilten. Die Erstellung der Grundgesamtheit von Dörfern, bei denen in der aktuellen Förderperiode im Jahr 2009 potenziell mit einer Inanspruchnahme von DE-Fördergeldern zu rechnen war, stellte dabei zunächst eine Herausforderung dar. Denn die Umsetzung von DE-Maßnahmen konnte in NRW unter Beachtung der Grundvoraussetzungen (Zugehörigkeit Ländlicher Raum, Einwohnerzahl etc.) in allen nordrhein-westfälischen Dörfern erfolgen. Der Auswahl im Jahr 2009 lag die Gesamtheit der Dörfer zugrunde, die für den Landesentscheid 2009 „Unser Dorf hat Zukunft“ qualifiziert waren, Dörfer, die bei den Dorfwerkstätten der ZELE teilgenommen haben sowie vereinzelt Vorschläge des Fachreferats und den Bewilligungsstellen. Nach dem Prinzip der Kontrastierung wurden die ausgesuchten Gemeinden anschließend in die beiden Gruppen innerhalb und außerhalb von LEADER-Regionen unterteilt, aus denen dann je vier Dörfer zufällig ausgewählt wurden.

Die Ergebnisse der Dorfstudien aus dem Jahr 2009 als sogenannte Bestandsaufnahme wurden zur HZB ausführlich in einem Bericht zusammengefasst (vgl. Peter, 2010; Peter und Schnaut, 2010).

Karte 2: Räumliche Lage der NRW-Fallstudiendörfer 2009 und 2014



Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Verwaltungsgrenzen.

Quelle: Eigene Darstellung.

Fallstudiendörfer 2014 – Wirkungserhebung

Die Auswahl der ein zweites Mal zu besuchenden Dörfern, in denen eine Wirkungserhebung im Jahr 2014 stattfand, erfolgte anhand eines iterativen Prozesses. Die Auswahl gründete letztlich auf der Synthese der Anzahl der umgesetzten Projekte (auch über LEADER), den Erkenntnissen aus dem Erstbesuch im Jahr 2009, der Regionszugehörigkeit „innerhalb LEADER“ und „außerhalb LEADER“ sowie der räumlichen Lage im Land. Für einen Wiederholungsbesuch wurden schließlich die in Tabelle 7 aufgeführten Dörfer ausgewählt.

Tabelle 7: Fallstudiendörfer 2014 – Projektumsetzung im Zeitraum 2007 bis 2013

Dorf	Gemeinde	Landkreis	Konzept	Konzept-Name	SP3-Projekte		LEADER-Projekte	
					in der Gemeinde	davon im Dorf	in der Gemeinde	davon im Dorf
Dingden	Hamminkeln	Wesel	LEADER	Lippe-Issel-Niederrhein	32	1	11	2
Dahlem	Dahlem	Euskirchen	LEADER	Eifel	3	0	2	0
Meerhof	Marsberg	Hochsauerlandkreis	LEADER	Hochsauerland	3	0	8	1
Helden	Attendorn	Olpe	ILEK	Bigge-Lenne-Sorpe	5	1	0	0

Quelle: Eigene Darstellung nach LWK NRW (2016).

Alle Untersuchungsgemeinden gehören gemäß der BBSR-Typisierung zu den tendenziell schrumpfenden Gemeinden Deutschlands. Hinsichtlich der Gemeindetypisierung gehören Hamminkeln und Attendorn zu den Mittelstädten. Dahingegen wird Marsberg als größere Kleinstadt eingestuft, sie hat zwar mehr als 20.000 Einwohner, übernimmt aber lediglich eine grundzentrale Funktion. Dahlem ist die kleinste Gemeinde in NRW und gehört damit zu den drei Landgemeinden (Tabelle 8).

Tabelle 8: Fallstudiendörfer 2014 – Charakterisierung

Dorf	Gemeinde	Bevölkerung (Stand 2011) ¹⁾		Stadt- und Gemeindetyp	Haushaltsstatus (Stand 31.12.13)	Besonderheiten in der Dorfentwicklung
		Dorf	Gemeinde			
Dingden	Hamminkeln	6.961	26.350	Mittelstadt	Fiktiv ausgeglichener Haushalt	Architekturwerkstatt "Dingden" (2008)
Dahlem	Dahlem	-	4.196	Landgemeinde	Genehmigte Verringerung der allg. Rücklage	Ortskernentwicklungskonzept, Uni Bonn (2007)
Meerhof	Marsberg	1.260	20.428	Größere Kleinstadt	Genehmigter Haushaltsanierungsplan	Umbau der Grundschule zum Bürgerhaus (2014)
Helden	Attendorn	1.136	24.463	Mittelstadt	Fiktiv ausgeglichener Haushalt	DE-Plan Kirchspiel Helden, Uni Siegen (2009/2010)

¹⁾ Bevölkerungszahlen: Dingden (Stand 2014), Helden (Stand 2012). (wikipedia zitiert am 12.05.2016)

Quelle: Eigene Darstellung nach (BBSR, 2013; IT.NRW, 2010; IT.NRW, 2016; MIK, 2015).

Der Haushaltsstatus der Gemeinden spielte bei der Förderung von DE-Projekten eine wichtige Rolle, da die Kommunen zu einem Eigenanteil verpflichtet waren. Grundsätzlich besteht die Verpflichtung jeder Gemeinde, den Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung auszugleichen. Im Jahr 2013 befanden sich rd. 45 % aller 396 Gemeinden in NRW in der Haushaltssicherung (MIK, 2015). Die beiden Untersuchungsgemeinden Attendorn und Hamminkeln hatten 2013 einen fiktiv ausgeglichenen Haushaltsstatus und waren damit „frei“ in ihren Entscheidungen hinsichtlich der Verausgabung von kommunalen Mitteln. Marsberg stand finanziell am schlechtesten dar, denn die Gemeinde stand in der Haushaltssicherung. Auch in Dahlem war der Haushalt nicht ausgeglichen (MIK, 2014). Ein direkter Zusammenhang zur Anzahl bzw. zum Umfang der umgesetzten DE- bzw. LEADER-Projekte ließ sich hieraus allerdings nicht ableiten, auch wenn in Hamminkeln besonders viele DE- bzw. LEADER-Projekte gefördert wurden. Aber auch in Marsberg – als finanziell schlecht aufgestellte Kommune – fanden ILE-Projekte statt. So war in Marsberg-Meerhof zum Besuchszeitpunkt im Jahr 2014 gerade der Umbau der ehemaligen Grundschule zum Bürgerhaus im Gang (LEADER-Projekt). Insgesamt wurden für alle vier Fallstudiendörfer hinsichtlich ihrer dörflichen Entwicklung Besonderheiten identifiziert, die in Verbindung mit der ILE-Förderung im Rahmen des NRW-Programms Ländlicher Raum standen. In Attendorn-Helden wurde mit ELER-Mitteln der DE-Plan Kirchspiel Helden gefördert, in Hamminkeln-Dingden die

Architekturwerkstatt und in der Gemeinde Dahlem zwei Generationenplätze (vgl. Tabellen 7 und 8).

7.2.3.2 Analyse und Darstellung der Ergebnisse

Die Darstellung der Ergebnisse und identifizierten Wirkungen der DE-Förderung erfolgte entlang der in Kapitel 2 aufgeführten Aspekte der Lebensqualität: Wohnstandortbedingungen sowie politische Partizipation und soziale Beziehung. Durch die Auswahl der InterviewpartnerInnen in den Dörfern (Ortsvorsteher, Arbeitskreisvorsitzende, Vereinsvorstände und lediglich in einem Fall ein Bürgermeister) wurde vornehmlich die Meinung der außerkommunalen, lokalen Akteure als Begünstigte der Förderung eingefangen.

7.2.3.2.1 Wohnstandortbedingungen und Bevölkerungsentwicklung

Die Dimension „Wohnstandortbedingungen“ umfasst die Teilbereiche Attraktivität des Wohnumfeldes und die Folgen der demografischen Entwicklung. Wie in Kapitel 2 beschrieben beeinflussen die Faktoren soziale und technische Infrastruktur, Zustand der Gebäude, Ortskerngestaltung sowie Verkehrs- und Freiraumgestaltung die Attraktivität des Wohnumfeldes. Die Kernfrage der Dorfstudien lautete: Wie wirken die DE-Maßnahmen in den Dörfern auf die Attraktivität des Wohnumfeldes und die Wohnqualität? In der Untersuchung der Folgen der Bevölkerungsentwicklung lag der Fokus auf dem Bewusstsein der beteiligten Akteure für die demografischen Entwicklungen. Es wurde untersucht, welche Herangehensweisen und Strategien sie für die Gestaltung des demografischen Wandels entwickeln.

Auch beim Wiederholungsbesuch im Jahr 2014 zeigten die Ergebnisse der Dorfstudie, dass der Stellenwert der Maßnahmen zur Dorfentwicklung für die Ortskerngestaltung und das Erscheinungsbild sehr hoch bewertet wurden. Es hat sich gezeigt, dass die Umsetzung von öffentlichen DE-Projekten beispielsweise Verkehrsraum- oder Platzgestaltungen die Dorfbewohner motivieren, ihr persönliches Eigentum wieder aufzubessern und zu verschönern, sodass sich das Ortsbild in räumlicher Nähe der öffentlichen Maßnahme in seiner Gesamtheit verbessert (Interview NRW, 2014). Der Interviewpartner in Dahlem bezeichnete die „*alten Ortskerne als Seelen des Dorfes*“, die es zu erhalten und pflegen gilt, auch vor dem Hintergrund der touristischen Attraktivität eines Dorfes.

Im Jahr 2009/2010 war Helden Teil des Dorfentwicklungsplans Kirchspiel (Universität Siegen, 2010). In diesem DE-Plan fand sich der Ortsteil Helden besonders im Handlungsansatz „Städtebaulich-räumliche Maßnahmen“ wieder. Damals wurde bereits der Leerstand und Verfall eines ehemals gewerblich genutzten Gebäudes im Ortskern problematisiert. Es wurde die Idee entwickelt nach dem Abriss dieses Gebäudes die Fläche als „Neue Mitte Helden“ auszubauen. Vier Jahre nach Erarbeitung des DE-Plans stand das Gebäude immer noch leer und war verwahrlost.

Da die Immobilie in privater Hand lag, hatten die Gemeinde und die Dorfbevölkerung keine Handhabe. Ein ähnliches Problem zeigte sich in Dahlem, wo bereits beim Erstbesuch im Jahr 2009 vom Abriss zwei leerstehender Gebäude im Zentrum gegenüber der Kirche die Rede war. Auch hier sind die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinde durch das Privateigentum begrenzt. Positivbeispiele konnten in Meerhof identifiziert werden. Hier hat ein privater Hauseigentümer im Ortskern sein leerstehendes Gebäude abgerissen und stattdessen einen offenen Blumen- und Nutzgarten angelegt (siehe Abbildung 32). Während beim Erstbesuch im Jahr 2009 die Meerdorfer akuten Handlungsbedarf in der unsicheren Zukunft der Grundschule sahen, erfolgte beim Wiederholungsbesuch im Jahr 2014 mit viel Engagement der Umbau der alten Grundschule zum Bürgerhaus. Das Bürgerhaus sollte von verschiedenen Ortsvereinen sowie für öffentliche und private Feste genutzt werden. Ebenfalls beherbergte es einen Jugendraum, dessen Fehlen im Jahr 2009 noch beklagt wurde.

Abbildung 32: Ortskerngestaltung in Meerhof – Abriss ermöglicht Neugestaltung



Fotos: Peter (2009 und 2014).

In Dingden werden von der Stadt Hamminkeln bei Planungen im Ortskern die Ergebnisse der Architekturwerkstatt berücksichtigt und es wird von den lokalen Akteuren wahrgenommen, dass die Dingdener vor allen Dingen auch im Ortskern bewusster ihre Häuserfassaden renovierten (Interview NRW, 2014). Die Architekturwerkstatt hatte also einen nachhaltigen Effekt.

Die lokalen Akteure vor Ort zeigen Eigeninitiative beim Umgang mit dem demografischen Wandel und der damit verbundenen Schließung von Einrichtungen der Nahversorgung wie Bäckereien. In Helden beispielsweise findet jeden Sonntag ein selbstorganisierter Brötchenverkauf statt, für den jede Woche ein anderer Verein im Ort verantwortlich ist. Der Erlös des Verkaufs ging zur Hälfte an den jeweiligen Verein und die andere Hälfte geht an den Jugendtreff, der aktuell renoviert wurde. Die Notwendigkeit von Zusammenarbeit/Zusammenschlüssen erfuhren die Akteure vor Ort in verschiedenen Bereichen. Die Kirchen gehen mit Zusammenlegungen von Gemeinden voran. Auch im sportlichen Vereinswesen sind Zusammenlegungen üblich. Aufgrund der demografischen Entwicklungen im Stadtgebiet wurde beispielsweise im Untersuchungsdorf Meerhof der neu gestaltete örtliche Sportplatz als Spiel- und Trainingsmöglichkeit für die umliegenden Ortschaften des Stadtbezirks geöffnet.

Das Verständnis der lokalen Akteure für die Initiativen der Stadt zur Vermeidung von Flächeninanspruchnahme durch eingeschränkte Baugebietsausweisung (Innen- vor Außenentwicklung), wie auch im Rahmen der DE-Förderung angestrebt, war nicht immer gegeben, besonders dann wenn die Nachbargemeinden Neubaugebiete ausgewiesen haben. Es wurde kritisch angemerkt, dass bei der Bebauung von Baulücken im Ortskern „*die Luft aus dem Ortskern weggeht*“, gerade dann, wenn innerörtliche Grünflächen und Gärten bebaut werden (Interview NRW, 2014).

7.2.3.2.2 Politische Partizipation und soziale Beziehungen

Mit der politischen Partizipation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen an der ländlichen Entwicklung werden vor dem Hintergrund sich ändernder Rahmenbedingungen (demografischer Wandel, kommunale Finanznot, Engpässe der Daseinsvorsorge) neue Handlungsansätze für Lebensqualität verbunden. Beteiligung kann für die Gestaltung der Anpassungsstrategie an diese Veränderungen ein bedeutender Faktor sein. In der Maßnahme 322 war Partizipation/Beteiligung ein wichtiger Aspekt in der Ausgestaltung. In diesem Kontext wurde der Frage nach der Art und Weise und dem Umfang der Beteiligung und auch Zusammenarbeit auf der Dorfebene nachgegangen. Wie findet Beteiligung statt? Wo trifft sie auf Hemmnisse und was wirkt begünstigend? Der Aspekt „Soziale Beziehungen“ bezieht die Bereiche Vereinsleben, gemeinschaftliche Aktivitäten, soziale Einrichtungen u. a. ein. Welchen Einfluss hat die DE/ILE-Förderung auf das soziale Leben und die sozialen Beziehungen im Dorf? Welche Rolle spielt der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“?

Die DE-Förderung in NRW unterschied sich in ihrer Ausgestaltung stark von den übrigen Bundesländern der 7-Länder-Evaluierung. So waren die Beteiligungsprozesse weniger stark ausgeprägt und formalisiert als beispielsweise in Hessen oder Niedersachsen. Dennoch wurde in NRW durch die (Aussicht auf) Förderung eine eigene Dynamik von Zusammenarbeit (zwischen den BürgerInnen, Ortsteilen oder Gemeinden) angestoßen.

In allen Untersuchungsdörfern kam es in unterschiedlicher Form zur Bevölkerungsbeteiligung, wobei in Teilen auch ein direkter Zusammenhang zur ELER-Förderung festgestellt werden konnte. Die Beteiligung im Rahmen der (DE-)Konzepterstellung fand in zwei Orten statt (DE-Konzept „Kirchspiel Helden“ und LEADER-Projekt „Architekturwerkstatt Dingden“). Darüber hinaus kam es in allen Orten im Zuge der Projektumsetzung zur Beteiligung über Eigenleistung „am Bau“ („Zement“ der Dorfentwicklung) in Form von Arbeitseinsätzen bzw. Geld- und Sachspenden von Privaten und ortsansässigen Firmen. *„Samstag ist immer Arbeitseinsatz. Samstag ist immer Großkampftag. Und da sind dann manchmal so 20, 25 Leute dann da, je nachdem was anfällt.“* (Interview Meerhof, 2014). Nach Aussagen der GesprächspartnerInnen bewirkte die Beteiligung bei der Projektumsetzung eine hohe Akzeptanz und Identifikation mit dem Projekt.

In Meerhof war die Idee zum Umbau der alten Grundschule zum Bürgerhaus schon weit fortgeschritten, erst danach wurde es ein LEADER-Projekt. Anstoß für den tatsächlichen Umbau war die Ausschreibung eines Wettbewerbs der LEADER-Region Hochsauerland. Es bedurfte also einer Initialzündung wie beispielsweise ein Wettbewerb. In Vorbereitung der Projektidee war es bereits

zur Zusammenarbeit aller interessierten Gruppierungen/Vereinen gekommen, wenn auch nicht formell beschlossen. Dieses Zusammenspiel war zunächst bedarfsgesteuert und wurde im Rahmen der ELER-Förderung institutionalisiert, indem ein Förderverein gegründet wurde. Durch die Gründung des Fördervereins konnten u. a. freiwillige unentgeltliche Arbeitsleitungen zur Erbringung der Eigenleistungen, wie sie im Rahmen der LEADER-Förderung erforderlich sind, berücksichtigt werden. Außerdem war der Förderverein Ansprechpartner für die Gemeinde als offizieller Projektträger/Zuwendungsempfänger. Während der Bauphase hatte sich ein fast regelmäßiger Ablauf eingespielt, der die Akteursgruppen und die öffentliche Verwaltung zusammenbrachte – „der Planerkreis“. Wie in Meerhof hat sich in allen Dörfern bestätigt, dass es Antreiber/Kümmerer hinter den Projekten vor Ort brauchte – sei es ein Verein/Arbeitskreis, eine Gruppe von Aktiven oder die Gemeinde (vgl. Sauer, 2014). Dabei beeinflusste der „gute Draht“ zur Gemeinde die Projektrealisierung maßgeblich, zumal bei größeren Projekten die Gemeinde meistens als Zuwendungsempfänger fungierte.

Abbildung 33: Bürgerhaus – Beteiligung „am Bau“



Foto links: Peter (2014); Foto rechts: Kriener (2014)

Zwei Interviewpartner bezeichneten Pilotprojekte oder Konzepterstellung, die von außen an den Ort herangetragen werden und lediglich mit einem kurzen Aufenthalt von externen Beratern im Ort verbunden sind, mit den Worten *"Kommen, Doping-Spritze, weg"* oder anders *„Ja, man muss sagen, also es könnte um einiges besser laufen, um mit den Ergebnissen des Planes umzugehen. Es hat am Anfang Arbeitsgruppen gegeben, das war ein sehr guter Start für drei Bereiche. Aber es ist dann auch schnell wieder verkümmert, ich sag es mal so“* (Interviews NRW 2014). Die Nachhaltigkeit dieser Projekte wurde von den außerkommunalen Akteuren vor Ort infrage gestellt.

Die Interviews bestätigten, dass sich die lokalen Akteure wie z. B. Ortsvereine zur Zusammenarbeit bekennen und diese ausdrücklich positiv bewerten, dennoch betonen sie die Autarkie der eigenen Initiative (vgl. Sauer, 2014). *„Wir haben eine gute Vereinswelt und jeder hat auch den Kontakt zur Stadt, und wenn da was ansteht, dann stellt jeder Verein für sich erst mal einen Förderantrag.“* (Interview NRW, 2014).

Unabhängig von konkreten Projekten/Anlässen wurde die Zusammenarbeit zwischen den Dörfern eher kritisch gesehen: *„Aber diese verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Dörfern, die gibt es eigentlich nicht, finde ich. Da plant eigentlich jedes Dorf schon für sich“* (Interview NRW, 2014).

Im touristischen Bereich z. B. in Form von Verkehrsvereinen arbeiten die Gemeinden wie in Dahlem seit jeher zusammen. Zusammenarbeit ist dementsprechend kein Selbstzweck sondern zielgerichtet. *„Der Gast, der sieht keine Kreis- und Gemeinde- und keine anderen Grenzen, sondern der fährt in eine Destination, wie die Touristiker heute sagen.“* (Interview Dahlem, 2014).

Die Bekanntheit von LEADER war in den Untersuchungsdörfern sehr unterschiedlich. Sie reichte von „ich kenne dieses Programm also nicht sehr gut“ bis hin zu „vom LAG-Vorsitzenden bekommen wir volle Unterstützung“. Die Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement war nicht immer gegeben. Im Vergleich zum Erstbesuch in den Untersuchungsdörfern im Jahr 2009 war die Bekanntheit bzw. Zusammenarbeit deutlich ausgeprägter. Lobend hervorgehoben wurde oft, wie beim Erstbesuch auch, die Unterstützung durch die Bewilligungsstelle in den Bezirksregierungen.

Helden hat als einziges der vier Untersuchungsdörfer im Jahr 2014 am Kreiswettbewerb **„Unser Dorf hat Zukunft“** teilgenommen. Dingden ist mit mehr als 5.000 Einwohnern zu groß, um am Dorfwettbewerb teilzunehmen, und in Dahlem fehlte die Initiative aus der Dorfbevölkerung. In Helden wurde die Wettbewerbsteilnahme von der vereinsübergreifenden bzw. vereinsunabhängigen Dorfgruppe dem Arbeitskreis „Unser Dorf“ initiiert. Früher hieß der Arbeitskreis in Helden „Unser Dorf hat Zukunft“. Da sich aber nach eigenen Aussagen der Arbeitskreis mehr als nur um den Dorfwettbewerb kümmert, hat sich der Arbeitskreis in „Unser Dorf“ umbenannt. Demnach ist der Arbeitskreis aus der Teilnahme am Dorfwettbewerb und indirekt aus der Erstellung des DE-Konzeptes Kirchspiel Helden (2010) hervorgegangen: *„Also, wenn man so will, ist aus dem Dorfentwicklungsplan vielleicht dieser Arbeitskreis Dorf entstanden, das könnte man schon sagen, vielleicht auf kleinen Umwegen, aber den gibt es jetzt. ... Wäre vielleicht auch so passiert, aber man hat vielleicht da die Notwendigkeit eher“* (Interview NRW, 2014).

Die Wettbewerbsteilnahme war ein Beispiel für Bereitschaft der Dorfbevölkerung sich projektbezogen zu beteiligen: *„ ... da haben sich dann auch Leute bereitgefunden und sagen, an so einem Projekt würden wir mitarbeiten und dann für eine Zeitlang vielleicht auch eine Gruppe von Leuten bindet und die dann sagen, aber wir wollen nicht regelmäßig, sondern wir machen eine Zeitlang mit“* (Interview NRW, 2014). Während die Akteure vor Ort dem Dorfwettbewerb für das Engagement der Dorfbevölkerung und dem Zusammenhalt innerhalb des Dorfes einen positiven Beitrag zusprechen, wird der Wettbewerb in Bezug auf die ortsübergreifende Zusammenarbeit durchaus kritisch gesehen: *„Bei der Kirche arbeitet man zusammen, mit den Sportvereinen auch ... in diesem Dorfwettbewerb kann man sagen, da ist man letztlich Kontrahent“* (Interview 2014, NRW). Ein Zusammenhang zwischen Wettbewerbsteilnahme und ELER-Förderung konnte bei den Untersuchungen vor Ort nicht festgestellt werden, da die Aktiven vor Ort nicht über das Spektrum der Fördermöglichkeiten aus dem NRW-Programm Ländlicher Raum informiert waren. *„Ja, aber Broschüre hin oder her, ich glaub, dann wäre es vielleicht wirklich auch mal ganz gut, man*

bekommt das so an konkreten Maßnahmen aufgezeigt, wie denn so eine Förderung ablaufen kann (Interview NRW, 2014).

Im Dorfentwicklungsprozess wurden auf der Dorfebene neue Beteiligungsformen ausprobiert. So haben z. B. zwei Dorfvereine in Eigeninitiative eine schriftliche Bürgerbefragung zur örtlichen Situation gestartet: *„Also diese Dorfbefragung, die wir gemacht haben, da ging's eigentlich mehr darum zu erfragen, wie fühlen sich die Leute hier, was finden sie gut, was finden sie nicht so gut“* (Interview NRW, 2014). Hieraus lässt sich ein direkter Bezug zur Dimension von Lebensqualität „Wohnstandortbedingungen“ herstellen.

7.3 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Schlussfolgerung

Die Förderung der Dorferneuerung und -entwicklung (Maßnahme 322) zeigt mit ihrer Ausrichtung auf Infrastrukturen im sozialen und technischen Bereich, auf Sanierungsarbeiten an ortsbildprägenden Gebäuden und die Erstellung von DE-Konzepten gute Ansätze zur Verbesserung der Lebensqualität in den Dimensionen ‚Wohnstandortbedingungen‘ und ‚politische Partizipation/soziale Beziehungen‘. Dabei trifft jedes Projekt auf eine ganz eigene Konstellation von Akteuren vor Ort, eine spezielle bauliche Situation, ein regionales Umfeld und regionale Entwicklungstrends. Dementsprechend unterschiedlich sind auch die Bedürfnisse und Projekte, die aus den Dörfern kommen.

Obgleich im NRW Programm Ländlicher Raum 2007 bis 2013 für die DE kein Ziel in Richtung Partizipation oder Verbesserung des sozialen Lebens im Dorf explizit formuliert war, waren diese Aspekte ein wichtiger Bewertungsinhalt. Zum einen handelt es sich um bedeutende Faktoren von Lebensqualität, die gerade mit Blick auf die sich verändernden Rahmenbedingungen (demografischer Wandel, kommunale Finanznot, Engpässe der Daseinsvorsorge) an Bedeutung gewinnen. Zum anderen wirkte die Maßnahme positiv in diese Richtung (vgl. HZB 2010).

Wie die Ergebnisse der schriftlichen ZWE-Befragungen und Dorfstudie zeigen konnten, kam es im Rahmen der DE-Förderung durchaus zu Beteiligung von BürgerInnen. Sie war aber ebenso wenig wie die Erstellung von DE-Konzepten als eine Fördervoraussetzung und Fördervorgabe programmiert. Wenn sich eine Gemeinde/ein Dorf dazu entschloss, ein Dorf- bzw. Dorffinnenentwicklungskonzept (DIEK) zu erstellen, waren die Bevölkerung und sonstige Akteure vor Ort in „geeigneter“ Weise zu beteiligen. Die Anerkennung der Art und Weise dieser Beteiligungsprozesse oblag den Bewilligungsbehörden. Im Förderzeitraum 2007 bis 2015 haben insgesamt 30 Gemeinden/Dörfer ein Dorf- bzw. Dorffinnenentwicklungskonzept (DIEK) erstellt (vgl. Kap. 7.6.2). Inwiefern sich nach Abschluss der Konzepterstellung aus der Beteiligung zukunftsfähige Strukturen in Form von neuen Bürgervereinen und Trägerschaften entwickelten und es zu einer Verstetigung der Prozesse kam, hing vom Engagement/dem Interesse der jeweiligen Akteure und der Ausgangslage vor Ort ab. Dabei waren die Zusammenhänge zwischen DE-Förderung und sonstigen

dörflichen Aktivitäten nicht unmittelbar offensichtlich bzw. den Akteuren vor Ort bewusst. Vielmehr handelte es sich um ein Wechselspiel. Es zeigte sich, dass für die Entwicklung von Beteiligung die Förderausgestaltung lediglich ein Faktor unter anderen, wie z. B. bestehendem Engagement, war. Unabhängig von der Konzepterstellung kam es besonders in der Bauphase von Dorfgemeinschaftseinrichtungen oder bei Projekten, die von Vereinen getragen wurden, zu einer „handfesten“ und zeitlich befristeten Beteiligung seitens der Bevölkerung - auch von Jugendlichen. Die Beteiligung führte zu einer verbesserten Anpassung der Projekte an die Bedürfnisse und Gegebenheiten vor Ort. Die umgesetzten Projekte wurden zu Identifikationspunkten für die Dörfer. Auch die Teilnahme am Dorfwettbewerb mobilisierte ehrenamtliches Engagement, besonders kurz vor und zum Zeitpunkt der Begehung durch die Bewertungskommission. Die Verbindung der Gemeinden/Dörfer zu LEADER war unterschiedlich stark ausgeprägt, allerdings konnte im Förderverlauf in der Dorfstudie eine deutlich stärkere Bekanntheit/Zusammenarbeit mit LEADER identifiziert werden. Die Förderung wirkte also auf Kurz- und Langfristaspekte hinsichtlich Engagement und Beteiligung (vgl. LR, BW und entera, 2015).

Empfehlungen an das Land

Mit der Verabschiedung der ILE-RL (2010) wurde im Rahmen der Dorferneuerung das Instrument des **Dorffinnenentwicklungskonzeptes (DIEK)** eingeführt. Im Unterschied zum bereits vorhandenen Instrumentarium des Dorferneuerungsplans konzentrierte sich das DIEK auf die Ortsmitte. Durch das DIEK erweiterte sich die Fördermöglichkeit von privaten DE-Maßnahmen, die im Einzugsgebiet dieses DIEKs im Bereich ländlicher Bausubstanz gefördert werden konnten. Die Weiterführung dieses Ansatzes ist gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels empfehlenswert, allerdings war im Förderzeitraum 2007 bis 2015 die Umsetzung mit insgesamt neun erstellten DIEKs überschaubar.

Der Fördergegenstand „**Beseitigung abgängiger Bausubstanz**“ hat sich in der praktischen Umsetzung nicht bewährt, denn leer stehende Immobilien befinden sich größtenteils in Privateigentum, zuwendungsberechtigt waren aber ausschließlich Gemeinden. Die Förderausgestaltung setzte dementsprechend nicht bei den tatsächlichen Bedürfnissen in den Dörfern an.

Die Teilmaßnahme **Umnutzung** hatte eine deutlich einkommens- und beschäftigungsbezogene Zielsetzung, die in der Umsetzung nicht erreicht werden konnte. Vielmehr standen der Erhalt und die sinnvolle Nutzung des Gebäudes im Vordergrund. Einkommen und Arbeitsplätze sollten daher nicht vordringliches Ziel der Förderung sein, sondern der Gebäudeerhalt und die „Belebung“ der Dörfer. Darüber hinaus betrifft Leerstand nicht nur land- und forstwirtschaftliche Bausubstanz. Auch außerhalb des land- und forstwirtschaftlichen Kontextes sollte die Umnutzungsförderung möglich sein; dafür ist die Anpassung der GAK notwendig.

Die Intensität, in der Dorfentwicklungsprojekte wirken, kann gesteigert werden, indem sie in räumlichem Zusammenhang gefördert werden. Die ILE-RL NRW (2008) hat diesen Ansatz mit der Vorgabe der **Ensemblebildung** aufgegriffen. Diese hat sich in der praktischen Umsetzung jedoch

nicht bewährt, da es eine Soll- und keine Muss-Bestimmung war, die vornehmlich bei Mittelknappheit gegriffen hätte. Die Bündelung über ein DE-Konzept ergibt mehr Sinn.

Sollte eine stärkere Verknüpfung zwischen dem **Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“** als Instrument der ländlichen Entwicklung und der ELER-Förderung seitens des Landes erwünscht sein, wäre beispielsweise eine Verankerung des Dorfwettbewerbs in den Vorgaben der ILE-Förderung denkbar (vgl. AFC Public Services GmbH, 2013). Neben der Umsetzung von integrierten regionalen Konzepten, wie beispielsweise LEADER, bzw. der Umsetzung von DE-Konzepten könnte die Teilnahme am Dorfwettbewerb als weitere „Förderkulisse“ die Förderung von DE-Projekten möglich machen. Zumindest könnte die Teilnahme am Dorfwettbewerb als ein Punkt in die Auswahlkriterien zur Erstellung der landesweiten Prioritätenliste mit förderfähigen/bewilligungsreifen Projekten aufgenommen werden. Aufgrund der Vorgaben zur Teilnehmerberechtigung am Dorfwettbewerb würde das lediglich Dörfer mit weniger als 3.000 Einwohnern betreffen.

Das Thema **Öffentlichkeitsarbeit** über die Fördermöglichkeiten des NRW-Programms Ländlicher Raum spielt eine wichtige Rolle. Die vom MKULNV im Jahr 2012 herausgegebene Broschüre zum Umgang mit den Herausforderungen und Entwicklungschancen für Dorfkerne und Ortsmitten konnte besonders den kommunalen VerwaltungsvertreterInnen Anregungen zum Handeln geben. Bei den Akteuren außerhalb der Verwaltung wie z. B. Vereins- oder Arbeitskreisvorsitzenden konnte ein Informationsdefizit hinsichtlich der Fördermöglichkeiten aus der Dorfentwicklung identifiziert werden - auch bei den TeilnehmerInnen am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Diese verwaltungsexternen Akteure werden besser über öffentliche Veranstaltungen im örtlichen Umfeld oder durch den direkten Kontakt zur Bewilligungsstelle erreicht. Das könnte auch das Zusammenspiel zwischen Dorfentwicklungsförderung und Dorfwettbewerb, wie es landesseitig angestrebt wird, intensivieren. Insgesamt übernimmt das Zentrum für Ländliche Entwicklung (ZELLE) im MKUNLV mit seinen Veranstaltungen eine bedeutende Rolle im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, bei der Verbreitung guter Beispiele sowie als Ort zum Erfahrungsaustausch von lokalen Akteuren im ländlichen Raum.

Im Zuge der Neu-Ausrichtung der Förderung **von der Dorfebene auf eine kommunale Umsetzung** in Form von Integrierten kommunalen Entwicklungskonzepten (IKEK) ist von weitaus komplexeren Strukturen für die Beteiligung auszugehen als in vorangegangenen Förderperioden, denn sämtliche Ortsteile der Gemeinden müssen bei der Konzepterstellung „mitgenommen“ werden. Wenn in der Erstellungsphase eine intensive Beteiligung von Verwaltung, OrtsbürgermeisterIn, Akteuren vor Ort sowie Bevölkerung gewünscht ist, sollte die Richtlinie mit entsprechenden Förder Voraussetzungen und -möglichkeiten ausgestaltet sein – vergleichbar mit Hessen und Niedersachsen. So können wichtige Elemente der Beteiligung in jedem Verfahren sichergestellt werden. Gleiches gilt für gewünschte Beteiligungsverfahren in der Umsetzungsphase. Grundsätzlich sind die Gemeinden die zentralen Akteure – hier muss Beteiligung gewollt sein, und nicht nur als Mittel zum Zweck der Fördergeldeinwerbung verstanden werden. Hier sollte mit Veranstaltungen, guten Beispielen u. ä. Überzeugungsarbeit angesetzt werden.

Literaturverzeichnis

- ILE-RL NRW (2013): Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung einer integrierten ländlichen Entwicklung; RdErl. d. Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz - II-B 2 0228.22901 - v. 14.10.2013. Ministerialblatt (MBL.NRW.), Ausgabe 2013 Nr. 30 vom 5.12.2013, Seite 519 bis 530.
https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_bestand_liste?anw_nr=7&l_id=10517&sg=0&val=10517&ver=1&menu=1. Zitiert am 19.12.2014.
- ILE-RL NRW, 2016: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung einer integrierten ländlichen Entwicklung, Runderlass des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – IIB2.0228.22901.02 vom 27. Januar 2016. Ministerialblatt (MBL.NRW), Ausgabe 2016 Nr. 6 vom 9.3.2016, Seite 127 bis 144.
https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_detail_text?print=1&anw_nr=7&val=15527&ver=8&v_id=15527&keyword=. Zitiert am 17.3.2016.
- AFC Public Services GmbH (2013): Evaluation des Bundeswettbewerbs "Unser Dorf hat Zukunft", Endbericht. Bonn. Zitiert am 25.11.14 A.D.
- BBSR, Bundesinstitut für Bau Stadt und Raumforschung (2012): Raumordnungsbericht 2011. Bonn.
- BBSR, Bundesinstitut für Bau Stadt und Raumforschung (2013): Wachsen und Schrumpfen von Städten und Gemeinden 2008 bis 2013 im bundesweiten Vergleich, Stand 31.12.2013. Internetseite www.bbsr.bund.de:
http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raubeobachtung/Raumabgrenzungen/Wachs_Schrumpfung/Downloadangebote.html. Zitiert am 27.4.2016.
- BMEL, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2014): 25. Bundeswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft", Leitfaden. Berlin. Internetseite www.bmel.de: Zitiert am 25.11.14 A.D.
- BMVI, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2014): Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge. MORO-Informationen, H. 10/4. Berlin. Internetseite www.bmvi.de: Zitiert am 11.2.2014.
- Burgdorf, M., Krischausky, G. und Müller-Kleißler, R. (2015): Indikatoren zur Nahversorgung. BBSR-Analysen KOMPAKT, H. 10/2015. Bonn. www.bbsr.bund.de. Zitiert am 21.4.16 A.D.
- Dettmann, R. (2011): Kommunen als wichtige Träger ländlicher Entwicklung - die Potenziale nutzen. In: BLG, Bund der gemeinnützigen Landgesellschaften (Hrsg.): Perspektiven für die Orts- und Regionalentwicklung. Landentwicklung aktuell, H. 17. S. 24-26.
- Eberhardt, Winfried, Pollermann, Kim und Küpper, Patrick (2014): Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Impulse für die Praxis. Bonn.
- Einig, K. (2008): Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat. In: BBR, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Infrastruktur und Daseinsvorsorge in der Fläche. Informationen zur Raumentwicklung, H. 1/2. S. 17-40. Internetseite Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung:
http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/lzR/2008/1_2/Inhalt/DL_einig.pdf?__blob=publicationFile&v=2. Zitiert am 02.02.15 A.D.
- ENRD, European Network for Rural Development (2014): Guidelines for the ex post evaluation of 2007-2013 RDPs. Zitiert am 25.3.2015.

- IT.NRW, Information und Technik Nordrhein-Westfalen Geschäftsbereich Statistik (2016): Landesdatenbank NRW - Bevölkerungszahlen. Internetseite
www.landesdatenbank.nrw.de:
<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldb NRW/online/online>.
- IT.NRW, Information und Technik Nordrhein-Westfalen Geschäftsbereich Statistik (2010): Landesdatenbank NRW. Internetseite
www.landesdatenbank.nrw.de:
<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldb NRW/online/online>. Zitiert am 1.10.2009.
- IT.NRW, Information und Technik Nordrhein-Westfalen Geschäftsbereich Statistik (2015): Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung 2014 bis 2040/2060.
https://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2015/pres_101_15.html.
Zitiert am 3.5.2016.
- Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2005): Den demografischen Wandel in Nordrhein-Westfalen gestalten - Arbeitsergebnis der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Demographischer Wandel“. Internetseite www.land.nrw.de:
http://www.wernerschell.de/Medizin-Infos/Pflege/demographischer_wandel_langfassung.pdf.
Zitiert am 27.4.2016.
- LGMV, Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH und LGSA, Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (2010): Abschlussbericht zum Aufbau Ost-Projekt "Maßnahmen von Bund und neuen Ländern für eine abgestimmte Politik in ländlichen Regionen unter dem Aspekt des demografischen Wandels" - Demografiestudie. Schwerin. Internetseite Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften: www.blg-berlin.de. Zitiert am 23.8.2011.
- LR, Thünen-Institut für Ländliche Räume, BW, Thünen-Institut für Betriebswirtschaft und entera, Ingenieurgesellschaft für Planung und Informationstechnologie (2015): Bericht 2015 zur laufenden Bewertung des NRW-Programms Ländlicher Raum 2007 bis 2013 im Rahmen der 7-Länder-Bewertung. Internetseite Thünen-Institut für Ländliche Räume:
http://www.eler-evaluierung.de/fileadmin/eler/Publikationen_de/Projektberichte_de/2015/Bewertungsbericht_2015_Nordrhein-Westfalen.pdf. Zitiert am 23.3.2016.
- LR, Thünen-Institut für Ländliche Räume, BW, Thünen-Institut für Betriebswirtschaft und entera, Ingenieurgesellschaft für Planung und Informationstechnologie (2014): Bericht 2014 zur laufenden Bewertung des NRW-Programms Ländlicher Raum 2007 bis 2013 im Rahmen der 7-Länder-Bewertung. Internetseite Thünen-Institut für Ländliche Räume:
http://www.eler-evaluierung.de/fileadmin/eler/Publikationen_de/Projektberichte_de/2014/Bewertungsbericht_2014_Nordrhein-Westfalen.pdf. Zitiert am 23.3.2016.
- LWK NRW, Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (2016): Projektdaten zur Förderung der Dorfentwicklung im Rahmen des NRW-Programms Ländlicher Raum 2007 bis 2013, Förderzeitraum 2007 bis 2015.
- MIK, Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (2014): Haushaltsstatus der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, Stand 31.12.2013.
http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Dokumente/Themen_und_Aufgaben/Kommunales/kommunale_finanzen/140221tabellehaushaltsstatus.pdf. Zitiert am 1.4.2014.

- MIK, Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (2015): Haushaltsstatus der Gemeinden in NRW. Internetseite www.mik.nrw.de: <http://www.mik.nrw.de/themen-aufgaben/kommunales/kommunale-finanzen/kommunale-haushalte/daten-berichte/haushaltsstatus.html>. Zitiert am 12.5.2016.
- MKULNV, Ministerium für Klimaschutz Umwelt Landwirtschaft Natur und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (2013a): Ausschreibung des Landeswettbewerbs 2014/2015 "Unser Dorf hat Zukunft" vom 22.10.2013. Zitiert am 25.5.2016a.
- MKULNV, Ministerium für Klimaschutz Umwelt Landwirtschaft Natur und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (2013b): Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung einer integrierten ländlichen Entwicklung RdErl. d. Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – II-B 2 0228.22901- vom 14.10.2013. Zitiert am 19.12.2014b.
- MKULNV, Ministerium für Klimaschutz Umwelt Landwirtschaft Natur und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (2016b): Output-Indikatoren Jahresbericht 2015 NRW-Programm Ländlicher Raum.
- MKULNV, Ministerium für Klimaschutz Umwelt Landwirtschaft Natur und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (2016a): OA Jahresbericht 2015 NRW-Programm Ländlicher Raum.
- Mühlenkamp, H. (1997): Notwendigkeit und Alternativen der öffentlichen Tourismusförderung. *Tourismus Journal* 1, H. 2, S. 239-268 .
<http://192.124.238.252/muehlenkamp/Publikationen/Tourismusf%C3%B6rderung%20Teil%201%20%28TJ%201997%29.pdf>. Zitiert am 29.1.2014.
- MUNLV, Ministerium für Umwelt und Naturschutz Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (2009): NRW-Programm Ländlicher Raum 2007 - 2013. Plan des Landes Nordrhein-Westfalen zur Entwicklung des Ländlichen Raums gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (5. Fassung vom 20.11.2009). Düsseldorf.
- Neumann, C. (2005): Deutschland-Tourismus und seine Entwicklung. In: Becker, C. (Hrsg.): *Trierer Tourismus Bibliographien*, H. 15. S. 129ff.
- NRW SPD und Bündnis 90/Die Grünen NRW (2012): Koalitionsvertrag 2012-2017 Verantwortung für ein starkes NRW - Miteinander die Zukunft gestalten. Internetseite NRW SPD: <http://www.nrwspd.de/meldungen/1/116611/Koalitionsvertrag-2012-2017.html>. Zitiert am 15.6.2012.
- Peter, H. (2010): Dorfstudie in Nordrhein-Westfalen - Halbzeitbewertung des NRW-Programms Ländlicher Raum 2007 - 2013 (Teil II, Kapitel 15, Anhang 5). Braunschweig.
- Peter, H. und Schnaut, G. (2012): Befragung der Zuwendungsempfänger von Projekten der investiven (Teil-) Maßnahmen der integrierten ländlichen Entwicklung innerhalb und außerhalb von LEADER- und ILE-Regionen in Nordrhein-Westfalen.
- Peter, H. und Schnaut, G. (2010): Kapitel 15 - Integrierte ländliche Entwicklung und LEADER (ELER-Codes 313, 321, 322 sowie 41, 421 und 431). In: vTI (Hrsg.): *Halbzeitbewertung des NRW-Programms Ländlicher Raum 2007-2013*. Braunschweig.
- Sauer, C. (2014): Die Bedeutung der LEADER-Förderung für die Regionalentwicklung ländlicher Räume. Eine geographische Untersuchung am Beispiel von Nordrhein-Westfalen. Diplom (Universität Köln). Internetseite <http://www.geographie.uni-koeln.de>:

- Schürt, A. (2015): Entwicklung der Wohnungsmärkte bei regionalen Schrumpfungsprozessen. In: BBSR, Bundesinstitut für Bau Stadt und Raumforschung (Hrsg.): Perspektiven der Regionalentwicklung in Schrumpfungsregionen, DGD/BBSR-Dezembertagung 2014. BBSR-Online-Publikation Nr.18/2015, S. 4-14.
http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2015/DL_ON182015.pdf. Zitiert am 04.04.2016.
- Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen e.V. (2015): Demografie-Konzepte der Kommunen in NRW – Qualitative Bestandsaufnahme und Beispiele „guter Praxis“.
https://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/Studien/Demografiekonzept_e_Kommunen_NRW.html. Zitiert am 27.4.2016.
- Steinführer, A. (2015): Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge. Raumforschung und Raumordnung 2015, H. 73, S. 5-16. Internetseite Springer Verlag:
<http://link.springer.com/article/10.1007%2Fs13147-014-0318-3#page-1>.
 Zitiert am 24.2.2015.
- Steinführer, A., Küpper, P. und Tautz, A. (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden - Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. Landbauforschung, H. 367. Braunschweig. Internetseite www.ti.bund.de:
- Stiglitz, J. E., Sen, A. und Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the commission on the measurement of economic performance and social progress. Paris. <http://www.stiglitzsen-fitoussi.fr/en/index.htm>.
- Thünen-Institut für Ländliche Räume, Thünen-Institut für Betriebswirtschaft, Thünen-Institut für Forstökonomie und entera (2013): Bericht 2013 zur laufenden Bewertung des NRW-Programms Ländlicher Raum 2007 - 2013 im Rahmen der 7-Länder-Bewertung. Internetseite 7-Länder-Evaluierung:
http://www.eler-evaluierung.de/fileadmin/eler/Publikationen_de/Projektberichte_de/2013/Bewertungsbericht_2013_Nordrhein-Westfalen.pdf. Zitiert am 25.4.2014.
- Tourismus NRW e.V. (2015a): Fortschreibung des Masterplans Tourismus Nordrhein-Westfalen. Internetseite Tourismus NRW e.V.:
<http://www.touristiker-nrw.de/wp-content/uploads/2014/04/Fortschreibung-Masterplan-Tourismus-Nordrhein-Westfalen-20151.pdf>. Zitiert am 11.4.2016a.
- Tourismus NRW e.V. (2015b): Wirtschaftsfaktor Tourismus in NRW - Die ökonomische Bedeutung der Tourismuswirtschaft in Nordrhein-Westfalen.
<http://www.touristiker-nrw.de/wp-content/uploads/2015/11/Wirtschaftsfaktor-Tourismus-in-NRW-Kurzfassung-web.pdf>. Zitiert am 12.4.16 A.D.b.
- Tourismus NRW e.V. (2009): Masterplan Tourismus Nordrhein-Westfalen. Internetseite Tourismus NRW e.V.: <http://www.touristiker-nrw.de/wp-content/uploads/2014/04/MASTERPLAN-Tourismus-Nordrhein-Westfalen-2009.pdf>. Zitiert am 15.4.2010.
- Universität Siegen (2010): Dorfentwicklungsplan für das "Kirchspiel" Helden unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels. Internetseite Stadt Attendorn:
http://www.attendorn.de/news/DEP_Kirchspiel_Helden_2010.pdf. Zitiert am 3.6.2010.
- Zapf, W. (1984): Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: Glatzer, W. und Zapf, W. (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt / New York. S. 13-27.

Anhang

Fragebogen zu Maßnahme 322_2012



NRW-Programm Ländlicher Raum 2007 – 2013

Befragung von Projektträgern der Maßnahme Dorferneuerung und -entwicklung

Eine Untersuchung im Auftrag des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Durchführende Einrichtung:

Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI), Institut für Ländliche Räume
Bundesallee 50
38116 Braunschweig



Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung:

Heike Peter

Tel: 0531/596-5185

E-Mail: heike.peter@vti.bund.de

Montag bis Donnerstag von 8:00 bis 13:00

«lfd_Nr»

Hintergrund der Befragung

Das Institut für Ländliche Räume des vTI wurde vom Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz mit der Bewertung des NRW-Programms Ländlicher Raum 2007 – 2013 beauftragt. Ziel der Bewertung ist es, den Nutzen der Förderung für die ländlichen Regionen in Nordrhein-Westfalen einzuschätzen und darauf aufbauend Verbesserungsansätze zur zukünftigen Förderung abzuleiten.

Das Projekt

In diesem Fragebogen geht es um folgendes Projekt: «mass1»
im Ortsteil «dorf».

Dieses Projekt liegt in der LEADER-Region «RegionsName». Für diese Region wurde ein Gebietsbezogenes Integriertes Entwicklungskonzept (GIEK) erarbeitet, in dem Ziele und Handlungsansätze zur Entwicklung der Region dargestellt werden. Die Umsetzung des Entwicklungskonzepts wird von einer Lokalen Aktionsgruppe (LAG) begleitet und gesteuert, die sich aus Vertretern von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und den Kommunen der Region zusammensetzt. Unterstützt wird die LAG dabei in der Regel von einem Regionalmanagement («RM») und/oder einer Geschäftsstelle.

Projektträger

Für dieses Projekt wurde uns als Projektträger genannt: «institution».

Da Sie als Projektträger die praktische Umsetzung des Projekts miterlebt haben, ist Ihre Erfahrung von großer Bedeutung. Wir bitten Sie an der Befragung teilzunehmen und den Fragebogen auszufüllen. Sie sind der Experte für Ihr Projekt, deswegen gibt es auch keine richtigen oder falschen Antworten. Falls bei der Entwicklung oder Umsetzung des Projekts auch andere Personen maßgeblich beteiligt waren, möchten wir Sie bitten, diese ggf. bei der Beantwortung der Fragen hinzuzuziehen. Dies liegt ganz in Ihrem Ermessen.

Datenschutz

Die Datenhaltung und -auswertung unterliegt der Überwachung durch den Landesdatenschutzbeauftragten und erfolgt selbstverständlich anonymisiert, d. h. ein Rückschluss auf einzelne Personen und/oder Projekte ist nicht möglich.

Rücksendung

Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen im beigelegten portofreien Rückumschlag bis zum 30.09.2012 zurück an:

Thünen-Institut (vTI), Institut für Ländliche Räume, z. H. Frau Heike Peter
Bundesallee 50, 38116 Braunschweig

Weitere Informationen zur Evaluierung finden Sie unter: www.ELER-Evaluierung.de

Projekthalt

1 Was war der Inhalt des geförderten Projekts?

(Mehrfachnennungen möglich)

Gestalterische Arbeiten an Straßen, Wegen, Plätzen, etc. *(Bitte weiter mit Frage 4)*

Ankauf von Flächen und Gebäuden *(Bitte weiter mit Frage 4)*

Erstellung eines Dorfentwicklungsplans/-konzeptes *(Bitte weiter mit Frage 4)*

Baumaßnahmen an oder in Gebäuden:

Abriss *(Bitte weiter mit Frage 3)*

Umbau/Sanierung

Anderes und zwar: _____

2 Wie wurde das Objekt in den letzten 12 Monaten vor der Förderung genutzt?

Genauso wie heute *(Bitte weiter mit Frage 4)*

Ähnlich wie heute *(Bitte weiter mit Frage 4)*

Völlig anders als heute *(Bitte weiter mit Frage 4)*

Das Objekt stand leer und wurde nicht genutzt

3 Wie lange stand das Objekt vor der jetzigen Nutzung leer?

_____ Monate

4 Auf welchen (Teil)Raum der Region bezieht sich das Projekt?

(Nur eine Angabe möglich, bitte setzen Sie ein Kreuz bei dem größten zutreffenden (Teil)Raum)

Auf das Dorf/den Ortsteil (in dem das Projekt umgesetzt wurde)

Über das Dorf/den Ortsteil hinaus, aber innerhalb der Gemeinde

Über die Gemeinde hinaus, aber innerhalb des Landkreises

Über den Landkreis hinaus

Kann ich nicht einschätzen

Projektentstehung

5 Wenn Sie an die Entstehung des Projektes zurückdenken, welche Aspekte spielten bei der Ideenentwicklung als Initialzündung eine entscheidende Rolle?

(Mehrfachnennungen möglich)

- Eigene Idee bzw. Handlungsbedarf des Projektträgers bzw. des federführenden Akteurs
- Gemeinsame Entwicklung in einer Gruppe von Interessierten (z. B. Arbeitskreis, Treffen der Dorfgemeinschaft)
- Anregungen durch ähnliche Beispiele im näheren Umkreis (bis ca. 25 km) (z. B. Verbände/Vereine, Nachbarschaft)
- Anregungen durch ähnliche Beispiele von außerhalb (über ca. 25 km) (z. B. Exkursionen, Medien, überregionaler Verband)
- Information über bestehende Fördermöglichkeit
- Weiß ich nicht

Sonstiges, und zwar: _____

6 Wodurch bzw. von wem haben Sie erfahren, dass Sie Förderung für das Projekt beantragen können?

(Mehrfachnennungen möglich)

- Durch eigene frühere Projekte, die gefördert wurden
- Durch ähnliche Projekte von Anderen, die gefördert wurden
- Landesministerien
- Bezirksregierung
- Kreisverwaltung
- Gemeindeverwaltung, Bürgermeister/in
- Aktivitäten der LEADER-Region oder des Regionalmanagements

Sonstiges, und zwar: _____

7 Wer hat die folgenden Funktionen im geförderten Projekt wahrgenommen?

➤ **Formale Antragstellung**

(Keine Mehrfachnennung):

Ich, bzw. meine Einrichtung/Organisation

Ein Anderer, bzw. eine andere Einrichtung/Organisation

und zwar: _____

➤ **Federführende Umsetzung und ggf. laufender Betrieb**

(Mehrfachnennungen möglich):

Ich, bzw. meine Einrichtung/Organisation

Ein Anderer, bzw. eine andere Einrichtung/Organisation

und zwar _____

Zusammenarbeit im Projekt

8 Haben Sie bei der Entwicklung oder Umsetzung des geförderten Projekts mit anderen Akteuren inhaltlich zusammen gearbeitet?

Zur „*inhaltlichen Zusammenarbeit*“ gehören **nicht:**

- *Auftragsvergaben zur reinen Ausführung (z. B. Bauausführung, Druckaufträge),*
- *Erörterungen rechtlicher Grundlagen (z. B. baurechtliche Klärungen),*
- *rein formelle Kontakte z. B. mit der Bewilligungsstelle, dem Regionalmanagement.*

Nein, es gab keine inhaltliche Zusammenarbeit *(Bitte weiter mit Frage 11)*

Ja, es gab eine inhaltliche Zusammenarbeit

9 Mit welchen Akteuren haben Sie erstmalig bei diesem Projekt zusammengearbeitet?
(Mehrfachnennungen möglich)

- **Mit Akteuren öffentlicher Einrichtungen** (Kommunen, Behörden etc.) mit ...
 - a) gleichem¹⁴ thematischen Hintergrund wie ich bzw. meine Organisation
 - b) anderem¹⁵ thematischen Hintergrund als ich bzw. meine Organisation
- **Mit privaten Akteuren** (Vereine, Privatpersonen, Unternehmen etc.) mit ...
 - a) gleichem¹ thematischen Hintergrund wie ich bzw. meine Organisation
 - b) anderem² thematischen Hintergrund als ich bzw. meine Organisation
- Es gab **keine** erstmalige Zusammenarbeit

Bitte erläutern Sie kurz besonders positive oder negative Aspekte der Zusammenarbeit!

10 Mit welchen Akteuren, mit denen Sie bereits vorher zusammengearbeitet haben, haben Sie bei diesem Projekt wieder zusammengearbeitet?
(Mehrfachnennungen möglich)

- **Mit Akteuren öffentlicher Einrichtungen** (Kommunen, Behörden etc.) mit ...
 - a) gleichem¹ thematischen Hintergrund wie ich bzw. meine Organisation
 - b) anderem² thematischen Hintergrund als ich bzw. meine Organisation
- **Mit privaten Akteuren** (Vereine, Privatpersonen, Unternehmen etc.) mit...
 - c) gleichem¹ thematischen Hintergrund wie ich bzw. meine Organisation
 - d) anderem² thematischen Hintergrund als ich bzw. meine Organisation
- Es gab keine Zusammenarbeit mit „bewährten“ Akteuren

Bitte erläutern Sie kurz besonders positive oder negative Aspekte der Zusammenarbeit!

¹⁴ z. B. Naturschutzverein arbeitet mit Unterer Naturschutzbehörde zusammen.

¹⁵ z. B. Fremdenverkehrsamt arbeitet mit Landfrauen zusammen.

11 Gab es Unterstützung für das geförderte Projekt in Form von Sachspenden oder ehrenamtlicher Mitarbeit?

Nein (Bitte weiter mit Frage 12)

Ja

Bitte kreuzen Sie in der folgenden Übersicht alles Zutreffende an (Mehrfachnennungen möglich).

Unterstützung von ↓	Ehrenamtliche Mitarbeit	Sachspenden
Ortsansässigen Gruppen (z. B. Vereine, Kirche)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Privatpersonen/BürgerInnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unternehmen/Firmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommune/öffentliche Einrichtungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anderen, und zwar: _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Förderverfahren

12 Wie war der zeitliche Ablauf des Projektes?

Bitte geben Sie das Datum so genau wie möglich an (im Format Tag/Monat/Jahr eintragen, z. B. 25/05/2010).

Antragstellung bei Bewilligungsbehörde: ___ / ___ / ___ Weiß ich nicht

Bewilligung durch Bewilligungsbehörde: ___ / ___ / ___ Weiß ich nicht
(Zuwendungsbescheid)

Einreichen des letzten Auszahlungsantrags: ___ / ___ / ___ Weiß ich nicht

Letzter Auszahlungsbescheid: ___ / ___ / ___ Weiß ich nicht

13 Wie zufrieden oder unzufrieden waren Sie mit den folgenden Gesichtspunkten des Förderverfahrens? (Bitte machen Sie in jeder Zeile ein Kreuz.)

	Sehr zufrieden		Sehr unzufrieden		Kann ich nicht einschätzen
In der zuständigen Bezirksregierung					
Kundenorientierung der Bezirksregierung	<input type="checkbox"/>				
Fachliche Kompetenz der Sachbearbeitung in der Bezirksregierung	<input type="checkbox"/>				
Unterlagen der Bezirksregierung					
Verständlichkeit der Antragsunterlagen	<input type="checkbox"/>				
Angemessenheit des Umfangs der Antragsunterlagen	<input type="checkbox"/>				
Nachvollziehbarkeit der Bestimmungen im Zuwendungsbescheid	<input type="checkbox"/>				
Anforderungen an den Verwendungsnachweis	<input type="checkbox"/>				
Dauer des Förderverfahrens					
Dauer vom Antrag bis zur Bewilligung durch die Bezirksregierung	<input type="checkbox"/>				
Dauer vom Auszahlungsantrag bis zur Auszahlung der Fördermittel	<input type="checkbox"/>				

14 Wie zufrieden oder unzufrieden waren Sie insgesamt mit dem Förderverfahren für das geförderte Projekt?

Sehr zufrieden	Sehr unzufrieden	Kann ich nicht einschätzen
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15 Wenn Sie das Förderverfahren insgesamt beurteilen, welche Gesichtspunkte würden Sie herausstellen?

Besonders positiv war: _____

Besonders negativ war: _____

16 Haben Sie Verbesserungsvorschläge zum Förderverfahren? Wenn ja, welche?

17 Bitte versetzen Sie sich gedanklich an den Zeitpunkt der Antragsstellung zurück: Wie hätten Sie das Projekt ohne die Förderung durchgeführt?

- Das Projekt wäre zum gleichen Zeitpunkt und mit gleicher Investitionssumme durchgeführt worden
- Das Projekt wäre nicht durchgeführt worden
- Das Projekt wäre mit Veränderungen durchgeführt worden, **und zwar mit folgenden Veränderungen (Mehrfachnennungen möglich):**

Zeitliche Aspekte:

- Später
- Schrittweise
- Früher

Finanzielle Aspekte:

- Investitionssumme kleiner
- Investitionssumme größer

Andere Aspekte: _____

Umsetzung integrierter regionaler Entwicklungskonzepte

Ihre Gemeinde gehört zu einer **LEADER-Region**. Für diese Region wurde ein **Gebietsbezogenes integriertes ländliches Entwicklungskonzept (GIEK)** erarbeitet, in dem Ziele und Handlungsansätze für die Entwicklung der Region dargestellt werden. Im weiteren Fragebogen wird hierfür der Begriff Entwicklungskonzept verwendet.

Die Umsetzung des Entwicklungskonzepts wird von einer **Lokalen Aktionsgruppe (LAG)** begleitet und gesteuert, die sich aus Vertretern von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Kommunen der Region zusammensetzt. Unterstützt wird die LAG dabei in der Regel von einem **Regionalmanagement** und/oder einer **Geschäftsstelle**.

18 Kennen Sie das Regionalmanagement bzw. die Geschäftsstelle Ihrer LEADER-Region? (Keine Mehrfachnennungen)

- Nein
- Ja, davon habe ich gehört.
- Ja, ich hatte schon direkten Kontakt mit dem Regionalmanagement/der Geschäftsstelle.....

19 In welchem Umfang ist Ihnen das Entwicklungskonzept Ihrer Region bekannt?
(Bitte kreuzen Sie nur eine Aussage an.)

Ich kenne das Entwicklungskonzept nicht. (Bitte weiter mit Frage 21)

Ich weiß, dass es das Entwicklungskonzept gibt,
kenne aber nichts Genaues. (Bitte weiter mit Frage 21)

Ich kenne die wesentlichen Inhalte oder das gesamte
Entwicklungskonzept.

20 Leistet das geförderte Projekt einen Beitrag zu den Zielen des Entwicklungskonzeptes?

Ja

Nein

Das weiß ich nicht

21 Inwieweit kennen Sie die Lokale Aktionsgruppe (LAG) in Ihrer Region?
(Bitte kreuzen Sie nur eine Aussage an.)

Ich bin aktives Mitglied der LAG und/oder
einer LEADER-Arbeits- oder Projektgruppe.

Ich kenne die Arbeitsweise der LAG und/oder nehme
gelegentlich an deren Veranstaltungen oder einer ihrer
Arbeitsgruppen teil.

Ich habe von der Arbeit der LAG gehört/gelesen
und/oder kenne einzelne LEADER-Projekte.

Ich habe bis jetzt noch nichts von der Existenz der LAG
mitbekommen.

22 Es gibt in Ihrer Region auch die Möglichkeit, Projekte aus dem LEADER-Budget fördern zu lassen. War Ihnen diese Fördermöglichkeit bekannt?

Ja

Nein (Bitte weiter mit Frage 24)

23 Haben Sie versucht, das Projekt aus dem LEADER-Budget fördern zu lassen?

Ja

Nein

Wenn ja, was waren Ablehnungsgründe? _____

Wenn nein, warum nicht? _____

Tourismus und Naherholung

24 Entfaltet das geförderte Projekt Wirkungen auf den Tourismus und/ oder Naherholung?

Nein

Ja **Bitte beschreiben Sie folgend wodurch:**

Demografischer Wandel

Unter dem Stichwort Demografischer Wandel werden verschiedene Entwicklungen in der Bevölkerungsstruktur zusammengefasst: z. B. Änderungen in der Alterszusammensetzung der Bevölkerung, Bevölkerungsrückgang, Zu- und Fortzüge, Geburtenentwicklung.

25 Leistet das Projekt einen Beitrag zur Anpassung an den demografischen Wandel?
(z. B. verbesserte Teilnahme von Senioren am gesellschaftlichen Leben, Barrierefreiheit, Anpassung an Bevölkerungsrückgang, familienfreundliche Arbeitsbedingungen)

Nein

Ja **Bitte beschreiben Sie folgend wodurch:**

Umwelt und Natur

26 Bitte geben Sie im Folgenden an, ob sich das geförderte Projekt Ihrer Meinung nach auf Umwelt und Natur auswirkt.
(Mehrfachnennungen möglich)

- Das Projekt wirkt positiv auf Umwelt und Natur durch:
- Energieeinsparung (z. B. Wärmedämmung, Abwärmenutzung)
- Erzeugung und/oder Nutzung regenerativer Energien
- Umweltbildung
- Schaffung oder Verbesserung von Lebensräumen für Tiere oder Pflanzen
(z. B. Neuanlage von Biotopen, Entfernen von Wegen aus sensiblen Lebensräume)
- Entsiegelung von _____ m²
- Sonstige positive Wirkungen, und zwar:
- _____
- Das Projekt wirkt negativ auf Umwelt und Natur durch:
- Beeinträchtigungen von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen in der Landschaft
(z. B. Wege in bisher nicht erschlossenen Bereichen)
- Beeinträchtigungen von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen an oder in Gebäuden
(z. B. für Fledermäuse oder nistende Vögel)
- Versiegelung von _____ m²
- Sonstige negative Wirkungen, und zwar:
- _____
- Es entstehen keine Wirkungen auf Umwelt und Natur

Integration

27 Hat das geförderte Projekt einen besonderen Nutzen für behinderte Menschen?

Nein

Ja (Bitte kreuzen Sie folgend an, in welchen Bereichen)

- Beschäftigungs- oder Zuverdienstmöglichkeiten
- Barrierefreie Zugänge
- Betreuung/Pflege/Wohnen
- Mobilität

Anderes: _____

Interkommunale Zusammenarbeit

28 Bitte denken Sie ganz allgemein an die Zusammenarbeit Ihrer Gemeinde¹⁶ mit benachbarten Gemeinden: Wie intensiv war diese Zusammenarbeit vor etwa fünf Jahren und wie intensiv ist sie heute?

	sehr intensiv						gar nicht	
Vor etwa 5 Jahren	<input type="checkbox"/>	Kann ich nicht einschätzen <input type="checkbox"/>						
Heute (2012)	<input type="checkbox"/>							

29 Hatte die LEADER-Förderung und/oder die Förderung der Dorf- und integrierten ländlichen Entwicklung insgesamt einen Einfluss auf die Zusammenarbeit Ihrer Gemeinde mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden?

Nein

Das kann ich nicht einschätzen

Ja, sie hat einen positiven Einfluss **Und zwar im Themenbereich:**

.....

Ja, sie hat einen negativen Einfluss **Und zwar im Themenbereich:**

.....

Beschäftigungseffekte

Definition Beschäftigung

Bitte berücksichtigen Sie bei der Beantwortung der Fragen 30 bis 37 ausschließlich Beschäftigungseffekte, sofern alle folgenden Aspekte zutreffen:

- neue Arbeitsplätze incl. selbständige Beschäftigung (auch für Sie selbst) oder aufgestockte Teilzeitarbeitsplätze,
- die durch das geförderte Projekt entstanden sind,
- die innerhalb Ihrer Einrichtung (z. B. Gemeindeverwaltung, Firma, Verein, ...) geschaffen wurden,
- die über die Förderung hinaus bestehen bleiben (sollen).

Nicht gemeint sind: Auftragsvergaben an andere Betriebe (und damit unterstützte Arbeitsplätze).

30 Kam es durch das geförderte Projekt zu Beschäftigungseffekten gemäß der oben genannten Definition?

¹⁶ Mit dem Begriff Gemeinde ist hier die politische Verwaltungseinheit (Gebietskörperschaft bzw. Kommune) gemeint, nicht die Kirchengemeinde.

Ja

Nein (Bitte weiter mit Frage 38)

31 Wurden in Folge des geförderten Projekts in Ihrer Einrichtung neue Arbeitsplätze geschaffen, die jetzt immer noch Bestand haben?

(Hier ist keine Aufstockung von Teilzeitstellen gemeint!)

Ja

Nein (Bitte weiter mit Frage 35)

32 Für wie viele Personen wurden neue Arbeitsplätze (incl. selbständiger Arbeit) in dem geförderten Projekt geschaffen?

(Bitte geben Sie die Anzahl der Personen an)

Wochenarbeitszeit der Person	Gesamt	davon Männer		davon Frauen	
		Unter 25 Jahren	Ab 25 Jahren	Unter 25 Jahren	Ab 25 Jahren
ab 35 Stunden	_____	_____	_____	_____	_____
25 bis unter 35 Stunden	_____	_____	_____	_____	_____
15 bis unter 25 Stunden	_____	_____	_____	_____	_____
bis unter 15 Stunden	_____	_____	_____	_____	_____

33 Bitte geben Sie an, welchen Beschäftigtengruppen diese Personen zuzuordnen sind.

(Bitte geben Sie die Anzahl der Personen an)

Neue Arbeitsplätze nach Beschäftigtengruppen	Gesamt	davon Männer		davon Frauen	
		Unter 25 Jahren	Ab 25 Jahren	Unter 25 Jahren	Ab 25 Jahren
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	_____	_____	_____	_____	_____
Geringfügig Beschäftigte (z. B. Minijobs, Saisonkräfte)	_____	_____	_____	_____	_____
Selbstständige	_____	_____	_____	_____	_____
Mithelfende Familienangehörige	_____	_____	_____	_____	_____
Auszubildende	_____	_____	_____	_____	_____
Sonstige Beschäftigte ¹⁷	_____	_____	_____	_____	_____

34 Haben Sie für einen oder mehrere der genannten Beschäftigten eine öffentliche Beschäftigungsförderung erhalten z. B. Zuschüsse zu Lohnkosten durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Eingliederungszuschüsse etc.?

Ja und zwar:

¹⁷ z. B. Leiharbeiter, freie Mitarbeiter, Mitarbeiter von Bundesfreiwilligendienst o.ä.

für _____ (Anzahl Personen), durch: (Art der Förderung)

Nein

35 Wurde durch das geförderte Projekt die Wochenarbeitszeit bestehender Teilzeitarbeitsplätze langfristig aufgestockt?

Ja

Nein (Bitte weiter mit Frage 37)

36 Wie viele bestehende Teilzeitarbeitsplätze wurden in dem geförderten Vorhaben aufgestockt?

(Bitte geben Sie die Anzahl der aufgestockten Personen an)

Wochenarbeitsstunden aufgestockt <u>um zusätzlich:</u>	Gesamt	davon Männer		davon Frauen	
		Unter 25 Jahren	Ab 25 Jahren	Unter 25 Jahren	Ab 25 Jahren
25 Stunden und mehr	_____	_____	_____	_____	_____
15 bis unter 25 Stunden	_____	_____	_____	_____	_____
weniger als 15 Stunden	_____	_____	_____	_____	_____

37 Welche Ausbildung ist für die neu geschaffenen Arbeitsplätze und gegebenenfalls für die aufgestockten Teilzeitarbeitsplätze erforderlich?

Bitte tragen Sie die Anzahl der Arbeitsplätze ein, auf die die Angaben zum Ausbildungsabschluss zutreffen.

Erforderlicher Ausbildungsabschluss	Neu eingestellte Beschäftigte		Aufgestockte Teilzeitarbeitsplätze	
	Anzahl Männer	Anzahl Frauen	Anzahl Männer	Anzahl Frauen
Keine abgeschlossene Berufsausbildung	_____	_____	_____	_____
Abgeschlossene Berufsausbildung	_____	_____	_____	_____
Abgeschlossenes Fachhochschulstudium	_____	_____	_____	_____
Abgeschlossenes Universitäts- oder Hochschulstudium	_____	_____	_____	_____

Folgend noch einige Fragen zu Beschäftigungseffekten, die über die eingangs erwähnte Definition (Seite 11) von Beschäftigung hinaus gehen.

38 Ist zukünftig die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb Ihrer Einrichtung durch das geförderte Projekt vorgesehen?

Nein

Ja

Bitte erläutern Sie den Zusammenhang mit dem Projekt kurz:

39 Gab es neue kurzfristige Arbeitsplätze in Ihrer Einrichtung, die nur während der Förderdauer bestand hatten?

Nein

Ja

Bitte erläutern Sie den Zusammenhang mit dem Projekt kurz:

40 Gibt es Arbeitsplätze (auch Teilzeit) in Ihrer Einrichtung, die ohne das geförderte Projekt jetzt nicht mehr existieren würden?

Nein

Ja

Kann ich nicht einschätzen

Bitte erläutern Sie den Zusammenhang mit dem Projekt kurz:

41 Trägt das Projekt indirekt dazu bei, dass über Ihre Einrichtung hinaus in der Region mehr Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen?

➤ Ja, es sind neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden

Bitte beschreiben Sie kurz, wodurch die Beschäftigung entstand:

➤ Vermutlich werden neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen

Bitte beschreiben Sie kurz, wodurch die Beschäftigung entstehen wird:

➤ Nein

➤ Das kann ich nicht einschätzen.

Weitere Wirkungen und Ergebnisse

42 Inwieweit ist das Aufbringen der Folgekosten z. B. Kosten für den laufenden Betrieb oder die weitere Instandhaltung des geförderten Projekts ein Problem?
(Keine Mehrfachnennungen)

Es entstehen keine Folgekosten..... *(Bitte weiter mit Frage 43)*

Das Aufbringen der Folgekosten ist ...

...kein Problem.

...etwas problematisch, gefährdet aber nicht den weiteren Bestand des Projektes.

...ein Problem und könnte zukünftig den weiteren Bestand des Projektes gefährden.

...ein Problem, und der weitere Bestand des Projektes ist bereits gefährdet.

Das geförderte Projekt existiert nicht mehr.

Kann ich nicht einschätzen.

43 Wurden durch das geförderte Projekt weitere Projekte, Aktivitäten oder Vorhaben (durch Sie selbst oder Andere) in der Gemeinde oder der Region angestoßen?

➤ Kann ich nicht einschätzen..... *(Bitte weiter mit Frage 45)*

➤ Nein..... *(Bitte weiter mit Frage 45)*

➤ Vielleicht, eine Idee oder erste Planung ist vorhanden,
und zwar folgende:

➤ Ja, eine Folgeaktivität wurde/wird bereits umgesetzt,
und zwar folgende:

44 Wurde oder wird dafür eine Förderung in Anspruch genommen?

Ja..... und zwar von: _____ *(Bitte Förderer angeben)*

Nein

Weiß ich nicht.....

45 Entsprechen die bisherigen Wirkungen des geförderten Projekts den ursprünglichen Erwartungen?

Die Wirkungen des Projekts sind ...

viel besser als erwartet <input type="checkbox"/>	etwas besser als erwartet <input type="checkbox"/>	wie erwartet <input type="checkbox"/>	etwas schlechter als erwartet <input type="checkbox"/>	viel schlechter als erwartet <input type="checkbox"/>	Kann ich nicht einschätzen <input type="checkbox"/>
---	--	--	--	---	---

Die Wirkungen des Projekts sind noch nicht abschätzbar

46 Wurden durch das geförderte Projekt Wirkungen ausgelöst, die bisher in diesem Fragebogen noch nicht zur Sprache kamen?

Nein (Bitte weiter mit Frage 47)

Ja

Bitte beschreiben Sie, welche: _____

Angaben zur Person

47 In welcher Funktion füllen Sie diesen Fragebogen aus?

- Privatperson¹⁸
- Inhaber eines Einzelunternehmens.....
- Andere wirtschaftliche Unternehmen¹⁹
- Bürgermeister, Ortsvorsteher
- Gemeindeverwaltung.....
- Landkreisverwaltung
- Andere Körperschaft des öffentlichen Rechts
- Gemeinnützige Gesellschaft, Verein, Verband, Stiftung
- Sonstiges:

¹⁸ Natürliche Personen, Ehe- und eheähnliche Gemeinschaften, Erbengemeinschaften, Eigentümergemeinschaften sowie Bauherrengemeinschaften.

¹⁹ GmbH, GbR, andere Gesellschaften, OHG, KG, Genossenschaft, andere als Einzelunternehmen.

Ihre Anmerkungen

48 Haben wir in diesem Fragebogen noch etwas vergessen? Hier ist Raum für Ihre Ergänzungen und Anmerkungen.



Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg mit Ihrem Projekt!